

Varni

B 1612 A

Ausgabe A

469

# Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 24

München, den 29. Dezember

1972

Datum	Inhalt	Seite
22. 12. 1972	<b>Gesetz über die Errichtung einer Universität in Passau</b> . . . . .	<b>469</b>
15. 12. 1972	Erste Zuständigkeitsverordnung zur Gewerbeordnung (1. ZustVGwO) . . . . .	470
15. 12. 1972	Erste Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Kindergartengesetzes (1. DVBayKiG) . . . . .	471
15. 12. 1972	Verordnung über die Abgrenzung der Bezirke der Industrie- und Handelskammern (BezVIHK) . . . . .	472
15. 12. 1972	Verordnung über die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge in der Sozialversicherung für das Kalenderjahr 1973 . . . . .	472
15. 12. 1972	Verordnung über die Festsetzung des Wertes der Gemeinschaftsunterkunft bei Angehörigen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes sowie bei den Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern und der Gemeinden für das Kalenderjahr 1973 . . . . .	474
15. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht . . . . .	474
21. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes . . . . .	475
21. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit zum Vollzug der §§ 16 und 25 der Gewerbeordnung . . . . .	476
21. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Lagerverordnung . . . . .	476
21. 12. 1972	Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Eingliederung der Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge in die Landwirtschaft . . . . .	476
21. 12. 1972	Verordnung über den Teilabschnitt „Einteilung des Staatsgebiets in Regionen“ des Landesentwicklungsprogramms . . . . .	476
9. 11. 1972	Verordnung über die Staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft, Fachrichtung Landbau . . . . .	477
9. 11. 1972	Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten nach Art. 8 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft . . . . .	478
10. 11. 1972	Schulordnung der staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft . . . . .	478
14. 11. 1972	Verordnung über die Förderung der privaten und körperschaftlichen Waldwirtschaft (PuKWFFV) . . . . .	481
28. 11. 1972	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Besoldungsgesetzes im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus . . . . .	<b>483</b>
28. 11. 1972	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Unterer Inn“ . . . . .	484
29. 11. 1972	Verordnung über die Gewerbeaufsichtsbezirke in Bayern . . . . .	485
4. 12. 1972	Prüfungsordnung für die staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft . . . . .	486
5. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Entgelte für Transportleistungen bei der Beförderung schüttbarer Güter aus Steinen und Erden im allgemeinen Güternahverkehr mit Fahrzeugen . . . . .	490
6. 12. 1972	Verordnung über die Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme von Dienststellen der Staatsforstverwaltung (Forstgebührenordnung — FoGebO) . . . . .	490
8. 12. 1972	Verordnung über die Organisation der Staatlichen Versuchsgüterverwaltungen im Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	492
8. 12. 1972	Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren landwirtschaftlichen Dienst einschließlich des höheren landwirtschaftlichen Lehramtes in Bayern (LwZAPO/hD) . . . . .	492
8. 12. 1972	Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienst einschließlich des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes in Bayern (LwhZAPO/hD) . . . . .	496
12. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Sparkassenordnung . . . . .	500
13. 12. 1972	Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes (DVBayAföG) . . . . .	501
13. 12. 1972	Verordnung über das Kehren und Überprüfen von Feuerungs- und Lüftungsanlagen (Kehr- und Überprüfungsordnung — KÜO) . . . . .	502

13. 12. 1972	Verordnung über die Gebühren und Auslagen der Bezirkskaminkehrermeister (Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung — KÜGO) . . . . .	504
13. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sitze und Bezirke der Jugendgerichte . . . . .	506
13. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sitze und Bezirke der Schöffengerichte . . . . .	506
13. 12. 1972	Verordnung über die Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme des Staatlichen Prüfamtes für das Textilgewerbe München . . . . .	506
13. 12. 1972	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen . . . . .	508
14. 12. 1972	Verordnung über besoldungsrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Staatsforstverwaltung) . . . . .	508
15. 12. 1972	Verordnung über waffenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern (WaffIMV) . . . . .	509
15. 12. 1972	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über das Feuerlöschwesen . . . . .	509
18. 12. 1972	Verordnung über waffenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz (WaffVJuM) . . . . .	509
18. 12. 1972	Verordnung zur Errichtung des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung . . . . .	510

## Gesetz über die Errichtung einer Universität in Passau

Vom 22. Dezember 1972

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

### Art. 1

(1) Der Freistaat Bayern errichtet in Passau eine wissenschaftliche Hochschule mit Lehr- und Forschungsbetrieb sowie Promotions- und Habilitationsrecht.

(2) Die Hochschule trägt den Namen Universität Passau.

### Art. 2

(1) Die Bildung, Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse der Organe sowie die Gliederung der Universität werden auf Grund besonderen Gesetzes geregelt.

(2) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird ermächtigt, bis zur Bildung oder Bestellung der zuständigen Organe gemäß dem Gesetz nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung vorläufige Regelungen zu treffen über

1. die Verwaltung der Universität, insbesondere ihre Selbstverwaltung,
2. die Aufgaben der Universität, ihre Wissenschaftsbereiche, ihre Gliederung sowie die Bildung, Zusammensetzung und Befugnisse ihrer Organe; die Studiengänge an der Universität,
3. die Mitglieder der Universität.

(3) Bis zur Bildung oder Bestellung der zuständigen Organe gemäß der Rechtsverordnung nach Absatz 2 handelt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus für die Universität; es kann diese Befugnisse delegieren.

(4) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

### Art. 3

Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Lehrer und Assistenten an Hochschulen (Hochschullehrergesetz — HSchLG —) vom 18. Juli 1962 (GVBl. S. 120), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Errichtung der Gesamthochschule

Bamberg vom 25. Juli 1972 (GVBl. S. 296) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 6 wird nach den Worten „die Universität Bayreuth“ der Punkt durch ein Komma ersetzt.
2. Es wird folgende Nummer 7 angefügt: „7. die Universität Passau.“

### Art. 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 22. Dezember 1972

**Der Bayerische Ministerpräsident**  
Dr. h. c. Goppel

## Erste Zuständigkeitsverordnung zur Gewerbeordnung (1. ZustVGewO)

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund von § 34 Abs. 3, § 34 a Abs. 3, § 34 b Abs. 9, § 34 c Abs. 4, § 36 Abs. 1 bis 3, § 38 Satz 4, § 41 a Abs. 3, § 60 a Abs. 4, § 65 Abs. 3 Satz 2, § 66 Abs. 2 Satz 2 und § 70 Abs. 1 Satz 2 der Gewerbeordnung erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

### § 1

Die der Landesregierung zustehende Befugnis,

1. die zuständigen Stellen für die Ausführung von § 34 Abs. 1, § 34 a Abs. 1, § 34 b Abs. 1, 2 und 5, § 34 c Abs. 1 und 2 und § 41 a Abs. 2 der Gewerbeordnung sowie der nach § 34 Abs. 2, § 34 a Abs. 2, § 34 b Abs. 8 und § 34 c Abs. 3 der Gewerbeordnung ergangenen Rechtsverordnungen zu bestimmen,
2. Vorschriften nach § 38 der Gewerbeordnung zu erlassen,
3. auf Grund des § 65 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und des § 70 Abs. 1 Satz 2 der Gewerbeordnung die für die Festsetzung nach § 65 Abs. 1 Satz 1 der Gewerbeordnung und für die Zulassung von Abweichungen nach § 65 Abs. 1 Satz 2 der Gewerbeordnung zuständigen Behörden zu bestimmen,
4. auf Grund des § 65 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und des § 70 Abs. 1 Satz 2 der Gewerbeordnung zu bestimmen, daß der Platz des Marktes in der Marktordnung festgesetzt wird,
5. auf Grund des § 66 Abs. 2 Satz 1 der Gewerbeordnung durch Rechtsverordnung zu bestimmen,



daß bestimmte Waren des täglichen Bedarfs zu den Gegenständen des Wochenmarktes gehören, wird auf das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr übertragen, in den Fällen der Nummern 3 bis 5 mit der Befugnis zur Weiterübertragung auf andere Behörden.

## § 2

Die der Landesregierung zustehende Befugnis, durch Rechtsverordnung das Verfahren beim Bayerischen Landeskriminalamt (§ 60 a Abs. 2 Satz 2 der Gewerbeordnung) zu regeln, wird auf das Staatsministerium des Innern übertragen.

## § 3

Soweit die Industrie- und Handelskammern für die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen und sonstigen Personen im Sinne des § 36 Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung zuständig sind, sind sie auch für die Rücknahme solcher öffentlicher Bestellungen zuständig, die von den Regierungen vor dem 1. April 1958 ausgesprochen worden sind.

## § 4

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft

1. die Erste Zuständigkeitsverordnung zur Gewerbeordnung vom 13. Oktober 1960 (GVBl. S. 236), geändert durch Verordnung vom 6. November 1967 (GVBl. S. 463),
2. die Siebente Zuständigkeitsverordnung zur Gewerbeordnung vom 20. September 1968 (GVBl. S. 315),
3. die Achte Zuständigkeitsverordnung zur Gewerbeordnung vom 30. April 1969 (GVBl. S. 135).

München, den 15. Dezember 1972

**Der Bayerische Ministerpräsident**  
Dr. h. c. Goppel

# Erste Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Kindergartengesetzes (1. DVBayKiG)

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 28 Abs. 2 des Bayerischen Kindergartengesetzes vom 25. Juli 1972 (GVBl. S. 297) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

## I. Abschnitt

### Aufsichtsbehörden

## § 1

### Sachliche Zuständigkeit

(1) Die Kreisverwaltungsbehörden sind unbeschadet des Absatzes 2 zuständig für

1. die Ausübung der Aufgaben nach Art. 5 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Kindergartengesetzes,
2. die Entscheidung über die Anerkennung oder vorläufige Anerkennung von Kindergärten, die Überwachung anerkannter Kindergärten einschließlich der Entgegennahme vorgeschriebener Anzeigen und Vorlagen sowie die Entscheidung im Zusammenhang mit dem Erlöschen und der Zurücknahme der Anerkennung (Art. 8, 16, 17 und 23 Abs. 4 Nr. 2 des Bayerischen Kindergartengesetzes),
3. die Entgegennahme der den Trägern sonstiger Kindergärten obliegenden Anzeigen und die Überwachung dieser Kindergärten (Art. 19 des Bayerischen Kindergartengesetzes),
4. die Untersagung der Tätigkeit an Kindergärten und die Untersagung der Errichtung oder des Be-

triebs eines Kindergartens (Art. 13 Abs. 3 und Art. 22 Abs. 2 des Bayerischen Kindergartengesetzes),

5. die Bewilligung und Einstellung der staatlichen Personalkostenzuschüsse für die anerkannten Kindergärten (Art. 24 des Bayerischen Kindergartengesetzes).

(2) Die Regierungen sind zuständig für

1. die Erstellung und Änderung der Bedarfspläne (Art. 4 Abs. 1 des Bayerischen Kindergartengesetzes),
2. die in Absatz 1 genannten Angelegenheiten, sofern Träger des Kindergartens ein Landkreis, eine kreisfreie Gemeinde oder ein Zusammenschluß von Gemeinden mehrerer Landkreise ist,
3. alle sonstigen Angelegenheiten der Aufsicht, die nicht den Kreisverwaltungsbehörden oder dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zugewiesen sind.

Die Regierungen sind im übrigen obere Aufsichtsbehörde in den Fällen des Absatzes 1.

(3) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist obere Aufsichtsbehörde in den Fällen des Absatzes 2. Es entscheidet ferner über Anträge auf Beteiligung geeigneter Kräfte der freigemeinnützigen und kommunalen Träger an der staatlichen Aufsicht (Art. 21 Abs. 4 des Bayerischen Kindergartengesetzes).

(4) Im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeiten obliegt den Aufsichtsbehörden auch die fachliche Beratung (Art. 21 Abs. 2 und 3 des Bayerischen Kindergartengesetzes).

(5) Die Vorschriften über die Kommunalaufsicht bleiben unberührt.

## § 2

### Örtliche Zuständigkeit

(1) Örtlich zuständig ist die Aufsichtsbehörde, in deren Bereich der Kindergarten errichtet und betrieben wird.

(2) Wird ein Kindergarten an mehreren Orten errichtet und betrieben, die in den Bereichen mehrerer Aufsichtsbehörden liegen, so wird die örtlich zuständige Aufsichtsbehörde durch die nächsthöhere gemeinsame Aufsichtsbehörde bestimmt.

(3) Erweist es sich bei Erstellung des Bedarfsplanes als zweckmäßig, diesen über das Gebiet eines Regierungsbezirks hinaus zu erstrecken, so bestimmt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus die örtlich zuständige Regierung und den räumlichen Umfang des Planungsgebietes.

## II. Abschnitt

### Beteiligung an der staatlichen Aufsicht

## § 3

### Entscheidung über die Beteiligung

(1) Werden geeignete Kräfte der freigemeinnützigen und kommunalen Träger nach Art. 21 Abs. 4 des Bayerischen Kindergartengesetzes an der staatlichen Aufsicht beteiligt (Beauftragte), so sind bei ihrer Bestellung die von ihnen wahrzunehmenden aufsichtlichen Aufgaben und die ihrer Beaufsichtigung unterliegenden Kindergärten festzulegen.

(2) Die Beauftragten werden in widerruflicher Weise bestellt. Ihre Bestellung kann auch auf Zeit befristet werden.

## § 4

### Betroffener

Betroffener im Sinne des Art. 21 Abs. 4 des Bayerischen Kindergartengesetzes ist jeder Träger eines

Kindergartens, auf den sich nach dem Antrag seines Trägerverbandes die Beaufsichtigung durch einen Beauftragten erstreckt.

## § 5

## Verfahren

Dem vom Trägerverband an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu richtenden Antrag sind Nachweise über die Eignung der an der staatlichen Aufsicht zu beteiligenden Kräfte und deren Einverständniserklärung beizufügen. Erwägt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, dem Antrag zu entsprechen, so fordert es den Trägerverband auf, auch die Einverständniserklärungen der Betroffenen einzureichen. Soll die Beteiligung an der staatlichen Aufsicht auch die Befugnis zur Vornahme aufsichtlicher Anordnungen umfassen, so hört das Staatsministerium für Unterricht und Kultus vor seiner Entscheidung die zur Förderung der betreffenden Kindergärten verpflichteten kommunalen Körperschaften.

(3) Wird ein Beauftragter bestellt, so ist dies auch dem Trägerverband und den Betroffenen mitzuteilen. Wird ein Beauftragter nicht bestellt, ist diese Entscheidung dem Trägerverband mitzuteilen.

## III. Abschnitt

## Behördliches Zusammenwirken bei Erstellung des Bedarfsplanes

## § 6

## Begriffsbestimmungen

(1) Planungsgebiet im Sinne dieses Abschnittes ist das Gebiet, auf welches sich der Bedarfsplan erstreckt.

(2) Beteiligte im Sinne der §§ 7 und 8 sind die höhere Landesplanungsbehörde, die im Planungsgebiet befindlichen Jugendämter, Schulämter, Landkreise, Gemeinden, die Träger der Kindergärten des Planungsgebietes sowie die Trägerverbände.

## § 7

## Vorschlagsverfahren

Vor Erstellung des Bedarfsplans gibt die Regierung in ihrem Amtsblatt das Planungsgebiet bekannt und fordert die Beteiligten auf, innerhalb einer von ihr festzusetzenden angemessenen Frist Vorschläge über den Inhalt des Bedarfsplanes einzureichen. Die Regierung kann hierbei bestimmen, daß die Vorschläge bei der Kreisverwaltungsbehörde zur Vorbehandlung einzureichen sind. Die eingereichten Vorschläge sind bei der Erstellung des Bedarfsplanes zu würdigen.

## § 8

## Anhörungsverfahren

Vor Erlass des Bedarfsplanes gibt die Regierung dessen Entwurf in ihrem Amtsblatt bekannt und teilt mit, daß die Beteiligten etwaige Einwendungen innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Auslieferung des Amtsblattes bei der Regierung schriftlich geltend machen können. Fristgerecht erhobene Einwendungen sind zu würdigen. Die Regierung soll solche Einwendungen mit den daran Beteiligten zur Erzielung eines Ausgleichs gemeinsam erörtern.

## IV. Abschnitt

## Schlußbestimmung

## § 9

## Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 15. Dezember 1972

Der Bayerische Ministerpräsident  
Dr. h. c. Goppel

## Verordnung

## über die Abgrenzung der Bezirke der Industrie- und Handelskammern (BezVIHK)

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 8 des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 25. März 1958 (GVBl. S. 40) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

## § 1

(1) Die Bezirke der Industrie- und Handelskammern umfassen:

1. Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern den Regierungsbezirk Oberbayern,
2. Industrie- und Handelskammer für Niederbayern in Passau den Regierungsbezirk Niederbayern mit Ausnahme des Landkreises Kelheim,
3. Industrie- und Handelskammer Regensburg den Regierungsbezirk Oberpfalz und den Landkreis Kelheim,
4. Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth den Regierungsbezirk Oberfranken mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Coburg und des Landkreises Coburg,
5. Industrie- und Handelskammer zu Coburg die kreisfreie Stadt Coburg und den Landkreis Coburg,
6. Industrie- und Handelskammer Nürnberg den Regierungsbezirk Mittelfranken,
7. Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt den Regierungsbezirk Unterfranken mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Aschaffenburg und der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg,
8. Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg die kreisfreie Stadt Aschaffenburg und die Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg,
9. Industrie- und Handelskammer Augsburg den Regierungsbezirk Schwaben mit Ausnahme des Landkreises Lindau,
10. Industrie- und Handelskammer Lindau-Bodensee den Landkreis Lindau.

(2) Für die Bezirke der Industrie- und Handelskammern ist der Gebietsstand der Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte vom 1. Juli 1972 maßgebend.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 15. Dezember 1972

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

## Verordnung

## über die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge in der Sozialversicherung für das Kalenderjahr 1973

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

## § 1

Die Werte der Sachbezüge für Zwecke der Sozialversicherung für das Kalenderjahr 1973 werden wie folgt festgesetzt:



## A. Freie Station

1. Für die Bewertung der vollen freien Station (einschließlich Wohnung, Heizung und Beleuchtung) gelten die folgenden Sätze:

Arbeitnehmergruppe		Bewertungsgruppe	
		I DM	II DM
a) Arbeitnehmer, soweit sie nicht unter Gruppe b oder c fallen	monatlich	201,—	189,—
	wöchentlich	46,90	44,10
	täglich	6,70	6,30
b) Personen in Berufsausbildung bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz sowie für Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr im Sinne des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres ableisten	monatlich	177,—	156,—
	wöchentlich	41,30	36,40
	täglich	5,90	5,20
c) Angestellte in gehobener oder leitender Stellung sowie für Beschäftigte mit Diensten höherer Art (z. B. Ärzte, Apotheker, Werkmeister, Gutsinspektoren usw.)	monatlich	249,—	237,—
	wöchentlich	58,10	55,30
	täglich	8,30	7,90

2. Bei teilweiser Gewährung von freier Station sind anzusetzen:

a) die Wohnung (einschl. Heizung und Beleuchtung)	mit $\frac{3}{10}$
b) das Frühstück	mit $\frac{2}{10}$
c) das Mittagessen	mit $\frac{3}{10}$
d) das Abendessen	mit $\frac{2}{10}$

der in Nummer 1 bezeichneten Sätze.

3. Wird die freie Station nicht nur dem Arbeitnehmer allein, sondern auch seinen Familienangehörigen gewährt, so erhöhen sich die in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Beträge

a) für den Ehegatten	um 80 v. H.
b) für jedes Kind im Alter von mehr als 6 Jahren	um 40 v. H.
c) für jedes Kind bis zum 6. Lebensjahr	um 30 v. H.

4. In die Bewertungsgruppe I werden die Gemeinden mit 50 000 und mehr, in die Bewertungsgruppe II die Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern eingereiht.

## B. Deputate in der Land- und Forstwirtschaft

- I. Für die Bewertung der Deputate in der Land- und Forstwirtschaft gelten folgende Sätze:

## 1. Freie Wohnung

- a) für verheiratete Deputatempfänger, die in der Rentenversicherung der Arbeiter versicherungspflichtig sind

jährlich 600,— DM

- b) für verheiratete Deputatempfänger, die in der Rentenversicherung der Angestellten versicherungspflichtig und nicht in gehobener oder leitender Stellung tätig sind

jährlich 660,— DM.

## 2. Freie Feuerung

DM

a) Brennholz	für 1 Raummeter	20,—
b) Preßtorf	für 1000 Stück	16,—
c) Stechtorf	für 1000 Stück	10,—

## 3. Getreide

a) Roggen	für 50 Kilogramm	17,50
b) Weizen	für 50 Kilogramm	18,50
c) Futtergerste	für 50 Kilogramm	15,50
d) Futterhafer	für 50 Kilogramm	15,50

## 4. Mehl

a) Roggenmehl	für 50 Kilogramm	27,—
b) Weizenmehl	für 50 Kilogramm	30,—

## 5. Brot

für 1 Kilogramm	1,35
-----------------	------

## 6. Kartoffeln

a) Speisekartoffeln	für 50 Kilogramm	5,50
b) Futterkartoffeln	für 50 Kilogramm	4,—

## 7. Milch

a) Vollmilch	für 1 Liter	0,38
b) Magermilch	für 1 Liter	0,08

## 8. Butter

für 1 Kilogramm	6,80
-----------------	------

## 9. Stroh

für 50 Kilogramm	2,—
------------------	-----

## 10. Heu

für 50 Kilogramm	4,50
------------------	------

## 11. Freies Kartoffel-

oder Getreideland für 33 Ar jährlich 60,—

12. Freie Grasnutzung für 33 Ar jährlich 40,—

- II. Die Deputate sind zu den Sozialversicherungsbeiträgen grundsätzlich in der Weise heranzuziehen, daß der Arbeitgeber bei jeder Leistung an den Arbeitnehmer die Sozialversicherungsbeiträge einzubehalten und zu entrichten hat. Da die Deputate dem Arbeitnehmer in der Regel nicht gleichmäßig in den einzelnen Lohnzahlungszeiträumen zufließen, ist es zulässig, zunächst den Wert der Deputate für ein ganzes Jahr zu ermitteln und ohne Rücksicht darauf, wann die Deputate geliefert werden, die gesamten Sachbezüge auf die einzelnen Lohnzahlungszeiträume zu verteilen und die Sozialversicherungsbeiträge danach zu berechnen. Dieses Verfahren gilt nur, wenn die ordnungsmäßige Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge für die Deputate dadurch nicht gefährdet wird.

## C. Andere Sachbezüge

1. Für den Käse-Sachbezug der Arbeitnehmer in Käserei- und Molkereibetrieben werden folgende Werte festgesetzt:

a) Käse nach Emmentaler Art	je kg 6,30 DM
b) Weichkäse 40 %ig	je kg 3,20 DM
c) Weichkäse 20 %ig	je kg 2,60 DM

Für die Entnahme von Butter und Milch durch Arbeitnehmer in Käserei- und Molkereibetrieben gelten die oben in Abschnitt B festgesetzten Werte.

Bei Arbeitnehmern in Käserei- und Molkereibetrieben, die von ihrem Arbeitgeber freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung erhalten und berechtigt sind, ihren Bedarf an Milch, Butter und Käse ohne jeweiliges Entgelt aus den Beständen des Betriebes zu entnehmen, sind für diese Er-

zeugnisse — vorbehaltlich des Nachweises (mindestens der Glaubhaftmachung) eines höheren oder niedrigeren Bezuges — anzusetzen

für den Arbeitnehmer, seine Ehefrau und seine unterhaltsberechtigten Kinder über 18 Jahren monatlich je 30,— DM  
für unterhaltsberechtigte Kinder unter 18 Jahren monatlich je 15,— DM.

2. Im übrigen sind für die Bewertung der Sachbezüge die üblichen Mittelpreise des Verbrauchsorts (Kleinhandelspreise) maßgebend. Für die Überlassung freier oder verbilligter Wohnung an Arbeitnehmer in anderen als in Abschnitt B bezeichneten Fällen gelten die ortsüblichen Mietpreise.

#### D. Geltungsbereich

1. Die vorstehend festgesetzten und bekanntgegebenen Werte gelten auch dann, wenn in einem Tarifvertrag (Tarifordnung), einer Betriebsvereinbarung (Betriebs- oder Dienstordnung) oder in einem Arbeitsvertrag für die Sachbezüge höhere oder niedrigere Werte festgesetzt sind. Sie gelten ferner, wenn an Stelle der vorgesehenen Sachbezüge, die in dem Tarifvertrag (Tarifordnung), der Betriebsvereinbarung (Betriebs- oder Dienstordnung) oder in einem Arbeitsvertrag festgesetzten Werte nur gelegentlich oder vorübergehend (z. B. bei tageweiser auswärtiger Beschäftigung, bei Urlaub) bar ausbezahlt werden.
2. Die vorstehenden Werte gelten bei laufendem Arbeitslohn erstmalig für den Arbeitslohn, der für einen Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, der nach dem 31. Dezember 1972 liegt und bei sonstigen Bezügen erstmalig für die Bezüge, die dem Arbeitnehmer nach dem 31. Dezember 1972 zufließen.

#### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 15. Dezember 1972

**Der Bayerische Ministerpräsident**  
Dr. h. c. Goppel

### Verordnung

**über die Festsetzung des Wertes der Gemeinschaftsunterkunft bei Angehörigen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes sowie bei den Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern und der Gemeinden für das Kalenderjahr 1973**

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

#### § 1

Als Wert der Gemeinschaftsunterkunft, die den Angehörigen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes sowie den Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern und der Gemeinden unentgeltlich bereitgestellt wird, gelten in der Sozialversicherung zum Zwecke der Nachversicherung (§ 124 Abs. 6 AVG) und zum Zwecke des Aufschubs der Nachversicherung (§ 125 Abs. 4 AVG) abweichend von der Verordnung über die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge in der Sozialversicherung für das Kalenderjahr 1973 vom 15. Dezember 1972 (GVBl. S. 472) folgende Sätze:

Für Angehörige der Besoldungsgruppen A 1 bis A 4 und für Empfänger von Unterhaltszuschüssen monatlich 15,— DM,

für Angehörige der Besoldungsgruppen A 5 und A 6 monatlich 25,— DM,  
für Angehörige der Besoldungsgruppen von A 7 aufwärts monatlich 35,— DM.

#### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 15. Dezember 1972

**Der Bayerische Ministerpräsident**  
Dr. h. c. Goppel

### Verordnung

**zur Änderung der Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht**

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund des § 5 des Staatsvertrags über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens vom 31. Oktober 1968 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Dezember 1969 (GVBl. S. 377) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

#### § 1

Die Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht vom 8. April 1970 (GVBl. S. 115) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. Blinde, von Blindheit Bedrohte oder nicht nur vorübergehend wesentlich Sehbehinderte und Hörgeschädigte, die durch eine Beeinträchtigung der Hörfähigkeit nicht nur vorübergehend wesentlich behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind; die Abgrenzung des begünstigten Personenkreises richtet sich nach dem Bundessozialhilfegesetz und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften;“.

- b) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. Behinderte, die nicht nur vorübergehend um wenigstens 80 vom Hundert in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind und

- a) die in ihrer Bewegungsfähigkeit durch eine Beeinträchtigung ihres Stütz- oder Bewegungssystems nicht nur vorübergehend wesentlich behindert sind oder bei denen wesentliche Spaltbildungen des Gesichtes oder des Rumpfes bestehen oder

- b) infolge ihres Leidens ständig an die Wohnung gebunden sind oder

- c) wegen ihres Leidens an öffentlichen Veranstaltungen nicht teilnehmen können;“.

- c) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

„5. Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Abschnitt 2 oder § 51 des Bundessozialhilfegesetzes und nach § 27a Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes oder § 27b des Bundesversorgungsgesetzes in Verbindung mit § 51 des Bundessozialhilfegesetzes;“.

- d) Nummer 7 erhält folgende Fassung:

„7. Empfänger von Pflegezulagen nach § 267 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes oder Rundfunkteilnehmer, denen wegen Pflegebedürftigkeit nach § 267 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. c des Lastenausgleichsgesetzes ein Freibetrag zuerkannt wird;“.



e) Nummer 8 erhält folgende Fassung:

„8. Rundfunkteilnehmer, deren monatliches Einkommen zusammen mit dem Einkommen der mit ihnen in Haushaltsgemeinschaft lebenden Angehörigen das Doppelte des Regelsatzes der Sozialhilfe (§ 22 des Bundessozialhilfegesetzes) für einen Haushaltsvorstand zuzüglich des einfachen Betrages der Regelsätze für die Haushaltsangehörigen, des einfachen Betrages eines etwaigen Mehrbedarfs nach den Abschnitten 2 und 3 des Bundessozialhilfegesetzes einschließlich der Ernährungszulage nach § 53 Abs. 2 Satz 2 des Bundessozialhilfegesetzes und der Kosten für die Unterkunft nicht übersteigt und die kein einzusetzendes Vermögen haben. Für den Einsatz von Einkommen und Vermögen gelten das Bundessozialhilfegesetz und die dazu ergangenen Rechtsvorschriften entsprechend. Bei Anwendung der Verordnung zur Durchführung des § 88 Abs. 2 Nr. 8 des Bundessozialhilfegesetzes ist von den Beträgen für die Hilfe zum Lebensunterhalt auszugehen. Bei Kriegsgeldern bleibt die Grundrente unberücksichtigt. Gebührenbefreiung wird nicht gewährt, wenn der Antragsteller sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten.“

f) Nach Nummer 8 wird folgende neue Nummer 9 angefügt:

„9. Bewohner von Altenheimen oder Pflegeheimen, deren nach dem Bundessozialhilfegesetz zu berücksichtigendes Einkommen nach Abzug der von ihnen zu leistenden Heimkosten den örtlichen Taschengeldsatz der Sozialhilfe um nicht mehr als 50 vom Hundert übersteigt und die kein nach dem Bundessozialhilfegesetz einzusetzendes Vermögen haben. Gebührenbefreiung wird nicht gewährt, wenn die Heimkosten den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen.“

2. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Innerhalb einer Haushaltsgemeinschaft wird die Befreiung nach Absatz 1 Nrn. 1 bis 7 nur gewährt, wenn der Haushaltsvorstand oder sein Ehegatte zu diesem Personenkreis gehört oder wenn ein anderes Mitglied der Haushaltsgemeinschaft eine der Voraussetzungen des Absatzes 1 Nrn. 1 bis 7 erfüllt und nach den Umständen des Einzelfalles das Rundfunkempfangsgerät selbst zum Empfang bereithält.“

3. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Nr. 2 treten an die Stelle der Worte „beschützenden Werkstätten“ die Worte „Werkstätten für Behinderte“.

b) Die Sätze 2 bis 5 erhalten folgende Fassung:

„Voraussetzung für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht nach Satz 1 ist, daß die Rundfunkempfangsgeräte von dem jeweiligen Rechtsträger des Betriebs oder der Einrichtung für den von ihm betreuten Personenkreis bereitgehalten werden. Die Gebührenbefreiung tritt nur ein, wenn der Rechtsträger gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken im Sinne der §§ 17 und 18 des Steueranpassungsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) dient oder hoheitliche Tätigkeit ausübt. Das gleiche gilt, wenn bei dem Betrieb oder der Einrichtung eines Rechtsträgers diese Voraussetzungen vorliegen. Bei Krankenanstalten, Einrichtungen für Behinderte und der Altenhilfe genügt es, daß sie in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölkerung im Sinne des § 11

Abs. 2 bis 4 der Gewerbesteuerdurchführungsverordnung dienen.“

4. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

(1) Die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht wird auf Antrag gewährt. Sie kann nur gewährt werden, wenn das Bereithalten eines Rundfunkempfangsgerätes gemäß § 2 Abs. 2 des Staatsvertrags über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens vom 31. Oktober 1968 angezeigt wurde oder gleichzeitig mit dem Antrag auf Gebührenbefreiung angezeigt wird.

(2) Der Antrag ist in den Fällen des § 1 bei der örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörde einzureichen, in deren Bereich das Rundfunkempfangsgerät zum Empfang bereitgehalten wird. Hat ein Landkreis eine kreisangehörige Gemeinde zur Durchführung von Sozialhilfemaßnahmen nach Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes herangezogen, so ist der Antrag dort einzureichen; der Landkreis oder die kreisangehörige Gemeinde prüft, ob die Voraussetzungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht gegeben sind. Über den Antrag entscheidet der Bayerische Rundfunk. Er kann die genannten Behörden zur Aushändigung des Bescheides ermächtigen. In den Fällen der §§ 2 bis 4 ist der Antrag unmittelbar an den Bayerischen Rundfunk zu richten.

(3) Der Antragsteller hat die Voraussetzungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht glaubhaft zu machen. Der Bayerische Rundfunk kann verlangen, daß im Falle des § 3 Abs. 1 Satz 3 die Befreiung von der Körperschaftsteuer gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 6 des Körperschaftsteuergesetzes oder bei Krankenanstalten, Einrichtungen für Behinderte und der Altenhilfe im Falle des § 3 Abs. 1 Satz 5 die Befreiung von der Gewerbesteuer gemäß § 11 Abs. 2 bis 4 der Gewerbesteuerdurchführungsverordnung nachgewiesen wird.

(4) Der Beginn der Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht wird in der Entscheidung über den Antrag auf den Ersten des Monats festgesetzt, der dem Monat folgt, in dem der Antrag gestellt wird. Die Befreiung wird längstens für drei Jahre gewährt. Treten Tatsachen ein, nach denen eine Voraussetzung für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht entfällt, so endet die Befreiung; die Tatsachen sind von dem Berechtigten unverzüglich der Stelle mitzuteilen, bei der der Antrag eingereicht wurde.“

§ 2

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, die Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht in der neuen Fassung bekanntzumachen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 15. Dezember 1972

**Der Bayerische Ministerpräsident**  
Dr. h. c. Goppel

### **Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes**

**Vom 21. Dezember 1972**

Auf Grund des Art. 19 Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes vom 21. Ja-

nuar 1966 (GVBl. S. 55), geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 1970 (GVBl. S. 651), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort „fünfzehn“ durch das Wort „acht“ ersetzt.

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Ein Brandmeister kann frühestens nach einem Jahr zum Oberbrandmeister (BesGr. A 8) befördert werden. § 9 Abs. 4 der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamten (LbV) ist insoweit nicht anzuwenden.“

2. § 5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummern 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„1. ihre Laufbahn durchlaufen oder mindestens ein Amt der Besoldungsgruppe 12 der Besoldungsordnung A erreicht haben,  
2. im gehobenen Feuerwehrdienst eine Dienstzeit (§ 9 Abs. 5 LbV) von 10 Jahren zurückgelegt haben.“

b) In Nummer 3 wird „sehr gut“ durch „hervorragend“ ersetzt; der Halbsatz „und nach ihrer Persönlichkeit für den höheren Feuerwehrdienst geeignet erscheinen“ wird gestrichen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 21. Dezember 1972

Der Bayerische Ministerpräsident  
Dr. h. c. Goppel

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit zum Vollzug der §§ 16 und 25 der Gewerbeordnung**

Vom 21. Dezember 1972

Auf Grund des § 155 Abs. 4 der Gewerbeordnung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. August 1972 (BGBl. I S. 1465), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Zuständigkeit zum Vollzug der §§ 16 und 25 der Gewerbeordnung vom 21. September 1960 (GVBl. S. 224), geändert durch Verordnung vom 22. Februar 1971 (GVBl. S. 69) wird wie folgt geändert:

Dem § 1 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Für Abfallbeseitigungsanlagen im Sinne des Abfallbeseitigungsgesetzes vom 7. Juni 1972 (BGBl. I S. 873) und für Tierkörperbeseitigungsanstalten ist die Regierung zuständig.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 21. Dezember 1972

Der Bayerische Ministerpräsident  
Dr. h. c. Goppel

**Verordnung  
zur Änderung der Lagerverordnung**

Vom 21. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 37 Abs. 4 des Bayerischen Wassergesetzes erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Landesverordnung über das Lager wassergefährdender Flüssigkeiten und die Anzeige bestehen-

der Anlagen zum Lagern und Ablagern fester, flüssiger oder gasförmiger Stoffe (Lagerverordnung — VLwF) vom 23. Juli 1965 (GVBl. S. 202), geändert durch Gesetz vom 31. Juli 1970 (GVBl. S. 345) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (Lagerverordnung — VLwF)“;

2. In § 18 Abs. 2 wird die Nummer 1 gestrichen.

§ 2

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, die Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten mit neuer Paragraphenfolge neu bekanntzumachen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 20. Dezember 1972

Der Bayerische Ministerpräsident  
Dr. h. c. Goppel

**Fünfte Verordnung  
zur Änderung der Verordnung über die Eingliederung der Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge in die Landwirtschaft**

Vom 21. Dezember 1972

Auf Grund des § 68 Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1565) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Eingliederung der Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge in die Landwirtschaft vom 15. Juli 1953 (BayBS IV S. 348), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Mai 1962 (GVBl. S. 89), wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b erhält folgende Fassung:

„b) bei Übernahme bestehender landwirtschaftlicher Betriebe (§§ 42, 44 und 45 BVFG) die Regierungen für Anträge auf Darlehen und Beihilfen als Bewilligungsbehörde.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 21. Dezember 1972

Der Bayerische Ministerpräsident  
Dr. h. c. Goppel

**Verordnung  
über den Teilabschnitt „Einteilung des Staatsgebiets in Regionen“ des Landesentwicklungsprogramms**

Vom 21. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 14 Abs. 3 und 4 in Verbindung mit Art. 13 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG) vom 6. Februar 1970 (GVBl. S. 9), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Februar 1971 (GVBl. S. 65), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Folgende Planungsregionen werden aus dem Gebiet der jeweils genannten Landkreise und Gemeinden gebildet:

Region 1.

Kreisfreie Stadt: Aschaffenburg;

Landkreise: Aschaffenburg, Miltenberg;



## Region 2:

Kreisfreie Stadt: Würzburg;

Landkreise: Würzburg, Mittelhain, Kitzingen;

## Region 3:

Kreisfreie Stadt: Schweinfurt;

Landkreise: Schweinfurt, Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Haßberg-Kreis;

## Region 4:

Kreisfreie Städte: Bamberg, Coburg;

Landkreise: Coburg, Kronach, Lichtenfels, Bamberg, Forchheim;

## Region 5:

Kreisfreie Städte: Bayreuth, Hof;

Landkreise: Bayreuth, Kulmbach, Hof, Wunsiedel, vom Landkreis Tirschenreuth die Gemeinden Konnersreuth, Pechbrunn, Lengfeld b. Groschlattengrün, Waldershof, Poppenreuth, Riglasreuth, Pullenreuth, Langentheilen, Neusorg, Ebnath, Brand, Oberwappenöst sowie die gemeindefreien Gebiete Pechofener Wald, Unteres Kreuzholz, Oberes Kreuzholz und Leimgrubenholz, Nördlicher Steinwald, Südlicher Steinwald;

## Region 6:

Kreisfreie Städte: Amberg, Weiden i. d. OPf.;

Landkreise: Amberg, Schwandorf i. Bay., Neustadt a. d. Waldnaab, Tirschenreuth ohne die der Region 5 angehörigen Gebiete;

## Region 7:

Kreisfreie Städte: Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach;

Landkreise: Erlangen, Fürth, Lauf a. d. Pegnitz, Roth b. Nürnberg;

## Region 8:

Kreisfreie Stadt: Ansbach;

Landkreise: Ansbach, Neustadt a. d. Aisch, Weißenburg i. Bay.;

## Region 9:

Kreisfreie Stadt: Augsburg;

Landkreise: Augsburg-West, Augsburg-Ost, Dillingen a. d. Donau, Nördlingen-Donauwörth;

## Region 10:

Kreisfreie Stadt: Ingolstadt;

Landkreise: Eichstätt, Neuburg a. d. Donau, Pfaffenhofen a. d. Ilm;

## Region 11:

Kreisfreie Stadt: Regensburg;

Landkreise: Neumarkt i. d. OPf., Regensburg, Cham, Kelheim mit Ausnahme der Gemeinden Aiglshausen, Attenhofen, Berghausen, Großgundertshausen, Holzmannshausen, Leibersdorf, Lindkirchen, Mainburg, Mitterstetten, Oberempfenbach, Ratzenhofen, Steinbach, Walkertshofen, Volkenschwand;

## Region 12:

Kreisfreie Städte: Straubing, Passau;

Landkreise: Regen, Straubing-Bogen, Deggendorf, Freyung, Passau;

## Region 13:

Kreisfreie Stadt: Landshut;

Landkreise: Landshut, Untere Isar, Rottal, vom Landkreis Kelheim die Gemeinden Aiglshausen, Attenhofen, Berghausen, Großgundertshausen, Holzmannshausen, Leibersdorf, Lindkirchen, Mainburg, Mitterstetten, Oberempfenbach, Ratzenhofen, Steinbach, Walkertshofen, Volkenschwand;

## Region 14:

Kreisfreie Stadt: München;

Landkreise: Freising, Erding, Dachau, Fürstenfeldbruck, München, Ebersberg, Starnberg, Landsberg a. Lech;

## Region 15:

Kreisfreie Stadt: Memmingen;

Landkreise: Günzkreis, Illerkreis, Mindelheim;

## Region 16:

Kreisfreie Städte: Kempten, Kaufbeuren;

Landkreise: Marktoberdorf, Oberallgäu, Lindau;

## Region 17:

Landkreise: Weilheim i. OB, Bad Tölz, Miesbach, Garmisch-Partenkirchen;

## Region 18:

Kreisfreie Stadt: Rosenheim;

Landkreise: Mühldorf a. Inn, Altötting, Rosenheim, Traunstein, Bad Reichenhall.

## § 2

Für die Region 15 ist eine einheitliche Regionalplanung zusammen mit Gebieten des Landes Baden-Württemberg zweckmäßig (Art. 13 Abs. 2 Nr. 2 BayLplG). Für die Regionalplanung in dieser Region wird der Inhalt des Regionalplans, die Zuständigkeit für die Ausarbeitung und das Verfahren sowie die Kostenerstattung einer gesonderten Regelung vorbehalten (Art. 27 BayLplG).

## § 3

Für Grenzen der Planungsregionen, die zugleich Landkreis- oder Gemeindegrenzen sind, bestimmt sich der Verlauf nach dem jeweiligen Gebietsstand; dies gilt nicht für Änderungen im Bestand der in der Verordnung genannten kreisangehörigen Gemeinden.

## § 4

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.  
München, den 21. Dezember 1972

**Der Bayerische Ministerpräsident**  
Dr. h. c. Goppel

**Verordnung**  
**über die Staatlichen Technikerschulen für**  
**Landwirtschaft, Fachrichtung Landbau**  
**Vom 9. November 1972**

Auf Grund des Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 1972 (GVBl., S. 189) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

## § 1

Die staatlichen Technikerschulen für Landbau in Landsberg/Lech und in Triesdorf führen die Bezeichnung „Staatliche Technikerschule für Landwirtschaft, Fachrichtung Landbau“ mit Angabe des Sitzes der Schule. Sie sind dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unmittelbar nachgeordnet. Träger des Aufwands für das Verwaltungspersonal und des Schulaufwands sind die Bezirke.

## § 2

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläßt die Schulordnung und die Prüfungsordnung (Art. 5 Abs. 2 EUG).

## § 3

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1972 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die staatlichen Ingenieurschulen für Landbau und die Technikerschulen für Landbau in Bayern vom 4. November 1970 (GVBl. S. 652), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. August 1971 (GVBl. S. 296), außer Kraft.

München, den 9. November 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

**Verordnung  
zur Übertragung von Zuständigkeiten nach  
Art. 8 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der  
bayerischen Landwirtschaft**

Vom 9. November 1972

Auf Grund des Art. 15 Abs. 2 Buchst. b des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 504) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

## § 1

(1) Zuständige Behörde für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung von unmittelbar der beruflichen Erwachsenenbildung dienenden Maßnahmen ist

- a) im landwirtschaftlichen Bereich die Regierung
- b) im forstwirtschaftlichen Bereich die Oberforstdirektion

in deren Amtsbezirk die Maßnahme durchgeführt wird.

(2) Zuständige Behörde für die Gewährung und Rückforderung von Zuwendungen zur Teilnahme an einer Maßnahme im Sinne des Absatzes 1 ist das Amt für Landwirtschaft, das Amt für Landwirtschaft und Tierzucht oder das Amt für Landwirtschaft und Bodenkultur, in dessen Amtsbezirk die Maßnahme durchgeführt wird.

## § 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1972 in Kraft.

München, den 9. November 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

**Schulordnung  
der staatlichen Technikerschulen für Land-  
wirtschaft**

Vom 10. November 1972

Auf Grund von Art. 5 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 1972 (GVBl. S. 189), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Schulordnung:

## Inhaltsübersicht

## Abschnitt I: Allgemeines

- § 1 Aufbau
- § 2 Aufgaben
- § 3 Direktor, Lehrkräfte
- § 4 Lehrerkonferenz

## Abschnitt II: Schulbetrieb

- § 5 Aufnahme
- § 6 Schuldauer, Unterrichtszeit, Aufsicht
- § 7 Semesterdauer und Ferien
- § 8 Gestaltung des Unterrichts
- § 9 Lernmittel
- § 10 Teilnahme am Unterricht
- § 11 Prüfungen und Zeugnisse
- § 12 Haftung der Schule
- § 13 Haftung des Studierenden

## Abschnitt III: Schulgemeinschaft

- § 14 Pflichten des Studierenden
- § 15 Studierende und Lehrer
- § 16 Studierendenmitverwaltung
- § 17 Ordnungsmaßnahmen
- § 18 Entlassung
- § 19 Ausschuß
- § 20 Zusammenarbeit mit der Schule
- § 21 Verhinderung am Schulbesuch
- § 22 Übertragbare Krankheiten, ärztliche Untersuchungen

## Abschnitt IV: Fachschulbeirat

- § 23 Zusammensetzung
- § 24 Aufgaben und Tätigkeit

## Abschnitt V: Schlußvorschrift

- § 25 Inkrafttreten

## Abschnitt I

## Allgemeines

## § 1

## Aufbau

(1) Die staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft (Technikerschulen) führen Fachrichtungen. Es bestehen die Fachrichtung Landbau und die Fachrichtung Gartenbau und Weinbau. Die Fachrichtung kann in Fachgebiete unterteilt werden.

(2) Die staatliche Schulaufsicht übt das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Staatsministerium) aus.

(3) Bei den staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft besteht Schulgeldfreiheit.

## § 2

## Aufgaben

Die Technikerschule bildet die Studierenden heran:

- a) für die Laufbahn des mittleren landwirtschaftlich-technischen Dienstes, für Tätigkeiten in der Beratung, Versuchsanstellung, pflanzlichen und tierischen Produktion und Landtechnik,
- b) für die Verwendung bei Genossenschaften, Handel, Fachorganisationen, Verbänden sowie in der Ernährungsindustrie,
- c) für die Verwendung in der Praxis, insbesondere als Betriebsleiter oder technischer Leiter in mittleren und größeren Betrieben.

## § 3

## Direktor, Lehrkräfte

(1) Der Direktor der Technikerschule (Direktor) wird vom Staatsministerium berufen.

(2) Der Unterricht wird von hauptamtlichen, nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrkräften erteilt. Hauptamtliche Lehrkräfte sind in der Regel Beamte des höheren landwirtschaftlichen Dienstes einschließlich des landwirtschaftlichen Lehramtes. Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte werden mit Genehmigung des Staatsministeriums berufen.

## § 4

## Lehrerkonferenz

(1) Die Lehrerkonferenz hat den Zweck, durch gemeinsame Beratungen eine gedeihliche schulische



Arbeit zu gewährleisten. Vorsitzender der Lehrerkonferenz ist der Direktor.

(2) An der Lehrerkonferenz nehmen alle hauptamtlichen Lehrkräfte teil. Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte sowie unterweisende Fachkräfte sind zur Teilnahme verpflichtet, wenn der Vorsitzende dies für erforderlich hält.

(3) Den Semestersprechern ist Gelegenheit zu geben, an der Lehrerkonferenz teilzunehmen, wenn und soweit Angelegenheiten beraten werden, die die Studierenden allgemein betreffen; die Entscheidung hierüber trifft der Vorsitzende.

(4) Soweit bei Lehrerkonferenzen Entscheidungen getroffen werden, sind jene Lehrer stimmberechtigt, die Pflichtunterricht erteilen. Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(5) Über Beratungen und Abstimmungen, die Angelegenheiten von Studierenden, Schulpersonal oder dritten Personen betreffen, ist Verschwiegenheit zu bewahren. Die Lehrerkonferenz kann auch die vertrauliche Behandlung anderer Beratungsgegenstände beschließen.

(6) Über den Verlauf der Lehrerkonferenz ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Niederschrift muß enthalten:

- a) die Teilnehmerliste,
- b) Angaben über Zeitpunkt, Anfang und Ende der Sitzungen,
- c) die Tagesordnung,
- d) die Beratungsergebnisse,
- e) das Stimmenverhältnis bei Entscheidungen.

Jeder Konferenzteilnehmer hat das Recht, seine abweichende Meinung zu Protokoll nehmen zu lassen. Die Niederschrift ist den Lehrkräften zur Kenntnis zu geben.

## Abschnitt II

### Schulbetrieb

#### § 5

##### Aufnahme

(1) Voraussetzungen für die Aufnahme sind:

- a) der erfolgreiche Abschluß der Berufsschule oder eines mindestens gleichwertigen Bildungsganges mit einem mindestens ausreichenden Leistungsdurchschnitt in den Fächern Deutsch, Rechnen und Fachkunde,
- b) die erfolgreich bestandene Abschlußprüfung in einem der gewählten Fachrichtung einschlägigen anerkannten Ausbildungsberuf,
- c) eine weitere Berufstätigkeit von zwei Jahren in einem der gewählten Fachrichtung förderlichen Beruf,
- d) bei Ausländern außerdem der Nachweis ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache.

(2) Dem Aufnahmeantrag sind beizufügen:

- a) die in Absatz 1 geforderten Nachweise,
- b) ein amtliches Führungszeugnis, das nicht älter als ein halbes Jahr sein darf,
- c) eine Geburtsurkunde,
- d) ein lückenloser Lebenslauf und zwei Lichtbilder in Paßformat neuesten Aufnahmedatums,
- e) ein ärztliches Zeugnis, in dem die Unbedenklichkeit der Aufnahme in ein Wohnheim bestätigt wird,
- f) bei Minderjährigen die Einverständniserklärung der gesetzlichen Vertreter.

(3) Bewerber, die eine mindestens zweisemestrige Fachschule der jeweiligen Fachrichtung mit Vollzeitunterricht erfolgreich abgeschlossen haben, können in das 3. Semester der Technikerschule aufgenommen werden, sofern die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt sind.

(4) Bei Aufnahme in höhere Semester werden abgeschlossene Ausbildungssemester an anderen deutschen öffentlichen oder staatlich anerkannten Technikerschulen angerechnet, soweit der Bewerber im letzten Semester die Erlaubnis zum Vorrücken erhalten hat. Darüber hinaus können mit Erfolg abgeschlossene Semester an staatlich genehmigten privaten Technikerschulen oder eine Technikerausbildung im Ausland an Vollzeitschulen bis zu höchstens zwei Semestern angerechnet werden, wenn diese Ausbildung derjenigen an öffentlichen Technikerschulen entspricht. Im gleichen Umfang können mit Erfolg abgeschlossene Semester einer Technikerausbildung an einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Technikerschule einer anderen Fachrichtung angerechnet werden, sofern sich die Ausbildungsinhalte im wesentlichen decken. Die Voraussetzungen nach Absatz 1 müssen auch bei der Aufnahme in höhere Semester erfüllt sein.

(5) Über die Aufnahme sowie über die Anrechnung von Ausbildungssemestern nach Absatz 4 entscheidet der Direktor. Soweit erforderlich, wird ein Ausleseverfahren durchgeführt. Das Ergebnis der Entscheidung ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen. Bei Ablehnung sind die Gründe anzugeben, bei Zulassung ist die Schulordnung beizufügen.

(6) Über Ausnahmen entscheidet das Staatsministerium nach Stellungnahme der Technikerschule.

#### § 6

##### Schuldauer, Unterrichtszeit, Aufsicht

(1) Der Unterricht umfaßt 4 Semester in Vollzeitform.

(2) Der Unterricht wird von Montag bis Freitag ganztägig erteilt.

(3) Dem Unterricht sind Schulstunden mit 45 bis 50 Minuten zugrunde zu legen.

(4) Der Direktor regelt die Aufsicht während des Schulbetriebs.

(5) Der Direktor erläßt eine Hausordnung, die der Genehmigung durch das Staatsministerium bedarf.

#### § 7

##### Semesterdauer und Ferien

Das Schuljahr (2 Semester) dauert 40 Unterrichtswochen und beginnt in der Regel Ende September. Semesterdauer und Ferien werden vom Staatsministerium festgelegt.

#### § 8

##### Gestaltung des Unterrichts

(1) Unterrichtsfächer, Stundentafel und Lehrpläne werden vom Staatsministerium festgelegt.

(2) Vorführungen, Beurteilungs- und Bestimmungsübungen, Lehrfahrten und Besichtigungen ergänzen den Unterricht.

(3) Der Direktor sorgt dafür, daß die Stoffverteilungspläne durch die Lehrkräfte rechtzeitig aufgestellt und aufeinander abgestimmt werden.

#### § 9

##### Lernmittel

(1) Im Unterricht sind Lernmittel zu verwenden, die vom Staatsministerium zugelassen sind. Die Auswahl unter den zugelassenen Lernmitteln trifft der Direktor im Benehmen mit den Fachlehrkräften.

(2) Für die Lernmittelfreiheit gelten die vom Staatsministerium erlassenen Bestimmungen.

### § 10

#### Teilnahme am Unterricht

(1) Die Studierenden sind verpflichtet, pünktlich am Unterricht und an allen sonstigen Veranstaltungen der Schule, deren Besuch nicht ausdrücklich als freiwillig erklärt wird, teilzunehmen. Veranstaltungen der Studierendenmitverwaltung sind Schulveranstaltungen, wenn sie vom Direktor als solche anerkannt werden.

(2) In Ausnahmefällen kann der Direktor auf vorherigen schriftlichen Antrag Befreiung vom Unterricht erteilen.

(3) Der durch Unterrichtsbefreiung versäumte Lehrstoff ist vom Studierenden nachzuarbeiten.

### § 11

#### Prüfungen und Zeugnisse

Die Prüfungen und die Ausstellung der Zeugnisse erfolgen nach der vom Staatsministerium erlassenen Prüfungsordnung.

### § 12

#### Haftung der Schule

In Schadensfällen haftet der Freistaat Bayern als Schulträger im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Die Haftung setzt eine schuldhafte Verletzung der Amtspflichten, insbesondere der Aufsichtspflicht durch den Direktor, eine Lehrkraft oder sonstiges Schulpersonal voraus.

### § 13

#### Haftung des Studierenden

Für Schäden, die ein Studierender schuldhafte verursacht, sind dem Schulträger gegenüber der Studierende oder die Erziehungsberechtigten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Das bezieht sich auch auf das dem Studierenden anvertraute Schuleigentum.

## Abschnitt III

### Schulgemeinschaft

### § 14

#### Pflichten des Studierenden

(1) Jeder Studierende hat sich so zu verhalten, daß der Zweck des Unterrichts erfüllt und das Bildungsziel erreicht werden kann.

(2) In diesem Rahmen hat er den Anordnungen des Direktors, der Lehrer und der Personen zu folgen, denen bestimmte Aufgaben in der Schule übertragen sind; dazu gehören auch Studierende, denen ein besonderer Auftrag erteilt wird.

(3) Die Studierenden haben ihre schulischen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen sowie die Schul- und Hausordnung zu beachten. Ihr Verhalten unterliegt der Würdigung durch die Schule, das außerschulische Verhalten nur, soweit es unmittelbar in die Schule zurückwirkt.

(4) Jeder Studierende ist für die pflegliche Behandlung der Einrichtungsgegenstände und für Sauberkeit im Schulgebäude und auf dem Schulgrundstück mitverantwortlich. Schuldhaft Beschädigungen oder Verunreinigungen verpflichten zum Schadenersatz und können Ordnungsmaßnahmen nach sich ziehen.

### § 15

#### Studierende und Lehrer

(1) Jeder Studierende hat das Recht, den Direktor oder eine Lehrkraft um Auskunft und Rat zu bitten. Er soll sich zunächst an die Lehrkraft wenden.

(2) Fühlt sich ein Studierender durch eine Lehrkraft ungerecht behandelt oder beurteilt, so wendet er sich zunächst an diese. Er kann die Vermittlung durch den Semestersprecher in Anspruch nehmen.

### § 16

#### Studierendenmitverwaltung

(1) Die Studierenden sollen in der Studierendenmitverwaltung Leben, Arbeit und Ordnung ihrer Schule mitgestalten. Sie werden dabei von den Lehrkräften und vom Direktor unterstützt. Den Studierenden stellen sich besonders drei Aufgabenbereiche: die Durchführung von Gemeinschaftsaufgaben, die Mitarbeit bei Ordnungsaufgaben und die Vertretung von Interessen der Studierenden.

(2) Die Studierenden können Vorschläge und Wünsche zur Gestaltung des Unterrichts vorbringen.

(3) Die Studierenden jedes Semesters bzw. Fachgebietes wählen zu Semesterbeginn einen Semestersprecher und einen Stellvertreter. Die Wahl erfolgt durch schriftliche geheime Abstimmung. Erhält kein Bewerber die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern statt, welche die höchste Zahl gültiger Stimmen erhalten haben. Die Studierenden des jeweiligen Semesters bzw. Fachgebietes können mit Mehrheit der Stimmberechtigten aus besonderen Gründen während des Semesters einen anderen Semestersprecher oder Stellvertreter wählen.

(4) Der Semestersprecher hat die Aufgabe, die Studierenden seines Semesters in Schulanangelegenheiten zu vertreten.

(5) Die Semestersprecher und ihre Stellvertreter bilden den Studierendenausschuß der Schule. Sie wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Für die Wahl gilt Absatz 3 entsprechend. Dem Studierendenausschuß obliegen solche Aufgaben der Studierendenvertretung, die über den Bereich der Studierenden eines Semesters bzw. Fachgebietes hinausgehen.

(6) Der Direktor unterrichtet den Studierendenausschuß über Angelegenheiten, die für die Schule von allgemeiner Bedeutung sind, wie z. B. Beschlüsse einer Lehrerkonferenz oder Rechts- und Verwaltungsvorschriften, soweit sie Angelegenheiten der Studierenden betreffen.

### § 17

#### Ordnungsmaßnahmen

(1) Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schule können bei Verletzung der sich insbesondere aus § 12 ergebenden Pflichten gegen den einzelnen Studierenden je nach Art der Verfehlung folgende Maßnahmen getroffen werden:

- a) die Verwarnung; sie wird vom Leiter der Abteilung bzw. Semesterleiter ausgesprochen,
- b) der Verweis; er wird vom Direktor erteilt,
- c) die Androhung der Entlassung; sie wird durch Beschluß der Lehrerkonferenz verfügt,
- d) die Entlassung (§ 18),
- e) der Ausschluß (§ 19).

(2) Bevor eine dieser Maßnahmen getroffen wird, ist der Betroffene zu hören.

### § 18

#### Entlassung

Die Entlassung eines Studierenden kann die Lehrerkonferenz nur mit zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder beschließen. Eine Wiederaufnahme ist nur mit Zustimmung des Staatsministeriums möglich.



## § 19

## Ausschluß

Sind bei einer zur Entlassung führenden Verfehlung Tatumstände gegeben, die die Verwirklichung der Bildungsziele der Technikerschule oder die Ordnung und Sicherheit des Schulbetriebes besonders gefährden, so kann das Staatsministerium den Studierenden von allen bayerischen Technikerschulen für Landwirtschaft ausschließen.

## § 20

## Zusammenarbeit mit der Schule

(1) Eine persönliche Fühlungnahme der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten mit den Lehrkräften ist im Interesse eines gedeihlichen Schulbetriebes beiderseits anzustreben.

(2) Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sollen sich der von der Schule gebotenen Möglichkeiten zur Unterrichtung über die Leistungen der Studierenden bedienen.

## § 21

## Verhinderung am Schulbesuch

(1) Ist ein Studierender wegen Erkrankung oder aus einem anderen zwingenden Grund am Schulbesuch verhindert, so ist dies der Schule unverzüglich mitzuteilen. Bei Minderjährigen ist der Erziehungsberechtigte zur Benachrichtigung verpflichtet.

(2) Dauert die Krankheit länger als drei Tage, ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen.

## § 22

## Übertragbare Krankheiten, ärztliche Untersuchungen

Die Vorschriften zur Verhütung oder Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sind zu beachten. Hierbei hat der Direktor das Gesundheitsamt rechtzeitig einzuschalten.

## Abschnitt IV

## Fachschulbeirat

## § 23

## Zusammensetzung

(1) Bei der Technikerschule ist ein Fachschulbeirat zu bilden. Er setzt sich zusammen aus

- a) zwei Vertretern des Sachaufwandsträgers, davon einer als Vorsitzender,
- b) dem Direktor als Vertreter des Vorsitzenden,
- c) den Abteilungsleitern bzw. Semesterleitern,
- d) je einem Vertreter der zuständigen Berufsorganisationen.

(2) Das Staatsministerium beruft die Mitglieder nach Absatz 1 Buchstabe d auf Vorschlag für die Dauer von vier Jahren.

## § 24

## Aufgaben und Tätigkeit

(1) Der Fachschulbeirat wirkt bei grundsätzlichen und wichtigen Fragen des Schulbetriebes beratend mit.

(2) Der Fachschulbeirat faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(3) Der Fachschulbeirat ist jährlich mindestens einmal durch den Vorsitzenden einzuberufen. Er muß einberufen werden, wenn ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe bestimmter Beratungsgegenstände beantragt.

(4) Die Tätigkeit im Fachschulbeirat ist ehrenamtlich. Die Leistung von Aufwandsentschädigungen für

die Mitglieder nach § 23 Abs. 1 Buchst. d regelt das Staatsministerium nach Maßgabe der Haushaltsmittel.

## Abschnitt V

## Schlußvorschrift

## § 25

## Inkrafttreten

Diese Schulordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1972 in Kraft. Gleichzeitig treten die Schulordnung der Technikerschule für Landbau an den Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirkes Oberbayern Landsberg am Lech vom 17. Dezember 1965 (RABl. OB 1966 S. 17) und die Schulordnung der Technikerschule für Landbau an den Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf des Bezirkes Mittelfranken vom 31. Januar 1966 (RABl. Mfr. S. 23) außer Kraft.

München, den 10. November 1972

Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

## Verordnung

## über die Förderung der privaten und körper-schaftlichen Waldwirtschaft (PuKWFV)

Vom 14. November 1972

Auf Grund des Art. 15 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 504) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

## § 1

## Grundsätze

(1) Die Förderung der privaten und körperschaftlichen Waldwirtschaft ist Aufgabe der Dienststellen der Staatsforstverwaltung. Diese arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgabe mit der Berufsvertretung (Bayerischer Bauernverband, Bayerischer Waldbesitzerverband) zusammen. Der Wirkungsbereich der Berufsvertretung bleibt unberührt.

(2) Die Förderung der privaten und körperschaftlichen Waldwirtschaft verfolgt die in Art. 1 und 2 des Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft genannten Zwecke und Ziele im forstlichen Bereich. Dabei ist besonders auf die Erhaltung und Verbesserung der Bodenkraft, die Ertragssteigerung nach Menge und Qualität, die wirtschaftliche Gestaltung des Betriebes, die Stärkung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse sowie die Erhaltung, Sanierung und Pflege der Kulturlandschaft hinzuwirken. Die Förderung umfaßt die fachliche Aus- und Fortbildung und die fachliche Beratung (§ 2) sowie bestimmte Förderungsmaßnahmen (§ 3); sie soll den Waldbesitzer in die Lage versetzen, seinen Wald sachgemäß zu bewirtschaften.

(3) Betriebliche Entscheidungen trifft der Waldbesitzer im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Zuständigkeit und Verantwortung.

(4) Die Tätigkeit der Dienststellen der Staatsforstverwaltung auf Grund der Art. 9 und 15 des Forstgesetzes in Gemeinde-, Körperschafts- und Stiftungswaldungen ist nicht Gegenstand dieser Verordnung.

## § 2

## Ausbildung und Fortbildung, Beratung

(1) Die fachliche Aus- und Fortbildung wird insbesondere im Rahmen des Fachunterrichts an staatlichen Aus- und Fortbildungseinrichtungen vermittelt. Hierzu gehört auch die Ausbildung der Nach-

wuchskräfte für den Forstwardienst im Privat- und Körperschaftswald. Der Unterricht im Fach Waldwirtschaft an den Landwirtschaftsschulen wird von einem Beamten der Staatsforstverwaltung in der Regel als Nebentätigkeit übernommen; der Beamte ist auf Grund der Verordnung zur Übertragung einer beamtenrechtlichen Zuständigkeit im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 18. Mai 1971 (GVBl. S. 208) von der Oberforstdirektion zur Übernahme und Fortführung dieses Nebenamtes zu verpflichten. Die Aus- und Fortbildung an der Waldbauernschule Hohenkammer — Staatliche Lehrstätte für private und körperschaftliche Waldwirtschaft — richtet sich nach der Verordnung über die Errichtung der Waldbauernschule Hohenkammer vom 15. April 1970 (GVBl. S. 168) und der Lehrgangsordnung für die Waldbauernschule Hohenkammer vom 20. Oktober 1970 (LMBl. S. 76).

(2) Die fachliche Beratung kann als Einzel-, Gruppen- oder Sammelberatung erfolgen; sie soll möglichst im Rahmen der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse erteilt werden.

(3) Gegenstand der Aus- und Fortbildung sowie der Beratung sind insbesondere:

Begründung, Pflege und Verjüngung der Waldbestände

Ernte und Vermarktung des Holzes

Maschinen- und Geräteeinsatz, Unfallverhütung

Walderschließung

Waldschutz

betriebswirtschaftliche Fragen, überbetriebliche Zusammenarbeit

Förderungsmaßnahmen

Bedeutung des Waldes in der Kulturlandschaft

forstgesetzliche Bestimmungen.

Es können auch allgemeine rechtliche, steuerliche und forstpolitische Hinweise gegeben werden.

### § 3

#### Bestimmte Förderungsmaßnahmen

(1) Bestimmte Förderungsmaßnahmen sind namentlich die Förderung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse, des forstlichen Wirtschaftswegebau, der waldbaulichen und sonstigen forstlichen Maßnahmen sowie von einzelbetrieblichen Investitionen in der Forstwirtschaft. Für das Verfahren sind die jeweils geltenden Förderungsgrundsätze und -richtlinien maßgebend.

(2) Die Förderung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse richtet sich nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 1. September 1969 (BGBl. I S. 1543), dem Ausführungsgesetz zum Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (AGFoZG) vom 27. Juli 1970 (GVBl. S. 338), der Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten für den Vollzug des Gesetzes über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse auf die Oberforstdirektionen vom 21. August 1970 (GVBl. S. 440), der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 27. Oktober 1970 (GVBl. S. 508) und den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen. Die Förderung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse umfaßt die Mitwirkung bei deren Bildung, die fachliche Beratung und die finanzielle Förderung.

(3) Auf Ansuchen eines forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses kann die fachtechnische Geschäftsführung von einem Beamten oder Angestellten der Staatsforstverwaltung, der nicht Leiter des Forstamtes oder dessen Vertreter ist, als Nebentätigkeit übernommen werden, wenn

a) eine geeignete andere Person nicht zur Verfügung steht und

b) dienstliche Interessen nicht entgegenstehen.

Unter diesen Voraussetzungen liegt für die Übernahme der Geschäftsführung eine Veranlassung im Sinne des Art. 76 des Bayerischen Beamtengesetzes vor. Einem Beamten oder Angestellten der Staatsforstverwaltung dürfen als Geschäftsführer eines forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses Entscheidungsbefugnisse, Vertretungsmacht, Kassengeschäfte und Steuerangelegenheiten nicht übertragen werden.

(4) Die Bewilligung von Zuwendungen für den forstlichen Wirtschaftswegebau sowie die waldbaulichen und sonstigen forstlichen Maßnahmen in Durchführung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573) — ausgenommen Trennung von Wald und Weide sowie Anlage von Schutzpflanzungen und Feldgehölzen — wird den Oberforstdirektionen als oberen Forstbehörden übertragen. Die Zuständigkeit beim Wirtschaftswegebau richtet sich im übrigen nach der Verordnung über den Wirtschaftswegebau außerhalb der Flurbereinigung vom 23. Juli 1970 (GVBl. S. 405). Für die Bewilligung von staatlichen Beihilfen und von Zuschüssen nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse sind die Oberforstdirektionen gemäß § 1 Buchst. i der Verordnung vom 21. August 1970 (GVBl. S. 440) zuständig.

### § 4

#### Forstlicher Beirat

(1) Zur Beratung in Fragen der Förderung der privaten und körperschaftlichen Waldwirtschaft wird beim Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein Forstlicher Beirat gebildet.

(2) Diesem Beirat gehören an:

Ein Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes, Körperschaft des öffentlichen Rechts, ein Vertreter des Bayerischen Waldbesitzerverbandes e. V.,

ein Vertreter des größeren Körperschaftswaldbesitzes (über 100 Hektar Waldfläche),

zwei Vertreter des größeren Privatwaldbesitzes (über 100 Hektar Waldfläche),

sieben Vertreter forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (vorwiegend Privat- und Körperschaftswaldbesitz unter 100 Hektar Waldfläche),

ein Vertreter sonstiger Selbsthilfeeinrichtungen.

Bei Bedarf können Sachverständige zugezogen werden.

(3) Der Beirat wird vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr, einberufen. Die Berufung der Mitglieder erfolgt auf fünf Jahre; sie werden von der Berufsvertretung vorgeschlagen.

(4) Die Tätigkeit der Mitglieder des Beirates ist ehrenamtlich.

### § 5

#### Ausführungsbestimmungen

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläßt die zum Vollzug dieser Verordnung erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

### § 6

#### Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.



(2) Gleichzeitig tritt die Verwaltungsanordnung über die Förderung der Privatwaldwirtschaft vom 4. Dezember 1956 (GVBl. 1957 S. 1) außer Kraft.

München, den 14. November 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

## **Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durch- führung des Bayerischen Besoldungsgesetzes im Geschäftsbereich des Bayerischen Staats- ministeriums für Unterricht und Kultus**

**Vom 28. November 1972**

Auf Grund des Art. 4 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 37 Satz 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

### **§ 1**

Die Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Besoldungsgesetzes im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1971 (GVBl. S. 359), geändert durch Verordnung vom 16. März 1972 (GVBl. S. 163), wird wie folgt geändert:

#### **1. § 1 wird wie folgt geändert:**

Nummern 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

- „1. a) den Landesuniversitäten;
- b) der Technischen Universität München, Verwaltungsstelle Weißenstephan für die Beamten ihres Dienstbereichs, der Universität München außerdem für die Beamten des Hochschulinstituts für Leibesübungen in München;
- c) der Gesamthochschule Bamberg für die Beamten ihres Dienstbereichs und die der Staatlichen Frauenklinik und Hebammenschule in Bamberg;

#### **2. den Regierungen für die**

- a) ihnen unterstehenden Schulaufsichtsbeamten;
- b) beamteten Lehrkräfte an Volksschulen, Sonderschulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen einschließlich Wirtschaftsschulen, Fachschulen, Berufsoberschulen, Fachakademien und den Landesschulen für Blinde, Gehörlose und Körperbehinderte in München;
- c) Beamten der Laufbahngruppen des einfachen und mittleren Dienstes an den Gymnasien und den Bayernkollegs;
- d) Seminarvorstände der staatlichen Studienseminare für berufliche Schulen;“.

#### **2. § 2 wird wie folgt geändert:**

a) Nummern 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

- „1. a) den Landesuniversitäten,
- b) der Technischen Universität München, Verwaltungsstelle Weißenstephan,
- c) der Phil. Theol. Hochschule Passau,
- d) der Orthopädischen Klinik in München,
- e) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften,

f) der Generaldirektion der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen des Staates,

g) den Staatlichen Forschungsinstituten für angewandte Mineralogie in Regensburg und für Geochemie in Bamberg,

h) den Fachhochschulen für die Beamten ihres Dienstbereichs, der Universität München außerdem für die Beamten des Hochschulinstituts für Leibesübungen in München;

#### **2. der Gesamthochschule Bamberg**

für die Beamten ihres Dienstbereichs und die der Staatlichen Frauenklinik und Hebammenschule in Bamberg;“.

b) Nummern 4 und 5 erhalten folgende Fassung:

„4. der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken für die Beamten ihres Dienstbereichs;

5. der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns für die Beamten ihres Dienstbereichs;“.

c) In Nummer 6 wird Buchstabe b gestrichen.

d) Nummer 6 Buchst. e erhält folgende Fassung:

„e) dem Gemeinsamen Dienst der Bayerischen Staatstheater für seine Beamten und die der Bayerischen Staatstheater;“.

e) Nummer 7 erhält folgende Fassung:

- „7. den Regierungen für die
- a) ihnen unterstehenden Schulaufsichtsbeamten,
- b) beamteten Lehrkräfte an Volksschulen, Sonderschulen, Berufsschulen, Berufsoberschulen und Realschulen,
- c) Beamten an den Gymnasien, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen, Fachakademien, den Bayernkollegs und den Studienkollegs bei den wissenschaftlichen und Fachhochschulen,
- d) Seminarvorstände der staatlichen Studienseminare für berufliche Schulen;“.

3. In § 4 werden die Worte „an landwirtschaftlichen Berufsschulen“ ersetzt durch die Worte

„an Berufsschulen und diesen angeschlossenen Berufsfachschulen“.

4. § 5 erhält folgende Fassung:

### **„§ 5**

Die Befugnis zur Festsetzung der Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen wird übertragen:

a) den Regierungen

für die Bediensteten an den Sonderschulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen einschließlich Wirtschaftsschulen, Fachschulen, Berufsoberschulen, Landesschulen für Blinde, Gehörlose und Körperbehinderte in München, Fachakademien, Landesbildstellen, Studienkollegs bei den wissenschaftlichen und Fachhochschulen, an dem Institut für Bildungsforschung und Bildungsplanung, dem Institut für Frühpädagogik, den Bayernkollegs, den Fachhochschulen, dem Bayerischen Staatskonservatorium der Musik in Würzburg, der Akademie für Lehrerfortbildung in Dillingen sowie für die den Regierungen unterstehenden Schulaufsichtsbeamten und für die Bediensteten am Staatsinstitut für die Ausbildung der Lehrer an Realschulen und am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern sowie für die Bediensteten an den staatlichen Studienseminaren für berufliche Schulen;

- b) den Regierungen von Niederbayern, der Oberpfalz, von Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben für ihren Amtsbereich für die Bediensteten an den Volksschulen, Realschulen, Fachoberschulen und Gymnasien;
- c) der Regierung von Niederbayern für die Bediensteten an den Volksschulen des Regierungsbezirks Oberbayern;
- d) der Regierung der Oberpfalz für die Bediensteten an den Realschulen, Fachoberschulen und Gymnasien des Regierungsbezirks Oberbayern sowie für die Bediensteten der Walhallverwaltung;
- e) der Regierung von Unterfranken für die Bediensteten des Stiftungsamts Aschaffenburg;
- f) den Landesuniversitäten; für ihre Bediensteten;
- g) der Gesamtschule Bamberg für ihre Bediensteten und die der Staatlichen Frauenklinik und Hebammenschule in Bamberg;
- h) der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken und der Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns für die Bediensteten ihres Dienstbereichs.“

## § 2

§ 1 Nr. 2 Buchst. d dieser Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft. Im übrigen tritt diese Verordnung mit Wirkung vom 1. August 1972 in Kraft.

München, den 28. November 1972

**Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus**  
Prof. Hans Maier, Staatsminister

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Unterer Inn“ Vom 28. November 1972

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, § 13 Abs. 2 und § 15 Abs. 1 Satz 2 des Naturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (BayBS ErgB S. 1) in Verbindung mit Art. 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten in der Landesentwicklung in den Umweltfragen vom 19. Februar 1971 (GVBl. S. 65) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als oberste Naturschutzbehörde folgende Verordnung:

## § 1

Die Staubereiche des Inn jeweils oberhalb der Kraftwerke Ering-Frauenstein und Eggfling-Obernberg sowie Teile der angrenzenden Auwälder in der Stadt Simbach am Inn und in den Gemeinden Stubenberg und Ering (Landkreis Rottal) sowie in den Gemeinden Malching und Bad Füssing (Landkreis Passau) werden in dem in § 2 näher bezeichneten Umfang am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit unter Naturschutz gestellt.

## § 2

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von 729,22 ha. Es umfaßt die nachstehend aufgeführten Grundstücke; Teilflächen davon sind mit (t) gekennzeichnet:

a) im Landkreis Rottal			
in der Stadt Simbach am Inn			
in der Gemarkung Erlach	Flurstück (t)	295/	3
	Flurstück	295/	5
in der Gemeinde Stubenberg			
in der Gemarkung			
Stubenberg	Flurstück	359/	9
	Flurstück	360	
in der Gemeinde Ering			
in der Gemarkung Ering			
	Flurstück	921/	27
	Flurstück	922/	16
	Flurstück	1736/	3
	Flurstück	921/	36
b) im Landkreis Passau			
in der Gemeinde Malching			
in der Gemarkung Malching			
	Flurstück	1254/	2
	Flurstück (t)	1254/145	
	Flurstück (t)	1254/	87
	Flurstück	1254/	89
	Flurstück	1254/144	
in der Gemeinde			
Bad Füssing			
in der Gemarkung			
Eggfling am Inn			
	Flurstück	1006/	9
	Flurstück	1803/	3
	Flurstück	1803/	4
	Flurstück	1017	
in der Gemeinde			
Bad Füssing			
in der Gemarkung			
Aigen am Inn			
	Flurstück	523	
	Flurstück	526/	2
	Flurstück	2406/	4
	Flurstück	2406/	5

(2) Die Grenze des Naturschutzgebietes verläuft wie folgt: Vom Kraftwerk Eggfling-Obernberg (Flußkilometer 35,250) flußaufwärts bildet bis Kilometer 46 in Urfar der Damm die Nordgrenze. Von Urfar aus führt die Grenze quer über das Altwasser (Senkrecht zur Tafel der Flußkilometerbezeichnung) zum Innufer und folgt diesem bis zum Kraftwerk Ering. Von hier aus geht sie weiter nach Westen flußaufwärts dem Damm entlang bis zu dessen Ende bei Eglsee und von hier aus weiter der Uferbegrenzung entlang über Heitzing und Prienbach bis zum erneuten Beginn des Dammes, der nach Simbach führt. Diesem Damm entlang verläuft die Grenze weiter flußaufwärts bis zum Flußkilometer 56 gegenüber der österreichischerseits gelegenen Mattigmündung. Vom Kilometer 56 aus führt sie senkrecht auf die Staatsgrenze zu und läuft an dieser auf der gesamten Strecke entlang zurück zum Kraftwerk Eggfling. Die gesamte Südgrenze ist daher durch die Grenze der Bundesrepublik Deutschland zwischen Flußkilometer 35,25 und 56 gegeben.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in einer Karte M 1: 25 000 und einer Flurkarte M 1: 5000 rot eingetragen, die beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als oberster Naturschutzbehörde niedergelegt sind. Weitere Ausfertigungen dieser Karten befinden sich bei der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz in München, bei der Regierung von Niederbayern in Landshut als höherer Naturschutzbehörde, bei den Landratsämtern Passau und Rottal als unteren Naturschutzbehörden sowie bei der Stadt Simbach am Inn und den Gemeinden Stubenberg, Ering, Malching und Bad Füssing.

## § 3

Im Naturschutzgebiet ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen; insbesondere



- a) Bodenbestandteile abzubauen, neue Wege anzulegen oder bestehende zu verändern, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern;
- b) die Wasserläufe, deren Ufer, den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern;
- c) bauliche Anlagen im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten oder wesentlich zu verändern, auch wenn sie nicht baugenehmigungspflichtig sind;
- d) die Pflanzen- oder Tierwelt durch standortfremde Arten zu verfälschen;
- e) Rodungen in den Auwäldern vorzunehmen.

## § 4

Ferner ist es verboten:

- a) wildwachsende Pflanzen zu entnehmen oder zu beschädigen, oder Wurzeln, Wurzelstöcke, Knollen, Zwiebeln oder Rosetten solcher Pflanzen auszureißen, auszugraben oder zu beschädigen, unbeschadet besonderer naturschutzrechtlicher Vorschriften;
- b) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brutstätten wegzunehmen oder zu beschädigen, unbeschadet besonderer naturschutzrechtlicher Vorschriften;
- c) das Gelände zu verunreinigen, unbeschadet der Vorschriften des Abfallbeseitigungsgesetzes;
- d) zu zelten, zu lagern, Feuer anzumachen, zu lärmern oder Tonübertragungsgeräte oder Tonwiedergabegeräte zu benutzen, wenn andere Personen dadurch belästigt oder freilebende Tiere beunruhigt werden können, unbeschadet der besonderen Vorschriften des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetzes;
- e) außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen zu reiten oder mit Kraftfahrzeugen aller Art, Wohnwagen und Fahrrädern zu fahren oder diese dort abzustellen; ausgenommen hiervon sind Dienstfahrzeuge der staatlichen Wasserwirtschaftsverwaltung;
- f) Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, die nicht ausschließlich auf den Schutz des Gebietes hinweisen;
- g) mit Booten zu fahren, wenn sie mit Motor angetrieben werden; ausgenommen hiervon sind Polizei- und Zollboote sowie Wasserfahrzeuge der staatlichen Wasserwirtschaftsverwaltung;
- h) mit anderen als den unter Buchstabe g genannten Booten in der Zeit vom 1. Mai bis 31. August zu fahren;
- i) Inseln und sich bildende Sandbänke sowie den Leitdamm am Inn ab Kilometer 53,4 flußaufwärts zu betreten oder anzufahren.

## § 5

(1) Unberührt von den Verboten der §§ 3 und 4 bleiben

- a) die rechtmäßige Ausübung der Jagd und Fischelei;
- b) die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung;
- c) die durch den Kraftwerksbetrieb bedingten Maßnahmen, insbesondere die Fluß- und Uferunterhaltung;
- d) Instandhaltungsmaßnahmen an der 220-kV-Leitung der Bayernwerke AG sowie an der 30-kV-Leitung des Überlandwerkes Rothalmünster bei Flußkilometer 47,7.

(2) Folgende Maßnahmen nach Absatz 1 bedürfen jedoch einer Erlaubnis der Regierung von Niederbayern als höherer Naturschutzbehörde:

- a) Maßnahmen zur Abwehr von Kulturschädlingen;
- b) die Errichtung und die Änderung von Wegen im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft;
- c) die Errichtung von Einfriedungen, insbesondere von Weidezäunen, im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft.

(3) Die Erlaubnis nach Absatz 2 darf nur versagt werden, wenn die beabsichtigte Maßnahme dem mit dieser Verordnung bezweckten Schutz des Gebietes zuwiderläuft. Die Erlaubnis kann unter Auflagen, unter Bedingungen oder befristet erteilt werden.

## § 6

(1) Von den Verboten der §§ 3 und 4 dieser Verordnung können Ausnahmen genehmigt werden, wenn

- a) überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Befreiung erfordern oder
- b) der Vollzug der Bestimmung zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes vereinbar ist.

(2) § 5 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Zuständig für die Erteilung der Ausnahme-genehmigung ist im Falle des § 3 das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als oberste Naturschutzbehörde, im Falle des § 4 die Regierung von Niederbayern als höhere Naturschutzbehörde.

## § 7

Wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Verbot der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, eine Tätigkeit im Sinne des § 5 Abs. 2 ohne Erlaubnis vornimmt oder den nach § 5 Abs. 3 Satz 2 oder § 6 Abs. 2 gemachten Bedingungen oder Auflagen nicht Folge leistet, wird nach § 21 des Naturschutzgesetzes bestraft.

## § 8

Diese Verordnung tritt am 30. Dezember 1972 in Kraft.

München, den 28. November 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Landesentwicklung und Umweltfragen**  
Streibl, Staatsminister

### **Verordnung über die Gewerbeaufsichtsbezirke in Bayern Vom 29. November 1972**

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung folgende Verordnung:

## § 1

Die Zuständigkeit der Gewerbeaufsichtsämter bestimmt sich wie folgt:

1. Gewerbeaufsichtsamt Augsburg  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet des Regierungsbezirks Schwaben.
2. Gewerbeaufsichtsamt Bayreuth  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Bayreuth und Hof sowie der Landkreise Bayreuth, Hof, Kulmbach, Wunsiedel.

3. Gewerbeaufsichtsamt Coburg  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Bamberg und Coburg sowie der Landkreise Bamberg, Coburg, Forchheim, Kronach und Lichtenfels.
4. Gewerbeaufsichtsamt Landshut  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet des Regierungsbezirks Niederbayern.
5. Gewerbeaufsichtsamt München-Stadt  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt München und des Landkreises München.
6. Gewerbeaufsichtsamt München-Land  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet des Regierungsbezirks Oberbayern mit Ausnahme der kreisfreien Stadt München und des Landkreises München.
7. Gewerbeaufsichtsamt Nürnberg-Fürth  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Nürnberg und Fürth.
8. Gewerbeaufsichtsamt Nürnberg-Land  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet des Regierungsbezirks Mittelfranken mit Ausnahme der kreisfreien Städte Nürnberg und Fürth.
9. Gewerbeaufsichtsamt Regensburg  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet des Regierungsbezirks Oberpfalz.
10. Gewerbeaufsichtsamt Würzburg  
Sein Aufsichtsbezirk umfaßt das Gebiet des Regierungsbezirks Unterfranken.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Gewerbeaufsichtsbezirke in Bayern vom 21. Dezember 1956 (BayBS IV S. 650) außer Kraft.

München, den 29. November 1972

**Bayerisches Staatsministerium  
für Arbeit und Sozialordnung**  
Dr. Pirkel, Staatsminister

## **Prüfungsordnung für die staatlichen Technikerschulen für Landwirtschaft**

**Vom 4. Dezember 1972**

Auf Grund des Art. 5 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 43 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 1972 (GVBl. S. 189), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Prüfungsordnung:

### **Inhaltsübersicht**

#### **Abschnitt I Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Arten der Prüfungen
- § 2 Notenstufen
- § 3 Unterschleif, Täuschung

#### **Abschnitt II Leistungskontrollen während der Semester**

- § 4 Pflichtarbeiten
- § 5 Semesterzeugnis

#### **Abschnitt III Technikerprüfung**

- § 6 Zweck der Technikerprüfung
- § 7 Zulassung zur Technikerprüfung
- § 8 Prüfungsausschuß
- § 9 Prüfungsfächer

- § 10 Schriftlicher Teil
- § 11 Mündlicher Teil
- § 12 Versäumnis von Prüfungen
- § 13 Prüfungsniederschrift
- § 14 Errechnung der Einzelnoten
- § 15 Errechnung der Gesamtnote
- § 16 Bestehen der Technikerprüfung
- § 17 Prüfungszeugnis
- § 18 Wiederholung der Technikerprüfung

#### **Abschnitt IV Inkrafttreten**

- § 19 Inkrafttreten

### **Abschnitt I**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

##### **§ 1**

##### **Arten der Prüfungen**

Der Feststellung des Leistungsstandes während und am Ende der Ausbildung dienen:

- a) die Leistungskontrollen während der Semester,
- b) die Technikerprüfung.

##### **§ 2**

##### **Notenstufen**

(1) Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- |              |  |
|--------------|--|
| sehr gut     | (1) = eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,  |
| gut          | (2) = eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht,  |
| befriedigend | (3) = eine Leistung, die den Anforderungen im allgemeinen entspricht,  |
| ausreichend  | (4) = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht,   |
| mangelhaft   | (5) = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, aber erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,     |
| ungenügend   | (6) = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und erkennen läßt, daß selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können. |

Zwischennoten sind nicht zulässig.

Der Begriff „Anforderungen“ bezieht sich auf den Umfang sowie auf die selbständige und richtige Anwendung der Kenntnisse und auf die Art der Darstellung.

(2) Für die Berechnung der Noten aus mehreren Einzelleistungen wird, sofern im folgenden nichts anderes bestimmt ist, das arithmetische Mittel gebildet. Als Note ergibt sich bei einem arithmetischen Mittel von

- |                    |                    |
|--------------------|--------------------|
| 1,00—1,50 = Note 1 | 3,51—4,50 = Note 4 |
| 1,51—2,50 = Note 2 | 4,51—5,50 = Note 5 |
| 2,51—3,50 = Note 3 | 5,51—6,00 = Note 6 |

##### **§ 3**

##### **Unterschleif, Täuschung**

(1) Wer durch Unterschleif oder Täuschung ein Prüfungsergebnis zu beeinflussen sucht oder hierzu Beihilfe leistet, erhält in dieser Prüfungsarbeit die Note „ungenügend“.



(2) Werden Unterschleif oder Täuschung erst nachträglich bekannt und nachgewiesen, so gelten die Bestimmungen des Absatzes 1 in gleicher Weise. Die Prüfungsergebnisse sind entsprechend zu berichtigen; bereits ausgehändigte Prüfungsbescheinigungen, Zeugnisse und Urkunden sind einzuziehen.

### Abschnitt II

#### Leistungskontrollen während der Semester

##### § 4

##### Pflichtarbeiten

(1) Während der Semester werden in allen Prüfungsfächern Pflichtarbeiten durchgeführt. Diese bestehen im ersten, zweiten und dritten Semester aus mindestens je zwei schriftlichen Arbeiten je Prüfungsfach, im vierten Semester aus mindestens einer schriftlichen Arbeit je Prüfungsfach.

(2) Inhalt und Dauer der Pflichtarbeit sowie zugelassene Hilfsmittel bestimmt die zuständige Lehrkraft.

(3) Die Leistungskontrollen während des ersten Semesters erstrecken sich auf den behandelten Stoff, während der folgenden Semester jeweils auf den in diesen Semestern behandelten Stoff sowie auf die bisher vermittelten Grundkenntnisse.

(4) Die Pflichtarbeiten sind von der zuständigen Lehrkraft zu bewerten und anschließend mit den Studierenden zu besprechen.

(5) Für die Pflichtarbeiten gilt § 12 entsprechend.

(6) Die mündlichen Leistungen während des Semesters sind zu bewerten.

##### § 5

##### Semesterzeugnis

(1) Zum Abschluß des ersten, zweiten und dritten Semesters erhalten die Studierenden jeweils ein Semesterzeugnis nach Anlage 1.

(2) Die Zeugnisnoten werden auf Vorschlag der zuständigen Lehrkräfte durch die Notenkonferenz festgesetzt. Mitglieder der Notenkonferenz sind der Direktor der Technikerschule oder sein Stellvertreter als Vorsitzender und die für die Prüfungsfächer zuständigen Lehrkräfte. Die Notenkonferenz beschließt mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Über die Beschlüsse der Notenkonferenz ist eine Niederschrift anzufertigen.

(3) Die Zeugnisnoten ergeben sich aus den schriftlichen und mündlichen Leistungen während des Semesters, wobei die Durchschnittsnote der schriftlichen Leistungen dreifach und die der mündlichen einfach zählt.

(4) Das Semesterzeugnis enthält die Feststellung, ob der Studierende das Semesterziel erreicht hat. Das Semesterziel ist nicht erreicht, wenn in einem Prüfungsfach die Note 6 oder in zwei Prüfungsfächern die Note 5 erteilt worden ist.

(5) Wurde das Semesterziel nicht erreicht, so kann das Semester einmal wiederholt werden. Dies gilt auch, wenn das Semester zur Notenverbesserung wiederholt wird; der Studierende hat die Wahl, welches Semesterzeugnis er gelten lassen will.

### Abschnitt III

#### Technikerprüfung

##### § 6

##### Zweck der Technikerprüfung

(1) Die Technikerprüfung schließt die Ausbildung an der Technikerschule ab. Sie findet am Ende des vierten Semesters statt.

(2) In der Technikerprüfung soll der Studierende nachweisen, daß er das Ziel der Technikerschule erreicht hat und die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten für eine Tätigkeit als Techniker besitzt.

##### § 7

##### Zulassung zur Technikerprüfung

(1) Voraussetzung für die Zulassung zur Technikerprüfung sind der erfolgreiche Abschluß des dritten Semesters und der ordnungsgemäße Besuch des vierten Semesters an der gleichen Technikerschule, an der die Technikerprüfung abgelegt wird.

(2) Über die Zulassung zur Technikerprüfung entscheidet ein „Vorbereitender Ausschuß“. Diesem gehören an:

- a) der Direktor oder sein Vertreter als Vorsitzender,
- b) die Lehrkräfte, die in den Prüfungsfächern unterrichten.

Für die Beschlußfassung gilt § 5 Abs. 2 entsprechend.

(3) Wird ein Bewerber zur Technikerprüfung nicht zugelassen, so sind ihm die Gründe und die Bedingungen für eine etwaige spätere Zulassung schriftlich mitzuteilen.

##### § 8

##### Prüfungsausschuß

Dem Prüfungsausschuß für die Technikerprüfung gehören an:

- a) ein Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Staatsministerium) als Vorsitzender oder in dessen Vertretung der Direktor,
- b) der Direktor oder sein Stellvertreter,
- c) die Lehrkräfte, die in den Prüfungsfächern unterrichtet haben,
- d) die Erst- und Zweitprüfer der Prüfungsarbeiten.

##### § 9

##### Prüfungsfächer:

(1) In den einzelnen Fachrichtungen bzw. Fachgebieten werden folgende Pflichtfächer geprüft:

1. Fachrichtung Landbau:
  - a) Deutsch
  - b) Mathematik
  - c) Versuchstechnik
  - d) Baukunde mit Vermessungstechnik
  - e) Buchführung und Steuerkunde
  - f) Berufs- und Arbeitspädagogik
  - g) Agrarpolitik und Marktwirtschaft (Handelskunde)
  - h) Technik der pflanzlichen Erzeugung
  - i) Technik der tierischen Erzeugung
  - k) Landmaschinentechnik
  - l) Landwirtschaftliche Betriebslehre
2. Fachrichtung Gartenbau und Weinbau, Fachgebiet Erwerbsgartenbau:
  - a) Deutsch
  - b) Mathematik
  - c) Versuchstechnik
  - d) Baukunde
  - e) Geschäfts- und Rechtskunde
  - f) Berufs- und Arbeitspädagogik
  - g) Pflanzenschutz
  - h) Bodenkunde und Pflanzenernährung
  - i) Zierpflanzenbau und Gemüsebau oder Obstbau und Baumschule
  - k) Maschinen- und Gerätekunde
  - l) Wirtschaftslehre des Gartenbaues

### 3. Fachrichtung Gartenbau und Weinbau, Fachgebiet Garten- und Landschaftsbau:

- a) Deutsch
- b) Mathematik mit Geometrie
- c) Ingenieurbiologie
- d) Stauden- und Gehölzkunde
- e) Geschäfts- und Rechtskunde
- f) Berufs- und Arbeitspädagogik
- g) Landschaftspflege und Raumordnung
- h) Vermessungstechnik
- i) Gartentechnik
- k) Maschinen- und Gerätekunde
- l) Wirtschaftslehre des Gartenbaues

### 4. Fachrichtung Gartenbau und Weinbau, Fachgebiet Weinbau und Kellerwirtschaft:

- a) Deutsch
- b) Mathematik
- c) Versuchstechnik
- d) Weinchemie
- e) Geschäfts- und Rechtskunde
- f) Berufs- und Arbeitspädagogik
- g) Pflanzenschutz
- h) Kellerwirtschaft
- i) Weinbau
- k) Maschinenkunde und Kellertechnik
- l) Wirtschaftslehre des Weinbaues und der Kellerwirtschaft

(2) Die Technikerprüfung erstreckt sich auf den gesamten Lehrstoff dieser Fächer.

(3) Die Technikerprüfung wird schriftlich und mündlich abgehalten.

#### § 10

##### Schriftlicher Teil

(1) Der schriftliche Teil der Technikerprüfung dauert in den Prüfungsfächern nach § 9 Abs. 1

- bei den Buchstabengruppen a bis g  
je 120 Minuten,  
bei den Buchstabengruppen h bis l  
je 180 Minuten.

(2) Das Staatsministerium stellt die Prüfungsaufgaben mit Angabe der zugelassenen Hilfsmittel, wozu der Direktor unter Mitwirkung der Lehrkräfte Vorschläge einreicht. Jede Prüfungsaufgabe wird dem Direktor in einem versiegelten Umschlag zugeleitet. Das Siegel darf erst im Prüfungsraum vor Beginn der Arbeit geöffnet werden.

(3) An jedem Prüfungstag sind vor Beginn der Prüfung die Plätze zu verlosen. Die Platznummern der Prüflinge sind in ein Verzeichnis aufzunehmen.

(4) Im Prüfungsraum führen zwei Lehrkräfte, die namentlich in einem Protokoll zu vermerken sind, die Aufsicht. Vor Beginn der Prüfung sind die Prüflinge zur Ablieferung nicht zugelassener Hilfsmittel aufzufordern. Während der Prüfung darf jeweils nur ein Teilnehmer den Prüfungsraum verlassen.

(5) Eine Viertelstunde vor Ablauf der Prüfungszeit sind die Prüfungsteilnehmer auf die bevorstehende Ablieferung der Arbeiten hinzuweisen. Wird eine Prüfungsarbeit trotz Aufforderung nicht abgegeben, wird sie mit „ungenügend“ bewertet.

(6) Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden von der zuständigen Lehrkraft als Erstprüfer und einer weiteren, vom Direktor bestimmten Lehrkraft als Zweitprüfer bewertet. Bei abweichender Beurteilung sollen die beiden Prüfer eine Einigung über die Benotung versuchen. Kommt eine Einigung

nicht zustande, entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ein von ihm bestellter dritter Prüfer.

#### § 11

##### Mündlicher Teil

(1) In allen Prüfungsfächern wird mündlich geprüft. Die Prüfung dauert in jedem Fach etwa 10 Minuten je Prüfling.

(2) Die mündliche Prüfung wird von der jeweiligen Fachlehrkraft und einem weiteren Mitglied des Prüfungsausschusses durchgeführt. Gruppenprüfung mit bis zu drei Prüflingen ist möglich; die Gesamtprüfungszeit verlängert sich entsprechend.

(3) Die Bewertung der Leistung erfolgt durch beide Prüfer. Bei abweichender Benotung gilt § 2 Abs. 2 entsprechend.

(4) Über die mündliche Prüfung ist eine von den Prüfern zu unterzeichnende Niederschrift anzufertigen.

#### § 12

##### Versäumnis von Prüfungen

(1) Versäumt ein Studierender die Technikerprüfung aus Gründen, die er zu vertreten hat, so gilt die Technikerprüfung als nicht bestanden. Nimmt ein Prüfling aus gleichen Gründen an einzelnen schriftlichen oder mündlichen Prüfungen nicht teil, so erhält er hierfür jeweils die Note „ungenügend“.

(2) Versäumt ein Studierender die Technikerprüfung aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, so kann er diese zum nächsten Prüfungstermin ohne Wiederholung des Semesters nachholen. Nimmt ein Prüfling aus gleichen Gründen an einzelnen schriftlichen oder mündlichen Prüfungen nicht teil, so findet in diesen Fächern vor Beginn des nächsten Semesters eine Nachholprüfung statt, sofern er an mindestens der Hälfte der Einzelprüfungen teilgenommen hat. Der Nachweis für die Hinderungsgründe ist unverzüglich zu erbringen, bei Krankheit durch ein ärztliches Zeugnis.

(3) Ob ein Prüfling Versäumnisgründe zu vertreten hat, entscheidet der Prüfungsausschuß.

(4) Tritt ein Studierender nach Beginn der Technikerprüfung zurück, so gilt diese als nicht bestanden.

#### § 13

##### Prüfungsniederschrift

Über die Prüfungsvorgänge ist eine Niederschrift zu fertigen und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, dem Direktor und dem Protokollführer zu unterschreiben. Die Niederschrift ist dem Staatsministerium vorzulegen.

#### § 14

##### Errechnung der Einzelnoten

Bei der Ermittlung der Note eines Prüfungsfaches werden die Zeugnisnote des dritten Semesters und das nach § 5 Abs. 3 ermittelte Leistungsergebnis im vierten Semester sowie die Note im mündlichen Teil der Technikerprüfung je einfach gewertet. Die Note im schriftlichen Teil der Technikerprüfung zählt dreifach. Die errechnete Notensumme geteilt durch sechs ergibt die Note des Prüfungsfaches.

#### § 15

##### Errechnung der Gesamtnote

(1) Die Gesamtnote wird aus den auf zwei Dezimalstellen berechneten Noten der Prüfungsfächer (§ 14) gebildet; dabei werden die Noten der Prüfungsfächer nach § 9 Abs. 1 Buchstabengruppen a bis g je einfach, Buchstabengruppen h bis l je zwei-



fach gewertet. Die Summe hieraus geteilt durch 15 ergibt unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen die Gesamtnote.

(2) Die Gesamtnote kann lauten:

sehr gut bestanden	= 1,00—1,50
gut bestanden	= 1,51—2,50
befriedigend bestanden	= 2,51—3,50
bestanden	= 3,51—4,50
nicht bestanden	= 4,51—6,00.

#### § 16

##### Bestehen der Technikerprüfung

Die Technikerprüfung ist nicht bestanden, wenn in einem Prüfungsfach die Note 6 oder in zwei Prüfungsfächern die Note 5 erteilt worden ist.

#### § 17

##### Prüfungszeugnis

(1) Über die bestandene Technikerprüfung ist ein Prüfungszeugnis nach Anlage 2 zu erteilen, in dem die Noten der Prüfungsfächer, die Gesamtnote und die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Techniker für Landbau“ oder „staatlich geprüfter Techniker für Gartenbau“ oder „staatlich geprüfter Techniker für Weinbau und Kellerwirtschaft“ festgestellt wird.

(2) Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Direktor zu unterzeichnen und mit dem Dienstsiegel der Schule zu versehen.

(3) Ist die Prüfung nicht bestanden, erhält der Prüfling eine Bestätigung (Anlage 3) mit den in der Prüfung erzielten Noten und mit einem Vermerk über das Nichtbestehen der Prüfung.

#### § 18

##### Wiederholung der Technikerprüfung

(1) Die nicht bestandene Technikerprüfung kann nur einmal nach nochmaligem Besuch des vierten Semesters wiederholt werden, ein zweites Mal nur in besonders begründeten Fällen mit Genehmigung des Staatsministeriums. In diesem Fall ist ein entsprechender schriftlicher Antrag spätestens einen Monat nach Semesterschluß bei der Technikerschule zu stellen.

(2) Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 gilt auch, wenn die Technikerprüfung zur Notenverbesserung wiederholt wird; der Studierende hat die Wahl, welches Prüfungszeugnis er gelten lassen will.

#### Abschnitt IV

##### Inkrafttreten

#### § 19

##### Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1972 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für die Technikerschulen für Landbau in Bayern vom 11. Juli 1969 (GVBl. S. 203) außer Kraft.

München, den 4. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

#### Anlage 1

(zu § 5 Abs. 1)

##### STAATLICHE TECHNIKERSCHULE FÜR LANDWIRTSCHAFT

Fachrichtung .....  
in .....

##### Semesterzeugnis

Herr/Frau/Fräulein .....  
geboren am ..... in .....  
hat im ..... Semester das Semesterziel erreicht/nicht  
erreicht und erhält die Berechtigung zum Vorrücken  
in das ..... Semester.

Die Leistungen in den einzelnen Unterrichtsfächern  
werden wie folgt beurteilt:

(Fächer und Beurteilungen)

Bemerkungen: .....

....., den ..... 19.....

Der Direktor

(Siegel)

Notenstufen:

1 = sehr gut	4 = ausreichend
2 = gut	5 = mangelhaft
3 = befriedigend	6 = ungenügend

#### Anlage 2

(zu § 17 Abs. 1)

(Vorderseite)

##### STAATLICHE TECHNIKERSCHULE FÜR LANDWIRTSCHAFT

Fachrichtung .....  
in .....

##### Technikerzeugnis

Herr/Frau/Fräulein .....  
geboren am ..... in .....  
hat die Technikerprüfung abgelegt und mit der Gesamtnote

..... = ..... bestanden.

Er/Sie ist damit berechtigt, die Berufsbezeichnung  
Staatlich geprüfter Techniker für .....  
zu führen.

....., den ..... 19.....

Für den Prüfungsausschuß

Der Vorsitzende: Der Direktor:

..... (Siegel) .....

Vermerk: Die Prüfung ist nach der Prüfungsordnung  
für die staatlichen Technikerschulen für  
Landwirtschaft vom 4. Dezember 1972  
(GVBl. S. 486) abgehalten worden.

Notenstufen für die Gesamtnote:

sehr gut bestanden	= 1,00—1,50
gut bestanden	= 1,51—2,50
befriedigend bestanden	= 2,51—3,50
bestanden	= 3,51—4,50
nicht bestanden	= 4,51—6,00

(Rückseite)

Die Leistungen von Herrn/Frau/Fräulein .....  
in den einzelnen Prüfungsfächern werden wie folgt  
beurteilt:

(Fächer und Beurteilungen)

Bemerkungen: .....

....., den ..... 19.....

(Siegel)

Der Direktor

Notenstufen für die Einzelnoten:

1 = sehr gut	= 1,00—1,50
2 = gut	= 1,51—2,50
3 = befriedigend	= 2,51—3,50
4 = ausreichend	= 3,51—4,50
5 = mangelhaft	= 4,51—5,50
6 = ungenügend	= 5,51—6,00

**Anlage 3**

(zu § 17 Abs. 3)

**STAATLICHE TECHNIKERSCHULE  
FÜR LANDWIRTSCHAFT**

Fachrichtung .....  
in .....

Bestätigung

Herr/Frau/Fräulein .....

geboren am ..... in .....

hat die Technikerprüfung nicht bestanden.

Die Leistungen in den einzelnen Prüfungsfächern  
werden wie folgt beurteilt:

(Fächer und Beurteilungen)

Bemerkungen: .....

....., den ..... 19.....

(Siegel)

Der Direktor

Vermerk: Die Prüfung ist nach der Prüfungsordnung  
für die staatlichen Technikerschulen für  
Landwirtschaft vom 4. Dezember 1972  
(GVBl. S. 486) abgehalten worden.

Notenstufen für die Einzelnoten:

1 = sehr gut	= 1,00—1,50
2 = gut	= 1,51—2,50
3 = befriedigend	= 2,51—3,50
4 = ausreichend	= 3,51—4,50
5 = mangelhaft	= 4,51—5,50
6 = ungenügend	= 5,51—6,00

**Verordnung**

**zur Änderung der Verordnung über Entgelte  
für Transportleistungen bei der Beförderung  
schüttbarer Güter aus Steinen und Erden im  
allgemeinen Güternahverkehr mit Fahr-  
zeugen**

**Vom 5. Dezember 1972**

Auf Grund des § 84 Abs. 1 und des § 84 g des  
Güterkraftverkehrsgesetzes in der Fassung der Be-  
kanntmachung vom 22. Dezember 1969 (BGBl. I 1970  
S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezem-  
ber 1971 (BGBl. I S. 2149), in Verbindung mit § 15  
Abs. 1 der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif  
für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen

(GNT) vom 29. Dezember 1958 (BAnz. 1959 Nr. 1), zu-  
letzt geändert durch Verordnung vom 3. März 1972  
(BAnz. Nr. 47), und auf Grund des § 3 der Verord-  
nung zur Ausführung des Güterkraftverkehrsgeset-  
zes vom 16. November 1961 (GVBl. S. 240) erläßt das  
Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und  
Verkehr folgende Verordnung:

**§ 1**

§ 5 Satz 2 der Verordnung über Entgelte für  
Transportleistungen bei der Beförderung schüttba-  
rer Güter aus Steinen und Erden im allgemeinen  
Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 4. No-  
vember 1971 (GVBl. S. 409) erhält folgende Fassung:  
„Sie tritt am 30. April 1973 außer Kraft.“

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 30. Dezember 1972 in  
Kraft; sie tritt am 30. April 1973 außer Kraft.

München, den 5. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium  
für Wirtschaft und Verkehr**

**Jaumann, Staatsminister**

**Verordnung  
über die Gebühren und Auslagen für die In-  
anspruchnahme von Dienststellen der Staats-  
forstverwaltung  
(Forstgebührenordnung — FoGebO)**

**Vom 6. Dezember 1972**

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Nr. 1 des Kosten-  
gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom  
25. Juni 1969 (GVBl. S. 165), geändert durch Gesetz  
vom 27. Juli 1971 (GVBl. S. 257), erläßt das Bayerische  
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft  
und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen  
Staatsministerium der Finanzen folgende Ver-  
ordnung:

**§ 1****Geltungsbereich**

(1) Für die Inanspruchnahme von Dienststellen  
der Staatsforstverwaltung werden Gebühren und  
Auslagen nach dieser Verordnung erhoben.

(2) Diese Verordnung gilt nicht für den Bereich  
der fachlichen Aus- und Fortbildung und für die  
Leistungen, welche die Forstämter auf Grund der  
Art. 9 und 15 des Forstgesetzes in Gemeinde-,  
Körperschafts- und Stiftungswaldungen über-  
nehmen.

**§ 2****Schuldner**

Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist ver-  
pflichtet, wer die Dienststelle in Anspruch nimmt.  
Schuldner ist ferner, wer die Schuld gegenüber der  
Dienststelle schriftlich übernimmt. Mehrere  
Schuldner haften als Gesamtschuldner.

**§ 3****Gebührenhöhe**

(1) Die Gebühr beträgt

1. a) für das stammweise Auszeichnen  
in Pflegebeständen 28 DM je ha
- b) für das stammweise Auszeichnen  
in Verjüngungsbeständen 15 DM je ha
- Jedes angefangene halbe ha wird mit 50 v. H. der  
vorstehenden Sätze gerechnet.
2. a) für die Holzaushaltung  
und Sortenbildung 0,70 DM je Festmeter  
oder Raummeter



- b) für die Holzaufnahme 0,50 DM je Festmeter oder Raummeter

- c) für die sortenweise Ermittlung des Festgehaltes und die Aushändigung einer Nummernliste 0,50 DM je Festmeter oder Raummeter

Wird diese Leistung im Anschluß an die Leistung nach Buchst. b erbracht, so beträgt die Gebühr nur 0,30 DM je Festmeter oder Raummeter.

- d) für die sorten- und klassenweise Wertermittlung auf Grund einer Nummernliste und vorgegebener Preise 1,— DM je Festmeter oder Raummeter

Wird diese Leistung im Anschluß an die Leistung nach Buchst. c erbracht, so beträgt die Gebühr nur 0,70 DM je Festmeter oder Raummeter

Jeder angefangene Festmeter oder Raummeter wird mit den vollen vorstehenden Sätzen gerechnet.

3. a) für die Ausarbeitung von Entwürfen für forstliche Wegebauten und die Trassierung 40 DM je 100 m Wegelänge  
b) für die örtliche Bauleitung 30 DM je 100 m Wegelänge  
c) für die Bauoberleitung 30 DM je 100 m Wegelänge  
d) für die Gesamtbauleitung 60 DM je 100 m Wegelänge

Jede angefangene 50 m werden mit 50 v. H. der vorstehenden Sätze gerechnet.

4. für Standortsaufnahmen 10 DM je ha  
Jedes angefangene halbe ha wird mit 50 v. H. des vorstehenden Satzes gerechnet.

(2) Für Leistungen, die nicht in Absatz 1 aufgeführt sind, bemißt sich die Höhe der Gebühr nach den Gebühren für vergleichbare Leistungen. Liegen solche nicht vor, so bemißt sich die Höhe der Gebühr nach dem Zeitaufwand. Die Gebühr beträgt je Stunde

- a) für einen Beamten des höheren Dienstes oder einen nach seiner Vergütung mit einem Beamten des höheren Dienstes vergleichbaren Angestellten 30 DM  
b) für einen Beamten des gehobenen oder mittleren Dienstes oder einen nach seiner Vergütung mit einem Beamten des gehobenen oder mittleren Dienstes vergleichbaren Angestellten 22 DM

Jede angefangene Halbstunde wird mit 50 v. H. der vorstehenden Stundensätze gerechnet.

(3) Wird ein Antrag zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, bevor die Tätigkeit beendet ist, so ermäßigt sich die Gebühr nach Absatz 1 entsprechend dem Stand der Sachbehandlung.

#### § 4

##### Auslagen

(1) Bei Leistungen im Sinne des § 3 Abs. 1. Nrn. 3 und 4 werden neben den Gebühren als Auslagen

die nach den Reisekostenvorschriften zu gewährenden Wegstreckenentschädigungen erhoben.

(2) Für die auf besonderen Antrag erteilten Mehrfertigungen und Abschriften werden Auslagen erhoben

- a) für Schriftstücke nach Art. 12 des Kostengesetzes,  
b) für technische Unterlagen (z. B. Zeichnungen und Pläne) nach den Gestehtungskosten.

#### § 5

##### Befreiungen, Ermäßigungen, Zuschläge

(1) Für Standortsaufnahmen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4), die überwiegend im öffentlichen Interesse (z. B. aus landeskulturellen Gründen oder im Rahmen eines Modellvorhabens) vorgenommen werden, werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben. Für das stammweise Auszeichnen in Pflegebeständen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) das überwiegend im öffentlichen Interesse (z. B. aus landeskulturellen Gründen) vorgenommen wird, werden Gebühren nicht erhoben.

(2) Die Gebühren nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a können bis um 50 v. H. ermäßigt werden, wenn die Aufarbeitungskosten voraussichtlich den Erlös aus dem Verkauf des eingeschlagenen Holzes übersteigen werden.

(3) Die Gebühren nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 können ermäßigt werden

- a) bis um 40 v. H., wenn der Schuldner oder eine von ihm gestellte Hilfskraft mitwirkt;  
b) bis um 70 v. H., wenn die Leistung aus Anlaß von Kalamitätsfällen erbracht wird;  
c) bis um 30 v. H., wenn besonders einfache Verhältnisse vorliegen.

(4) Die Ermäßigungen nach den Absätzen 2 und 3 Buchst. c können nicht nebeneinander gewährt werden.

(5) Die Gebühren nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 können bis um 30 v. H. erhöht werden, wenn besonders schwierige Verhältnisse vorliegen.

(6) Die Gebühren können bis um 20 v. H. erhöht werden, wenn die Leistung auf Antrag vordringlich erbracht wird.

#### § 6

##### Mindestgebühr, Aufrundung

(1) Die für eine Inanspruchnahme zu erhebende Gebühr beträgt mindestens 10 DM.

(2) Der geschuldete Betrag wird auf volle Deutsche Mark aufgerundet.

#### § 7

##### Fälligkeit, Vorschuß

(1) Die Gebühren und Auslagen werden mit der Beendigung der Leistung fällig. Wird ein Antrag zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, bevor die Tätigkeit beendet ist, so werden die Gebühren und Auslagen mit der Zurücknahme oder der vorzeitigen Erledigung des Antrags fällig.

(2) Die Dienststellen der Staatsforstverwaltung können ihre Leistungen von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses abhängig machen.

#### § 8

##### Schlußbestimmung

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Erhebung von Benutzungsgebühren durch Dienststellen der Staatsforstverwaltung vom 11. Oktober 1956 (BayBS IV S. 560), geändert durch Verordnung vom 28. Juni 1962 (GVBl. S. 110), außer Kraft.

München, den 6. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

### **Verordnung über die Organisation der Staatlichen Versuchsgüterverwaltungen im Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Vom 8. Dezember 1972

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

#### **§ 1**

Die Staatlichen Versuchsgüter und Versuchsbetriebe im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Staatsministerium) werden zu folgenden Versuchsgüterverwaltungen zusammengefaßt:

1. Staatliche Versuchsgüterverwaltung Achsel-  
schwung mit den Versuchsgütern Achsel-  
schwung, Westerschondorf, Hübschenried, Stillerhof und  
dem Staatsgut Romenthal.  
Verwaltungssitz: Achsel-  
schwung, Gemeinde Ut-  
ting, Landkreis Landsberg a. Lech.
2. Staatliche Versuchsgüterverwaltung Freising mit  
den Versuchsgütern Schleißheim, Puch, Neu-  
hof, Straßmoos, Karlshuld, Baumannshof und Brand-  
hof.  
Verwaltungssitz: Vorläufig München.
3. Staatliche Versuchsgüterverwaltung Grub mit den  
Versuchsgütern Grub, Karolinenfeld und Oster-  
seen.  
Verwaltungssitz: Grub, Gemeinde Poing, Land-  
kreis Ebersberg.

#### **§ 2**

Die Staatlichen Versuchsgüterverwaltungen sind dem Staatsministerium unmittelbar nachgeordnet.

#### **§ 3**

Die Versuchsgüter stehen der Bayerischen Landes-  
anstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau und der  
Bayerischen Landesanstalt für Tierzucht für die  
Durchführung von Hoheits- und Versuchsaufgaben  
sowie für Ausbildungsmaßnahmen zur Verfügung.  
Die Zusammenarbeit mit den Landesanstalten wird  
in einer Dienstanweisung geregelt.

#### **§ 4**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 8. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

### **Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungs- ordnung für den höheren landwirtschaftli- chen Dienst einschließlich des höheren land- wirtschaftlichen Lehramtes in Bayern (LwZAPO/hd)**

Vom 8. Dezember 1972

Auf Grund von Art. 19 Abs. 2, Art. 28 Abs. 2 und  
Art. 115 Abs. 2 Satz 2 des Bayerischen Beamten-  
gesetzes und der §§ 23 und 41 Abs. 2 der Laufbahn-  
verordnung erläßt das Bayerische Staatsministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Ein-  
vernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium  
der Finanzen, dem Landespersonalausschuß und, so-  
weit erforderlich, dem Bayerischen Staatsministe-  
rium für Unterricht und Kultus folgende Zulas-  
sungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung:

#### **Inhaltsübersicht**

##### **I. Zulassung, Ausbildung**

- § 1 Zulassungsvoraussetzungen
- § 2 Zulassungsgesuch
- § 3 Begründung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf
- § 4 Ziel des Vorbereitungsdienstes
- § 5 Dauer und Einteilung des Vorbereitungsdienstes
- § 6 Zuweisung an die Ausbildungsstellen
- § 7 Leitung der Ausbildung und Dienstaufsicht

##### **II. Anstellungsprüfung (Staatsprüfung)**

###### **A Allgemeines**

- § 8 Bezeichnung der Prüfung
- § 9 Allgemeine Prüfungsvorschriften
- § 10 Veranstalter der Prüfung

###### **B Pädagogische Prüfung**

- § 11 Prüfungsausschuß, Prüfer
- § 12 Prüfungsabschnitte
- § 13 Noten
- § 14 Notenskala
- § 15 Ermittlung der Prüfungsnote
- § 16 Nichtbestehen der Prüfung
- § 17 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses
- § 18 Wiederholung der Prüfung

###### **C Fachliche Prüfung**

- § 19 Prüfungsausschuß, Prüfer
- § 20 Prüfungsabschnitte
- § 21 Prüfungsaufgaben
- § 22 Prüfungsgegenstände
- § 23 Schriftlicher Prüfungsabschnitt
- § 24 Mündlicher Prüfungsabschnitt
- § 25 Noten
- § 26 Notenskala
- § 27 Ermittlung der Prüfungsnoten
- § 28 Nichtbestehen der Prüfung
- § 29 Wiederholung der Prüfung

###### **D Gesamtpfungsergebnis**

- § 30 Gesamtpfungsnote und Platzziffer
- § 31 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

##### **III. Schluß- und Übergangsbestimmungen**

- § 32 Inkrafttreten, Überleitung

#### **I. Zulassung, Ausbildung**

##### **§ 1**

###### **Zulassungsvoraussetzungen**

(1) Der höhere landwirtschaftliche Dienst ein-  
schließlich des höheren landwirtschaftlichen Lehr-  
amtes umfaßt die Fachrichtungen Betriebswirt-  
schaft, Pflanzliche Erzeugung, Tierische Erzeugung,  
Milchwirtschaft und Gartenbau.

(2) Bewerber können in den Vorbereitungsdienst  
eingestellt werden, wenn sie

- a) an einer wissenschaftlichen Hochschule der Bun-  
desrepublik oder an einer vom Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus nach Anhörung des



Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Staatsministerium) als gleichberechtigt anerkannten wissenschaftlichen Hochschule außerhalb der Bundesrepublik das Studium der Agrarwissenschaften (Landwirtschaft) oder der Gartenbauwissenschaften (Gartenbau) mit der Diplomprüfung oder einer entsprechenden Prüfung in einer der Fachrichtung des Vorbereitungsdienstes entsprechenden Studienrichtung abgeschlossen haben,

- b) eine praktische Ausbildung von mindestens einjähriger Dauer (vom Staatsministerium gelenktes Praktikum) durch ein Zeugnis über die Praktikantenprüfung nachgewiesen oder eine Berufsausbildung als Landwirt, Molkereifachmann oder Gärtner mit dem Zeugnis über die Abschlußprüfung beendet haben oder eine vom Staatsministerium als gleichwertig anerkannte praktische Ausbildung nachweisen und
- c) die sonstigen Voraussetzungen des Bayerischen Beamtengesetzes und der Laufbahnverordnung erfüllen.

## § 2

### Zulassungsgesuch

Die Bewerber haben ihr Gesuch um Zulassung zum Vorbereitungsdienst unter Angabe der Fachrichtung beim Staatsministerium einzureichen, das über die Zulassung entscheidet.

## § 3

### Begründung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf

Zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes wird der Bewerber zum Beamten auf Widerruf ernannt; er führt während des Beamtenverhältnisses auf Widerruf die Dienstbezeichnung „Landwirtschaftsreferendar“ (Referendar).

## § 4

### Ziel des Vorbereitungsdienstes

Der Vorbereitungsdienst hat das Ziel, den Referendar mit den Aufgaben des höheren landwirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlichen Lehramtes vertraut zu machen und ihn zur selbständigen beruflichen Tätigkeit zu befähigen.

## § 5

### Dauer und Einteilung des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert 21 Monate. Zeiten einer beruflichen Tätigkeit, die nach Bestehen der Diplomprüfung zurückgelegt wurden, können auf Antrag durch das Staatsministerium bis zu neun Monaten auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden, wenn sie für die Ausbildung im Sinne von § 4 förderlich sind.

(2) Eine Verkürzung der pädagogischen Ausbildung darf in der Regel durch die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes nicht eintreten.

(3) Der Vorbereitungsdienst wird nach einem vom Staatsministerium erstellten Ausbildungsplan bei folgenden Ausbildungsstellen abgeleistet:

- a) Fachrichtung Betriebswirtschaft:
  - 18 Monate Amt für Landwirtschaft und Landwirtschaftsschule einschließlich 10 Monate pädagogisches Seminar;
  - 3 Monate Regierung;
- b) Fachrichtung Pflanzliche Erzeugung:
  - 14 Monate Amt für Landwirtschaft und Amt für Landwirtschaft und Bodenkultur (davon mindestens 2 Monate Amt für

Landwirtschaft und Bodenkultur) und Landwirtschaftsschule einschließlich 10 Monate pädagogisches Seminar;

- 4 Monate Bayerische Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau;
- 3 Monate Regierung;

### c) Fachrichtung Tierische Erzeugung:

- 12 Monate Amt für Landwirtschaft und Landwirtschaftsschule einschließlich 10 Monate pädagogisches Seminar;
- 6 Monate Tierzuchtamt oder Amt für Landwirtschaft und Tierzucht;
- 3 Monate Bayerische Landesanstalt für Tierzucht;

### d) Fachrichtung Milchwirtschaft:

- 12 Monate Amt für Landwirtschaft und Landwirtschaftsschule einschließlich 10 Monate pädagogisches Seminar;
- 6 Monate Amt für landwirtschaftliche Marktordnung und Lehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft und Molkereiwesen;
- 3 Monate Bayerische Landesanstalt für Tierzucht;

### e) Fachrichtung Gartenbau:

- 12 Monate Amt für Landwirtschaft und Landwirtschaftsschule oder Fachschule für Gartenbau und Weinbau einschließlich 10 Monate pädagogisches Seminar;
- 5 Monate Bayerische Landesanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau und Bayerische Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau;
- 4 Monate Regierung.

(4) Das pädagogische Seminar besteht aus einem fünfmonatigen Ausbildungsabschnitt, der eine theoretisch wissenschaftliche, pädagogische Ausbildung und die schulpraktische Ausbildung in Hospitations-schulen umfaßt und einer fünfmonatigen schulpraktischen Ausbildung in Ämtern und Ausbildungsschulen. Die Ausbildung wird durch Seminartage ergänzt.

(5) Über die Ausbildung des Referendars und die Beurteilung seiner Leistungen sind Nachweise zu führen.

## § 6

### Zuweisung an die Ausbildungsstellen

Die Zuweisung an die einzelnen Ausbildungsstellen erfolgt durch das Staatsministerium.

## § 7

### Leitung der Ausbildung und Dienstaufsicht

(1) Für die Ausbildung des Referendars ist grundsätzlich der Leiter der jeweiligen Ausbildungsstelle verantwortlich; er kann geeignete Beamte und Angestellte mit der Ausbildung oder mit einzelnen Ausbildungsaufgaben beauftragen.

(2) Der Referendar untersteht der Dienstaufsicht des Staatsministeriums und der Aufsicht des Leiters der Ausbildungsstelle.

## II. Anstellungsprüfung (Staatsprüfung)

### A. Allgemeines

## § 8

### Bezeichnung der Prüfung

Die Anstellungsprüfung hat die Bezeichnung „Staatsprüfung für den höheren landwirtschaftli-

chen Dienst einschließlich des höheren landwirtschaftlichen Lehramtes in Bayern". Sie besteht aus einem pädagogischen Teil (Pädagogische Prüfung) und einem fachlichen Teil (Fachliche Prüfung). Die Pädagogische Prüfung ist gegen Ende des ersten und zweiten Winterhalbjahres abzulegen, die Fachliche Prüfung nach erfolgreicher Ableistung des Vorbereitungsdienstes.

Ein Prüfungsteilnehmer, dessen Vorbereitungsdienst verkürzt wurde, legt in der Regel die Fachliche Prüfung vor der Pädagogischen Prüfung ab. Das gleiche gilt, wenn ein Prüfungsteilnehmer die Pädagogische Prüfung nicht bestanden hat und sie gemäß § 18 wiederholt.

### § 9

#### Allgemeine Prüfungsvorschriften

Für die Anstellungsprüfung gelten die Vorschriften der Allgemeinen Prüfungsordnung (APO) in ihrer jeweiligen Fassung, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.

### § 10

#### Veranstalter der Prüfung

Die Pädagogische Prüfung wird vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus, die Fachliche Prüfung vom Staatsministerium durchgeführt.

## B. Pädagogische Prüfung

### § 11

#### Prüfungsausschuß, Prüfer

(1) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bestellt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium auf die Dauer von 3 Jahren einen Prüfungsausschuß, der die Bezeichnung „Prüfungsausschuß für die Pädagogische Prüfung des höheren landwirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlichen Lehramtes in Bayern“ führt.

(2) Der Prüfungsausschuß setzt sich aus vier Beamten des höheren Dienstes zusammen, und zwar aus

- a) zwei Beamten aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, von denen einer zum Vorsitzenden bestimmt wird und
- b) zwei Beamten des höheren landwirtschaftlichen Dienstes aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums, von denen einer zum Stellvertreter des Vorsitzenden berufen wird.

(3) Der Prüfungsausschuß bestellt zur Bewertung der schriftlichen Arbeiten weitere Prüfer.

(4) Zur Abnahme des mündlichen und schulpraktischen Abschnittes der Prüfung (§ 12) bildet der Prüfungsausschuß Prüfungskommissionen; sie bestehen aus je drei Prüfern. Der Vorsitzende der Prüfungskommission muß Mitglied des Prüfungsausschusses sein.

(5) Für jedes Mitglied des Prüfungsausschusses und der Prüfungskommissionen wird mindestens ein Stellvertreter bestellt.

### § 12

#### Prüfungsabschnitte

(1) Die Prüfung besteht aus

- a) einem schriftlichen Abschnitt mit einer dreistündigen Arbeit aus der Didaktik und Methodik des Unterrichts oder der Psychologie oder der Erziehungswissenschaft;
- b) einem mündlichen Abschnitt von etwa 15 Minuten aus den unter Buchstabe a genannten Gebieten;

c) einem schulpraktischen Abschnitt mit zwei Lehrvorführungen von je etwa 50 Minuten vor einer Klasse einer landwirtschaftlichen Fachschule und einer Aussprache von je etwa 10 Minuten. Die 2. Lehrvorführung ist der Fachrichtung des Prüfungsteilnehmers zu entnehmen.

(2) Der schriftliche und der mündliche Abschnitt der Prüfung und eine Lehrvorführung mit Aussprache werden am Ende des ersten Winterhalbjahres, die zweite Lehrvorführung am Ende des zweiten Winterhalbjahres abgehalten.

(3) Für den schulpraktischen Abschnitt stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit dem Staatsministerium einen Prüfungsplan auf. Die Themen der Lehrvorführung werden unter den Prüfungsteilnehmern zwei Tage vorher ausgelost. Vor Beginn der Lehrvorführung hat der Prüfungsteilnehmer den Prüfern über jede Lehrvorführung eine Lehrskizze vorzulegen; sie wird in die Beurteilung einbezogen.

### § 13

#### Noten

Der schriftliche und der mündliche Prüfungsabschnitt und jede Lehrvorführung werden mit je einer ganzen Note bewertet.

### § 14

#### Notenskala

Die einzelnen Prüfungen werden gemäß § 25 APO mit folgenden Noten bewertet:

sehr gut	(1) = eine besonders hervorragende Leistung;
gut	(2) = eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung;
befriedigend	(3) = eine über dem Durchschnitt liegende Leistung;
ausreichend	(4) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
mangelhaft	(5) = eine Leistung mit erheblichen Mängeln;
ungenügend	(6) = eine völlig unbrauchbare Leistung.

### § 15

#### Ermittlung der Prüfungsnote

Zur Ermittlung der Prüfungsnote werden der schriftliche Abschnitt zweifach, der mündliche Abschnitt einfach, die erste Lehrvorführung zweifach und die zweite Lehrvorführung dreifach gewertet. Die sich hiernach ergebende Notensumme wird durch acht geteilt. Die Prüfungsnote ist auf zwei Dezimalstellen zu berechnen, die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

### § 16

#### Nichtbestehen der Prüfung

Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Teilnehmer eine schlechtere Prüfungsnote als „ausreichend“ (Note 4,50) erzielt hat oder bei der zweiten Lehrvorführung die Note „ungenügend“ erhalten hat.

### § 17

#### Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses übermittelt dem Staatsministerium die Ergebnisse der Prüfung und teilt jedem Prüfungsteilnehmer das Ergebnis mit.



## § 18

## Wiederholung der Prüfung

(1) Ein Prüfungsteilnehmer, der die Prüfung nicht bestanden hat, dessen Prüfung als nicht bestanden gilt oder der die Prüfungsnote verbessern will, kann die Prüfung einmal zum nächsten Prüfungstermin wiederholen.

Die Aufteilung der Prüfungstermine auf zwei Winterhalbjahre entfällt.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist spätestens drei Monate nach Erhalt der Mitteilung über das Prüfungsergebnis beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen.

## C. Fachliche Prüfung

## § 19

## Prüfungsausschuß, Prüfer

(1) Das Staatsministerium bestellt für die Dauer von 3 Jahren einen Prüfungsausschuß, der die Bezeichnung „Prüfungsausschuß für die Fachliche Prüfung des höheren landwirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlichen Lehramtes in Bayern“ führt.

(2) Der Prüfungsausschuß setzt sich aus vier Beamten des höheren landwirtschaftlichen Dienstes des Staatsministeriums oder ihm nachgeordneter Dienststellen zusammen, von denen einer zum Vorsitzenden bestimmt wird. Für jedes Mitglied des Prüfungsausschusses wird ein Stellvertreter bestellt.

(3) Der Prüfungsausschuß bestellt zur Bewertung der schriftlichen Arbeiten weitere Prüfer.

(4) Zur Abnahme der mündlichen Prüfung bildet der Prüfungsausschuß Prüfungskommissionen; sie bestehen aus einem Vorsitzenden, der Mitglied des Prüfungsausschusses sein muß, und acht Prüfern. Für jeden Prüfer ist ein Vertreter zu bestellen.

## § 20

## Prüfungsabschnitte

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Prüfungsabschnitt.

## § 21

## Prüfungsaufgaben

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann Prüfer oder Beamte der landwirtschaftlichen Verwaltung ersuchen, Prüfungsaufgaben auszuarbeiten.

(2) Die mit Prüfungsaufgaben befaßten Personen sind für die vertrauliche Behandlung verantwortlich.

## § 22

## Prüfungsgegenstände

Die Prüfung umfaßt folgende Prüfungsgegenstände:

Bei allen Fachrichtungen:

A 1 Landeskunde Bayerns, Landwirtschaftsverwaltung, Landwirtschaftsberatung, Berufsausbildung, Grundzüge der Agrarpolitik und Marktwirtschaft, allgemeine Verwaltungsfragen;

A 2 Grundzüge des Rechts im Bereich der Landwirtschaft, Staatsbürgerkunde.

Bei den einzelnen Fachrichtungen ferner:

a) Betriebswirtschaft

B 1 Wirtschaftslehre des Landbaues, insbesondere landwirtschaftliche Betriebslehre, Schätzungslehre, Rechnungswesen und Arbeitswirtschaft;

B 2 Landtechnik und landwirtschaftliches Bauwesen;

B 3 Landwirtschaftliche Erzeugung;

b) Pflanzliche Erzeugung

P 1 Pflanzliche Erzeugung, insbesondere Bodenkultur und Landschaftspflege, Saatgutwesen, Pflanzenernährung u. Pflanzenschutz;

P 2 Technik und Bauwesen im Bereich der pflanzlichen Erzeugung;

P 3 Ökonomik der pflanzlichen Erzeugung;

c) Tierische Erzeugung

T 1 Tierische Erzeugung, insbesondere Züchtung, Tierernährung, Produktionstechnik, Leistungsprüfungen, Selbsthilfeeinrichtungen;

T 2 Technik und Bauwesen im Bereich der Tierhaltung;

T 3 Ökonomik der tierischen Erzeugung;

d) Milchwirtschaft

M 1 Milchwirtschaft, insbesondere Milcherzeugung, Milchbe- und -verarbeitung, Markt von Milch und Milcherzeugnissen, Marktorganisationen;

M 2 Technik und Bauwesen im Bereich der Milchwirtschaft;

M 3 Ökonomik der Milchwirtschaft;

e) Gartenbau

G 1 Gartenbauliche Erzeugung, insbesondere Saatgutwesen, Pflanzenernährung und Pflanzenschutz, Verwertung von Erzeugnissen des Gartenbaues;

G 2 Technik und Bauwesen im Bereich des Gartenbaues;

G 3 Ökonomik des Gartenbaues.

## § 23

## Schriftlicher Prüfungsabschnitt

(1) Jeder Prüfungsteilnehmer hat in den allgemeinen Prüfungsgegenständen A 1 und A 2 sowie in den Prüfungsgegenständen 1 bis 3 seiner jeweiligen Fachrichtung je eine Aufgabe mit einer Arbeitszeit von drei Stunden zu bearbeiten. Weiterhin ist eine Doppelaufgabe mit einer Arbeitszeit von sechs Stunden aus den Prüfungsgegenständen 1 bis 3 der jeweiligen Fachrichtung zu fertigen.

(2) Bei den Aufgaben aus dem Prüfungsgegenstand A 1 können für die einzelnen Fachrichtungen unterschiedliche Themen gestellt werden.

Die Aufgabe aus dem Prüfungsgegenstand A 2 ist als Aufsatz zu bearbeiten, für den drei Themen zur Wahl gestellt werden. Der Aufsatz soll erkennen lassen, daß der Prüfungsteilnehmer mit den Grundzügen des Landwirtschaftsrechts und den allgemeinen Fragen der Staatsbürgerkunde vertraut ist.

## § 24

## Mündlicher Prüfungsabschnitt

(1) Der mündliche Prüfungsabschnitt umfaßt einen Fachvortrag von 15 Minuten und eine mündliche Prüfung von 60 Minuten, bei der geprüft wird:

a) 30 Minuten aus dem Prüfungsgegenstand, dem die Doppelarbeit entnommen wurde,

b) 30 Minuten aus den übrigen Prüfungsgegenständen.

(2) Für den Fachvortrag zieht der Teilnehmer 60 Minuten vor Beginn im Wege der Auslosung drei überwiegend seiner Fachrichtung entnommene Themen. Auf das von ihm auszuwählende Thema kann er sich unter Aufsicht und ohne Benutzung von Hilfsmitteln vorbereiten.

### § 25

#### Noten

Die einzelnen schriftlichen Prüfungsarbeiten, der Fachvortrag und die mündliche Prüfung werden mit je einer ganzen Note bewertet.

### § 26

#### Notenskala

Der Bewertung ist die Notenskala gemäß § 14 zugrunde zu legen.

### § 27

#### Ermittlung der Prüfungsnoten

(1) Die Note für den schriftlichen Prüfungsabschnitt wird aus der Summe der für die sechs Prüfungsarbeiten erteilten Einzelnoten ermittelt. Hierbei zählt die Doppelaufgabe zweifach. Die Notensumme, geteilt durch sieben, ergibt die Note für den schriftlichen Prüfungsabschnitt.

(2) Zur Ermittlung der Note für den mündlichen Prüfungsabschnitt wird die Summe aus der Note für den Fachvortrag und der Note für die mündliche Prüfung, die zweifach gewertet wird, durch drei geteilt.

(3) Zur Ermittlung der Note in der Fachlichen Prüfung werden die Notensummen der Absätze 1 und 2 zusammengezählt und durch zehn geteilt.

(4) Die Prüfungsnoten sind auf zwei Dezimalstellen zu berechnen. Die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

### § 28

#### Nichtbestehen der Prüfung

Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Teilnehmer

- a) im schriftlichen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Note als „ausreichend“ (Note 4,50) erzielt hat; er ist in diesem Fall von der Teilnahme am mündlichen Prüfungsabschnitt ausgeschlossen;
- b) in der Fachlichen Prüfung eine schlechtere Note als „ausreichend“ (Note 4,50) erzielt hat.

### § 29

#### Wiederholung der Prüfung

Für die Wiederholung der Fachlichen Prüfung gilt § 18 entsprechend.

## D. Gesamtprüfungsergebnis

### § 30

#### Gesamtprüfungsnote und Platzziffer

Die Gesamtprüfungsnote wird dadurch ermittelt, daß die Summe der Prüfungsnote für die Pädagogische Prüfung und der verdoppelten Prüfungsnote für die Fachliche Prüfung durch drei geteilt wird; sie ist auf zwei Dezimalstellen zu berechnen, die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt. Bei gleichen Ergebnissen erhält der Teilnehmer mit der besseren Note in der Fachlichen Prüfung die niedrigere Platzziffer.

### § 31

#### Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Fachliche Prüfung erstellt das Zeugnis über die

Staatsprüfung. In das Prüfungszeugnis sind die Einzelnoten aufzunehmen.

(2) Der Vorsitzende übermittelt dem Staatsministerium die Ergebnisse der Staatsprüfung und ein Verzeichnis der Prüfungsteilnehmer mit den Gesamtprüfungsnoten und den Platzziffern.

## III. Schluß- und Übergangsbestimmungen

### § 32

#### Inkrafttreten, Überleitung

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1972 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren landwirtschaftlichen Dienst einschließlich des landwirtschaftlichen Lehramtes in Bayern vom 8. Februar 1967 (GVBl. S. 277) außer Kraft.

(2) Für Referendare, die den Vorbereitungsdienst vor dem 1. Oktober 1972 begonnen haben, gelten die bisherigen Ausbildungs- und Prüfungsbestimmungen vom 8. Februar 1967.

München, den 8. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

## Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienst einschließlich des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes in Bayern (LwhZAPO/hD)

Vom 8. Dezember 1972

Auf Grund von Art. 19 Abs. 2, Art. 28 Abs. 2 und Art. 115 Abs. 2 Satz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes und der §§ 23 und 41 Abs. 2 der Laufbahnverordnung erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, dem Landespersonalausschuß und, soweit erforderlich, dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung:

## Inhaltsübersicht

### I. Zulassung, Ausbildung

- § 1 Zulassungsvoraussetzungen
- § 2 Zulassungsgesuch
- § 3 Begründung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf
- § 4 Ziel des Vorbereitungsdienstes
- § 5 Dauer und Einteilung des Vorbereitungsdienstes
- § 6 Zuweisung an die Ausbildungsstellen
- § 7 Leitung der Ausbildung und Dienstaufsicht

### II. Anstellungsprüfung (Staatsprüfung)

#### A. Allgemeines

- § 8 Bezeichnung der Prüfung
- § 9 Allgemeine Prüfungsvorschriften
- § 10 Veranstalter der Prüfung

#### B. Pädagogische Prüfung

- § 11 Prüfungsausschuß, Prüfer
- § 12 Prüfungsabschnitte
- § 13 Noten
- § 14 Notenskala
- § 15 Ermittlung der Prüfungsnote
- § 16 Nichtbestehen der Prüfung
- § 17 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses
- § 18 Wiederholung der Prüfung

#### C. Fachliche Prüfung

- § 19 Prüfungsausschuß, Prüfer
- § 20 Prüfungsabschnitte



- § 21 Prüfungsaufgaben
- § 22 Prüfungsgegenstände
- § 23 Schriftlicher Prüfungsabschnitt
- § 24 Mündlicher Prüfungsabschnitt
- § 25 Noten
- § 26 Notenskala
- § 27 Ermittlung der Prüfungsnoten
- § 28 Nichtbestehen der Prüfung
- § 29 Wiederholung der Prüfung
- D. Gesamtergebnis
- § 30 Gesamtpflichtprüfung und Platzziffer
- § 31 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

### III. Schluß- und Übergangsbestimmungen

- § 32 Inkrafttreten, Überleitung

## I. Zulassung, Ausbildung

### § 1

#### Zulassungsvoraussetzungen

(1) Der höhere landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Dienst einschließlich des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes umfaßt die Fachrichtungen Ernährung und Hauswirtschaft.

(2) Bewerberinnen können in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden, wenn sie

- a) an einer wissenschaftlichen Hochschule oder einer anderen gleichstehenden Hochschule der Bundesrepublik oder an einer vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus nach Anhörung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Staatsministerium) als gleichberechtigt anerkannten wissenschaftlichen Hochschule außerhalb der Bundesrepublik das Studium der Oecotrophologie (Haushalts- und Ernährungswissenschaften) mit einer Diplomprüfung abgeschlossen haben,
- b) eine praktische Ausbildung von insgesamt einjähriger Dauer (vom Staatsministerium gelenktes Praktikum) durch ein Zeugnis über die Praktikantenprüfung nachgewiesen oder eine Berufsausbildung in der ländlichen Hauswirtschaft mit dem Zeugnis über die Abschlußprüfung beendet haben oder eine vom Staatsministerium als gleichwertig anerkannte sonstige praktische Ausbildung nachweisen und
- c) die sonstigen Voraussetzungen des Bayerischen Beamtengesetzes und der Laufbahnverordnung erfüllen.

### § 2

#### Zulassungsgesuch

Die Bewerberinnen haben ihr Gesuch um Zulassung zum Vorbereitungsdienst beim Staatsministerium einzureichen, das über die Zulassung entscheidet.

### § 3

#### Begründung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf

Zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes wird die Bewerberin zur Beamtin auf Widerruf ernannt; sie führt während des Beamtenverhältnisses auf Widerruf die Dienstbezeichnung „Ernährungs- und Hauswirtschaftsreferendarin“ (Referendarin).

### § 4

#### Ziel des Vorbereitungsdienstes

Der Vorbereitungsdienst hat das Ziel, die Referendarin mit den Aufgaben des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes vertraut zu machen und sie zur selbständigen beruflichen Tätigkeit zu befähigen.

### § 5

#### Dauer und Einteilung des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert 21 Monate. Zeiten einer beruflichen Tätigkeit, die nach Bestehen der Diplomprüfung zurückgelegt wurden, können auf Antrag durch das Staatsministerium bis zu neun Monaten auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden, wenn sie für die Ausbildung im Sinne des § 4 förderlich sind.

(2) Eine Verkürzung der pädagogischen Ausbildung soll in der Regel durch die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes nicht eintreten.

(3) Der Vorbereitungsdienst wird nach einem vom Staatsministerium erstellten Ausbildungsplan bei folgenden Ausbildungsstellen abgeleistet:

#### a) Fachrichtung Ernährung

16 Monate Amt für Landwirtschaft und Landwirtschaftsschule einschließlich 10 Monate pädagogisches Seminar;

3 Monate Regierung;

1 Monat Institut für Arbeitsphysiologie an der Technischen Universität München;

1 Monat Institut für Lebensmittelchemie an der Technischen Universität München;

#### b) Fachrichtung Hauswirtschaft

16 Monate Amt für Landwirtschaft und Landwirtschaftsschule einschließlich 10 Monate pädagogisches Seminar;

3 Monate Regierung;

2 Monate Amt für angewandte landwirtschaftliche Betriebswirtschaft.

(4) Das pädagogische Seminar besteht aus einem fünfmonatigen Ausbildungsabschnitt, der eine theoretisch-wissenschaftliche, pädagogische Ausbildung und die schulpraktische Ausbildung an Hospitations-schulen umfaßt und einer fünfmonatigen schulpraktischen Ausbildung an Ämtern mit Ausbildungsschulen.

Die Ausbildung wird durch Seminartage ergänzt.

(5) Über die Ausbildung der Referendarin und die Beurteilung ihrer Leistungen sind Nachweise zu führen.

### § 6

#### Zuweisung an die Ausbildungsstellen

Die Zuweisung an die einzelnen Ausbildungsstellen erfolgt durch das Staatsministerium.

### § 7

#### Leitung der Ausbildung und Dienstaufsicht

(1) Für die Ausbildung der Referendarin ist grundsätzlich der Leiter der jeweiligen Ausbildungsstelle verantwortlich; er kann geeignete Beamte und Angestellte mit der Ausbildung oder mit einzelnen Ausbildungsaufgaben beauftragen. Während des Vorbereitungsdienstes am Amt für Landwirtschaft obliegt die Ausbildung der Leiterin der Abteilung Hauswirtschaft.

(2) Die Referendarin untersteht der Dienstaufsicht des Staatsministeriums und der Aufsicht des Leiters der Ausbildungsstelle.

## II. Anstellungsprüfung (Staatsprüfung)

### A. Allgemeines

### § 8

#### Bezeichnung der Prüfung

Die Anstellungsprüfung führt die Bezeichnung „Staatsprüfung für den höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienst einschließlich des höhe-

ren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes in Bayern". Sie besteht aus einem pädagogischen Teil (Pädagogische Prüfung) und einem fachlichen Teil (Fachliche Prüfung). Die Pädagogische Prüfung ist gegen Ende des ersten und zweiten Winterhalbjahres abzulegen, die Fachliche Prüfung nach erfolgreicher Ableistung des Vorbereitungsdienstes.

Eine Prüfungsteilnehmerin, deren Vorbereitungsdienst verkürzt wurde, legt in der Regel die Fachliche Prüfung vor der Pädagogischen Prüfung ab. Das gleiche gilt, wenn eine Prüfungsteilnehmerin die Pädagogische Prüfung nicht bestanden hat und sie gemäß § 18 wiederholt.

## § 9

### Allgemeine Prüfungsvorschriften

Für die Anstellungsprüfung gelten die Vorschriften der Allgemeinen Prüfungsordnung (APO) in der jeweiligen Fassung, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.

## § 10

### Veranstalter der Prüfung

Die Pädagogische Prüfung wird vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus, die Fachliche Prüfung vom Staatsministerium durchgeführt.

## B. Pädagogische Prüfung

## § 11

### Prüfungsausschuß, Prüfer

(1) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bestellt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium auf die Dauer von drei Jahren einen Prüfungsausschuß, der die Bezeichnung „Prüfungsausschuß für die Pädagogische Prüfung des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes in Bayern“ führt.

(2) Der Prüfungsausschuß setzt sich aus vier Beamten des höheren Dienstes zusammen, und zwar aus

- a) zwei Beamten des höheren Dienstes aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, von denen einer zum Vorsitzenden bestimmt wird und
- b) zwei Beamten des höheren Dienstes aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums, von denen einer zum Stellvertreter des Vorsitzenden berufen wird.

(3) Der Prüfungsausschuß bestellt zur Bewertung der schriftlichen Arbeiten weitere Prüfer.

(4) Zur Abnahme des mündlichen und schulpraktischen Abschnitts der Prüfung (§ 12) bildet der Prüfungsausschuß Prüfungskommissionen; sie bestehen aus je drei Prüfern. Der Vorsitzende der Prüfungskommission muß Mitglied des Prüfungsausschusses sein.

(5) Für jedes Mitglied des Prüfungsausschusses und der Prüfungskommission wird mindestens ein Stellvertreter bestellt.

## § 12

### Prüfungsabschnitte

(1) Die Prüfung besteht aus

- a) einem schriftlichen Abschnitt mit einer dreistündigen Arbeit aus der Didaktik und Methodik des Unterrichts oder der Psychologie oder der Erziehungswissenschaft;
- b) einem mündlichen Abschnitt von etwa 15 Minuten aus den unter a) genannten Gebieten;

c) einem schulpraktischen Abschnitt, mit zwei Lehrvorführungen von je etwa 50 Minuten vor einer Klasse einer landwirtschaftlichen Fachschule Abt. Hauswirtschaft und einer Aussprache von je etwa 10 Minuten.

Die zweite Lehrvorführung ist der Fachrichtung der Prüfungsteilnehmerin zu entnehmen.

(2) Der schriftliche und der mündliche Abschnitt der Prüfung und eine Lehrvorführung mit Aussprache werden am Ende des ersten Winterhalbjahres, die zweite Lehrvorführung am Ende des zweiten Winterhalbjahres abgehalten.

(3) Für den schulpraktischen Abschnitt stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit dem Staatsministerium einen Prüfungsplan auf. Die Themen der Lehrvorführung werden unter den Prüfungsteilnehmerinnen zwei Tage vorher ausgelost. Vor Beginn der Lehrvorführung hat die Prüfungsteilnehmerin den Prüfern über jede Lehrvorführung eine Lehrskizze vorzulegen; sie wird in die Beurteilung einbezogen.

## § 13

### Noten

Der schriftliche und mündliche Prüfungsabschnitt und jede Lehrvorführung werden mit je einer ganzen Note bewertet.

## § 14

### Notenskala

Die einzelnen Prüfungsergebnisse werden gemäß § 25 APO mit folgenden Noten bewertet:

sehr gut	(1) = eine besonders hervorragende Leistung;
gut	(2) = eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung;
befriedigend	(3) = eine über dem Durchschnitt liegende Leistung;
ausreichend	(4) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
mangelhaft	(5) = eine Leistung mit erheblichen Mängeln;
ungenügend	(6) = eine völlig unbrauchbare Leistung.

## § 15

### Ermittlung der Prüfungsnote

Zur Ermittlung der Prüfungsnote werden der schriftliche Abschnitt zweifach, der mündliche Abschnitt einfach, die erste Lehrvorführung zweifach und die zweite Lehrvorführung dreifach gewertet. Die sich hiernach ergebende Notensumme wird durch acht geteilt. Die Prüfungsnote ist auf zwei Dezimalstellen zu berechnen; die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

## § 16

### Nichtbestehen der Prüfung

Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Teilnehmerin eine schlechtere Prüfungsnote als „ausreichend“ (Note 4,50) erzielt oder bei der zweiten Lehrvorführung die Note „ungenügend“ erhalten hat.

## § 17

### Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses übermittelt dem Staatsministerium die Ergebnisse der Prüfung und teilt jeder Prüfungsteilnehmerin das Ergebnis mit.



## § 18

## Wiederholung der Prüfung

(1) Eine Prüfungsteilnehmerin, die die Prüfung nicht bestanden hat, deren Prüfung als nicht bestanden gilt oder die die Prüfung zur Notenverbesserung wiederholen will, kann die Prüfung einmal zum nächsten Prüfungstermin wiederholen. Die Aufteilung der Prüfungstermine auf zwei Winterhalbjahre entfällt.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist spätestens drei Monate nach Erhalt der Mitteilung über das Prüfungsergebnis beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen.

## C. Fachliche Prüfung

## § 19

## Prüfungsausschuß, Prüfer

(1) Das Staatsministerium bestellt für die Dauer von drei Jahren einen Prüfungsausschuß, der die Bezeichnung „Prüfungsausschuß für die Fachliche Prüfung des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes in Bayern“ führt.

(2) Der Prüfungsausschuß setzt sich aus drei Beamten des höheren Dienstes zusammen, von denen einer zum Vorsitzenden bestimmt wird. Für jedes Mitglied des Prüfungsausschusses wird ein Stellvertreter bestellt.

(3) Der Prüfungsausschuß kann zur Bewertung der schriftlichen Arbeiten weitere Prüfer bestellen.

(4) Zur Abnahme der mündlichen Prüfung bildet der Prüfungsausschuß eine Prüfungskommission; sie besteht aus einem Vorsitzenden, der Mitglied des Prüfungsausschusses sein muß, und acht Prüfern. Für jeden Prüfer ist ein Vertreter zu bestellen.

## § 20

## Prüfungsabschnitte

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Prüfungsabschnitt.

## § 21

## Prüfungsaufgaben

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann Prüfer oder Beamte der landwirtschaftlichen Verwaltung ersuchen, Prüfungsaufgaben auszuarbeiten.

(2) Die mit Prüfungsaufgaben befaßten Personen sind für die vertrauliche Behandlung verantwortlich.

## § 22

## Prüfungsgegenstände

Die Prüfung umfaßt folgende Prüfungsgegenstände:

Bei allen Fachrichtungen:

- A 1 Landeskunde Bayerns, Landwirtschaftsverwaltung, landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Beratung;  
Soziologie, insbesondere der Familie und ihrer Umwelt;  
Berufsausbildung;  
allgemeine Verwaltungsfragen;
- A 2 Grundzüge der Rechtsfragen, die die Ernährung und die landwirtschaftliche Hauswirtschaft berühren;  
Staatsbürgerkunde

Bei den einzelnen Fachrichtungen ferner:

- a) Ernährung

E 1 Ernährungslehre einschließlich besondere Kostformen;

Technologie der Nahrungsmittelzubereitung;

E 2 Arbeitsphysiologische Grundlagen zur menschlichen Leistung einschließlich Gesundheitsfragen, Hygiene und Bekleidung;

E 3 Wirtschaftslehre des landwirtschaftlichen Haushalts einschließlich Haustechnik, Wohnen und Textilien;

E 4 Landwirtschaftliche Produktion einschließlich Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes mit landwirtschaftlicher Buchführung, Markt- und Verbraucherfragen.

b) Hauswirtschaft

H 1 Wirtschaftslehre des landwirtschaftlichen Haushalts;

Betriebslehre, Buchführung, Arbeitslehre und Haushaltstechnik;

H 2 Bauen und Wohnen, Textilien und Bekleidung;

H 3 Menschliche Gesundheit und Ernährung, Lebensmitteltechnologie;

H 4 Landwirtschaftliche Produktion einschließlich Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes mit landwirtschaftlicher Buchführung, Markt- und Verbraucherfragen.

## § 23

## Schriftlicher Prüfungsabschnitt

(1) Jede Prüfungsteilnehmerin hat in den allgemeinen Prüfungsgegenständen A 1 und A 2 sowie in den Prüfungsgegenständen 2 bis 4 ihrer jeweiligen Fachrichtung je eine Aufgabe mit einer Arbeitszeit von drei Stunden zu bearbeiten. Weiterhin ist eine Doppelaufgabe mit einer Arbeitszeit von sechs Stunden aus dem Prüfungsgegenstand 1 der jeweiligen Fachrichtung zu fertigen.

(2) Bei den Aufgaben aus dem Prüfungsgegenstand A 1 können für die einzelnen Fachrichtungen unterschiedliche Themen gestellt werden. Die Aufgabe aus dem Prüfungsgegenstand A 2 ist als Aufsatz zu bearbeiten, für den drei Themen zur Wahl gestellt werden. Der Aufsatz soll erkennen lassen, daß die Prüfungsteilnehmerin mit den Grundzügen der Rechtsfragen, die die Ernährung und die landwirtschaftliche Hauswirtschaft berühren, und den allgemeinen Fragen der Staatsbürgerkunde vertraut ist.

## § 24

## Mündlicher Prüfungsabschnitt

(1) Der mündliche Prüfungsabschnitt umfaßt einen Fachvortrag von 15 Minuten und eine mündliche Prüfung von etwa 60 Minuten, bei der geprüft wird:

- a) 30 Minuten aus dem Prüfungsgegenstand, dem die Doppelarbeit entnommen wurde,
- b) 30 Minuten aus den übrigen Prüfungsgegenständen.

(2) Für den Fachvortrag zieht die Teilnehmerin 60 Minuten vor Beginn im Wege der Auslosung drei überwiegend ihrer Fachrichtung entnommene Themen. Auf das ausgewählte Thema kann sie sich unter Aufsicht und ohne Benutzung von Hilfsmitteln vorbereiten.

## § 25

## Noten

Die einzelnen schriftlichen Prüfungsarbeiten, der Fachvortrag und die mündliche Prüfung werden mit je einer ganzen Note bewertet.

## § 26

## Notenskala

Der Bewertung ist die Notenskala gemäß § 14 zugrunde zu legen.

## § 27

## Ermittlung der Prüfungsnoten

(1) Die Note für den schriftlichen Prüfungsabschnitt wird aus der Summe der für die sechs Prüfungsarbeiten erteilten Einzelnoten ermittelt. Hierbei zählt die Doppelaufgabe zweifach. Die Notensumme, geteilt durch sieben, ergibt die Note für den schriftlichen Prüfungsabschnitt.

(2) Zur Ermittlung der Note für den mündlichen Prüfungsabschnitt wird die Summe aus der Note für den Fachvortrag und die Note für die mündliche Prüfung, die zweifach gewertet wird, durch drei geteilt.

(3) Zur Ermittlung der Note in der Fachlichen Prüfung werden die Notensummen der Absätze 1 und 2 zusammengezählt und durch zehn geteilt.

(4) Die Prüfungsnoten sind auf zwei Dezimalstellen zu berechnen. Die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

## § 28

## Nichtbestehen der Prüfung

Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Teilnehmerin

- a) im schriftlichen Prüfungsabschnitt eine schlechtere Note als „ausreichend“ (Note 4,50) erzielt hat; sie ist in diesem Fall von der Teilnahme am mündlichen Prüfungsabschnitt ausgeschlossen,
- b) in der Fachlichen Prüfung eine schlechtere Note als „ausreichend“ (Note 4,50) erzielt hat.

## § 29

## Wiederholung der Prüfung

Für die Wiederholung der Fachlichen Prüfung gilt § 18 entsprechend.

## D. Gesamtprüfungsergebnis

## § 30

## Gesamtprüfungsnote und Platzziffer

Die Gesamtprüfungsnote wird dadurch ermittelt, daß die Summe der Prüfungsnote für die Pädagogische Prüfung und der verdoppelten Prüfungsnote für die Fachliche Prüfung durch drei geteilt wird; sie ist auf zwei Dezimalstellen zu berechnen, die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt. Bei gleichen Ergebnissen erhält die Teilnehmerin mit der besseren Note in der Fachlichen Prüfung die niedrigere Platzziffer.

## § 31

## Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die Fachliche Prüfung erstellt das Zeugnis über die Staatsprüfung. In das Prüfungszeugnis sind die Einzelnoten aufzunehmen.

(2) Der Vorsitzende übermittelt dem Staatsministerium die Ergebnisse der Staatsprüfung und ein Verzeichnis der Prüfungsteilnehmerinnen mit den Gesamtprüfungsnoten und den Platzziffern.

## III. Schluß- und Übergangsbestimmungen

## § 32

## Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1972 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Zulassungs-

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienst einschließlich des landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes in Bayern vom 10. Juni 1970 (GVBl. S. 262) außer Kraft.

(2) Bewerberinnen, die keine Diplomprüfung nach § 1 Buchst. a, jedoch ein mindestens sechssemestriges Studium der Haushalts- und Ernährungswissenschaften nachweisen, das mit einer Hochschulprüfung abgeschlossen wurde, können bis einschließlich 1975 in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

(3) Für Referendarinnen, die den Vorbereitungsdienst vor Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen haben, gelten die bisherigen Ausbildungs- und Prüfungsbestimmungen.

München, den 8. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

## Verordnung

## zur Änderung der Sparkassenordnung

Vom 12. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 20 des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1956 (BayBS I S. 574), zuletzt geändert durch Gesetz am 27. Juni 1972 (GVBl. S. 210), erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

## § 1

Die Verordnung über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen — Sparkassenordnung — (SpkO) vom 14. Oktober 1970 (GVBl. S. 513) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 3, § 6 Nr. 1, § 12 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1, § 15 Abs. 1 und § 17 Nr. 1 wird „Gemeindebank“ ersetzt durch „Landesbank“.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 erhält folgende Fassung: „Sie dürfen keine Spekulationsgeschäfte betreiben.“

b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt: „Die Sparkassen unterstützen nach Kräften und vorrangig die Refinanzierung der Bayerischen Landesbank — Girozentrale — zu marktgerechten Sätzen.“

3. § 4 erhält folgende Fassung:

## „§ 4

## Schuldverschreibungen

(1) Die Sparkasse darf Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren als Sparkassenbriefe oder als Sparkassenobligationen ausgeben. Die Schuldverschreibungen sollen auf feste Beträge, die durch 100 teilbar sind, lauten.

(2) Die Sparkassenbriefe sind Namensschuldverschreibungen. Ihr Mindestbetrag muß auf 100 DM lauten.

(3) Die Sparkassenobligationen sind nicht börsenfähige Orderschuldverschreibungen. Wenn sie als Sammelobligationen ausgegeben werden, muß mindestens noch eine andere Sparkasse gesamtschuldnerisch haften.

(4) Der Gesamtbetrag der in Umlauf befindlichen Sparkassenobligationen der Sparkassen muß in Höhe des Nennwertes jederzeit durch Vermögenswerte von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein (Deckungsmasse). Für Sammelobligationen



gilt als Gesamtbetrag der nach der Regelung im Innenverhältnis auf die Sparkasse entfallende Haftungsanteil.

(5) Als Deckungsmasse dürfen nur Darlehensforderungen gemäß §§ 8, 9 und 12 und die in § 14 Abs. 1 Nr. 1 genannten Wertpapiere verwendet werden, die Wertpapiere jedoch höchstens mit einem Betrag, der um 5 v. H. des Nennwertes unter dem jeweiligen Börsenpreis bleibt und den Nennwert nicht übersteigt.

(6) Die als Deckungsmasse bestimmten Vermögenswerte sind einzeln in ein Register einzutragen (Deckungsregister).“

4. In § 9 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b, § 10 Abs. 3, § 11 Abs. 3 Satz 1, § 12 Abs. 3 Satz 1, § 15 Abs. 3 Satz 2 und § 29 Abs. 3 Satz 1 wird nach „Kunden“ eingefügt: „und aus im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen der Sparkasse“.

5. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 2 Buchst. e wird die Zahl „60“ ersetzt durch die Zahl „80“.

b) Absatz 1 Nr. 7 Buchst. c erhält folgende Fassung:

„c) die diskontierten Wechsel dürfen nur an die Bayerische Landesbank — Girozentrale —, die Landeszentralbank in Bayern und an andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute im Geltungsbereich des Grundgesetzes weitergegeben werden.“

6. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 1 Buchst. b erhält folgende Fassung:

„b) in Orderschuldverschreibungen mit Ausnahme von Sparkassenobligationen,“

b) Absatz 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. in rediskontfähigen Schatzwechseln und Wechseln, die von einer anderen Sparkasse oder einer Girozentrale indossiert sind oder die als Privatkonten gehandelt werden,“

7. § 16 Absatz 2 wird gestrichen.

8. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Sparkasse darf als Vermittlungs- und Inkassostelle der Bayern-Versicherung — Öffentliche Lebensversicherungsanstalt — und als Vermittlungsstelle für Einrichtungen der bayerischen Sparkassenorganisation tätig werden.“

b) Absatz 4 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde Rechnung,“

c) Absatz 4 Nr. 2 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) für fremde Rechnung,“

d) Absatz 4 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren; wenn die Sparkasse für die Aufbewahrung von Wertpapieren keine eigenen Einrichtungen besitzt, muß sie die Wertpapiere (auch die eigenen Bestände) bei der Bayerischen Landesbank — Girozentrale — oder einem sonstigen geeigneten öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut im Geltungsbereich des Grundgesetzes hinterlegen,“

e) In Absatz 4 Nr. 6 wird der zweite Halbsatz gestrichen.

9. In § 22 Abs. 6 Nr. 2 wird „oder bei Zweckverbandssparkassen um ein Mitglied des Gewährträgers“ ersetzt durch „eine Gemeinde oder einen Landkreis“.

10. § 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. in den in § 6 Nr. 2 und § 15 Abs. 1 genannten Ausnahmefällen,“

b) In Absatz 2 Nr. 2 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„maßgebend für die Ermittlung des Höchstbetrages ist die zum Ablauf eines Geschäftsjahres dem Verwaltungsrat vorgelegte Jahresbilanz (§ 28 Abs. 3 Satz 1).“

11. § 26 Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Für Bewerber, die ein wissenschaftliches Hochschulstudium der Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften abgeschlossen haben, kann die Zeit auf drei Jahre, für Bewerber, die an einer Fachhochschule ein Studium der Ausbildungsrichtung Wirtschaft abgeschlossen oder die Fachprüfung am Lehrinstitut für das kommunale Sparkassen- und Kreditwesen bestanden haben, auf fünf Jahre verkürzt werden.“

12. § 28 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 1 wird „einen Geschäftsbericht“ ersetzt durch „den Geschäftsbericht“.

b) In Absatz 3 Satz 2 wird „Prüfungsvermerks“ ersetzt durch „Bestätigungsvermerks“.

13. § 29 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der im Jahresabschluß ausgewiesene Jahresüberschuß wird, soweit er nicht zum Ausgleich eines Verlustvortrags aus dem Vorjahr erforderlich ist oder nach den Absätzen 2 und 3 verwendet wird, der Sicherheitsrücklage zugeführt.“

14. § 30 Abs. 1 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Über Prüfungsfeststellungen von besonderer Bedeutung, die den Vorstand betreffen, hat die Innenrevision dem Verwaltungsratsvorsitzenden unmittelbar und unverzüglich zu berichten.“

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 12. Dezember 1972

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Merk, Staatsminister

## Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes (DVBayAföG)

Vom 13. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 2 Abs. 2 und des Art. 7 Satz 2 Nr. 1 des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes vom 20. Mai 1970 (GVBl. S. 183), geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1972 (GVBl. S. 255), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

## § 1

Zuständigkeit der Kreisverwaltungsbehörden

(1) Die bei den Kreisverwaltungsbehörden auf Grund des Art. 1 Abs. 1 des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 10. Juli 1972 (GVBl. S. 255) errichteten

Ämter für Ausbildungsförderung sind auch für die Entscheidung über Ausbildungsförderung nach dem Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetz zuständig.

(2) Die kreisfreien Städte vollziehen die den Ämtern für Ausbildungsförderung nach dem Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetz obliegenden Aufgaben als Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises.

## § 2

### Fachaufsicht

(1) Die Regierungen führen die Fachaufsicht über die Ämter für Ausbildungsförderung.

(2) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist die oberste Landesbehörde für Ausbildungsförderung.

## § 3

### Gleichwertigkeit der Ausbildungsstätten

Zuständig für Entscheidungen nach Art. 2 Abs. 2 Halbsatz 2 des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes ist das Landesamt für Ausbildungsförderung.

## § 4

### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes vom 22. Juni 1970 (GVBl. S. 265) außer Kraft.

München, den 13. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

## **Verordnung über das Kehren und Überprüfen von Feuerungs- und Lüftungsanlagen (Kehr- und Überprüfungsordnung — KUO)**

Vom 13. Dezember 1972

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Schornsteinfegergesetzes (SchfG) vom 15. September 1969 (BGBl. I S. 1634, ber. S. 2432) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Ersten Zuständigkeitsverordnung zum Schornsteinfegergesetz vom 4. März 1970 (GVBl. S. 97) und auf Grund des Art. 44 Abs. 3 Nrn. 1 und 4 des Landesstraß- und Verordnungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. November 1970 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Februar 1971 (GVBl. S. 65), erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

## § 1

### Begriffe

1. Rauchkamine sind Kamine, durch die Rauchgase aus Feuerstätten für feste oder flüssige Brennstoffe abgeleitet werden.
2. Turmkamine sind freistehende Rauch- oder Abgaskamine mit einem Querschnitt von mindestens 6400 cm<sup>2</sup> an der Sohle.
3. Abgaskamine sind Kamine, durch die Abgase aus Feuerstätten für gasförmige Brennstoffe abgeleitet werden.
4. Abgaskamine mit Entlüftung sind Kamine, durch die Abgase aus Feuerstätten für gasförmige Brennstoffe abgeleitet werden und die zugleich der Entlüftung dienen.
5. Luftabgaskamine sind Kamine, die einer Feuerstätte für gasförmige Brennstoffe Verbrennungs-

luft zuführen und durch die zugleich Abgase abgeleitet werden.

6. Rauchrohre und Abgasrohre sind Rohre, die von einer Feuerstätte durch den Raum in den Kamin oder in einen Rauchkanal oder Abgaskanal führen.
7. Rauchkanäle und Abgaskanäle sind Kanäle, die mit Bauteilen, z. B. dem Boden, der Wand oder der Decke, fest verbunden sind und der Verbindung einer Feuerstätte mit dem Kamin dienen.
8. Feuer- und Rauchzüge sind Bestandteile einer Feuerstätte oder Verbindungsstücke zwischen einer Feuerstätte und dem Kamin.
9. Gasfeuerstätten sind Gasverbrauchseinrichtungen, deren Abgase durch eine Abgasanlage ins Freie abgeführt werden. Gasfeuerstätten mit offener Verbrennungskammer sind Feuerstätten, deren Verbrennungskammer gegenüber dem Aufstellraum offen ist. Gasfeuerstätten mit geschlossener Verbrennungskammer sind Feuerstätten, deren Verbrennungskammer gegenüber dem Aufstellraum geschlossen ist.
10. Kleinwasserheizer sind Gasverbrauchseinrichtungen mit einer Nennheizleistung bis zu 150 kcal/min, in denen Wasser erwärmt wird.
11. Abgaswege sind die Wege, welche die Abgase innerhalb der Gasfeuerstätte oder des Kleinwasserheizers zurücklegen.
12. Räucheranlagen sind Anlagen, in denen Nahrungsmittel, z. B. Fleisch oder Fische, geräuchert werden.
13. Dunstfänge sind Einrichtungen, mit denen Koch-, Brat-, Grill- oder Röstdünste gesammelt und abgeführt werden.
14. Dunstleitungen sind Rohre, Schächte und Kanäle, die Koch-, Brat-, Grill-, Darr- oder Röstdünste ableiten.
15. Be- und Entlüftungsleitungen (Lüftungsrohre, -schächte und -kanäle), ferner Be- und Entlüftungsöffnungen sind Einrichtungen zur Be- und Entlüftung von Räumen.

## § 2

### Kehr- und Überprüfungspflicht im allgemeinen

(1) Rauchkamine und Rauchkanäle sind,

1. wenn sie ganzjährig benutzt werden, sechsmal oder, falls nur Ölfeuerstätten mit Zerstäubungsbrenner angeschlossen sind, dreimal im Jahr zu kehren,
2. wenn sie nur während der üblichen Heizperiode benutzt werden, fünfmal oder, falls nur Ölfeuerstätten mit Zerstäubungsbrenner angeschlossen sind, zweimal im Jahr zu kehren,
3. wenn sie nur gelegentlich benutzt werden, zweimal oder, falls nur Ölfeuerstätten mit Zerstäubungsbrenner angeschlossen sind, einmal im Jahr zu kehren.

(2) Rauchrohre von Feuerstätten mit einer Nennheizleistung von mehr als 40 000 kcal/h sind einmal im Jahr zu kehren.

(3) Dunstfänge und Dunstleitungen, die nicht oder nicht nur dem privaten Haushalt dienen, sind zweimal im Jahr zu überprüfen.

(4) Abgaskamine, Abgaskamine mit Entlüftung, Luftabgaskamine, Abgasrohre und Abgaskanäle sind zweimal im Jahr zu überprüfen und, falls erforderlich, bis zu zweimal im Jahr zu kehren.



(5) Abgaswege in Gasfeuerstätten mit offener oder geschlossener Verbrennungskammer und in Kleinwasserheizern sind zweimal im Jahr zu überprüfen.

(6) Abgasleitungen unbeweglicher Rohöl- oder Holzgasmotoren mit einer Leistung von mehr als 100 PS sind einmal im Jahr zu überprüfen und, falls erforderlich, einmal im Jahr zu kehren.

(7) Be- und Entlüftungsleitungen und Be- und Entlüftungsöffnungen von Räumen, in denen Feuerstätten betrieben werden, sind einmal im Jahr zu überprüfen.

### § 3

#### Kehr- und Überprüfungspflicht für besondere Anlagen

(1) Turmkamine und dazugehörige Rauchkanäle, Rauchrohre, Abgaskanäle und Abgasrohre sind einmal im Jahr zu überprüfen und, falls erforderlich, einmal im Jahr zu kehren. Sie sind weder zu überprüfen noch zu kehren, wenn alle nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Im üblichen Betrieb muß überwiegend eine Rauchgasgeschwindigkeit von mehr als 8 m/s erreicht werden.
2. In den angeschlossenen Feuerstätten dürfen keine Stoffe verfeuert werden, die größere Mengen an Verbrennungsrückständen als übliche Brennstoffe hinterlassen.
3. Die Innenwand des Turmkamins muß glatt und ohne Absätze ausgeführt sein.
4. Der Querschnitt des Turmkamins darf keine oder nur abgerundete Ecken aufweisen.

(2) Rauchkamine, Rauchkanäle, Rauchrohre und Feuer- und Rauchzüge

1. von ganzjährig benutzten Darr-, Röst- oder anderen Trocknungsanlagen sind sechsmal oder, wenn nur Ölfeuerstätten mit Zerstäubungsbrenner angeschlossen sind, dreimal im Jahr zu kehren,
2. von nur zeitweise benutzten Darr-, Röst- oder anderen Trocknungsanlagen sind nach je 45 Betriebstagen, mindestens jedoch einmal im Jahr im Anschluß an die Betriebszeit, zu kehren,
3. von nur gelegentlich, z. B. für den Hausbedarf benutzten Darr-, Röst- oder anderen Trocknungsanlagen sind einmal im Jahr zu kehren.

(3) Räucheranlagen und dazugehörige Rauchkamine, Rauchkanäle und Rauchrohre sind,

1. wenn sie ganzjährig benutzt werden, sechsmal im Jahr zu kehren,
2. wenn sie nur zeitweise benutzt werden, nach je 45 Betriebstagen, mindestens jedoch einmal im Jahr im Anschluß an die Betriebszeit, zu kehren,
3. wenn sie nur gelegentlich, z. B. für den Hausbedarf, benutzt werden, einmal im Jahr zu kehren.

(4) Rauchkamine, einschließlich der mit Rauchgas besetzten Turmkamine, sind weder zu überprüfen noch zu kehren, wenn die Feuerstätte, zu der sie gehören, eine Entstaubungsanlage hat, die dazu bestimmt ist, den Ansatz brandgefährlicher Verbrennungsrückstände zu verhindern. Das gleiche gilt für die zu diesen Kaminen gehörenden Rauchkanäle, Rauchrohre und Feuer- und Rauchzüge, soweit sie hinter der Entstaubungsanlage liegen.

### § 4

#### Kehr- und Überprüfungspflicht in Ausnahmefällen

Wenn sich herausstellt, daß die Bestimmungen

der §§ 2 und 3 nicht ausreichen, um die Feuersicherheit zu gewährleisten, so ist

1. auch das Rauchrohr einer Feuerstätte mit einer Nennheizleistung von nicht mehr als 40 000 kcal/h, eine nur dem privaten Haushalt dienende Anlage im Sinn des § 2 Abs. 3 oder eine nach § 3 Abs. 1 Satz 2 oder § 3 Abs. 4 nicht kehr- oder überprüfungspflichtige Anlage von Fall zu Fall oder nach den einschlägigen Vorschriften dieser Verordnung regelmäßig zu kehren oder zu überprüfen,
2. eine kehr- oder überprüfungspflichtige Anlage öfter als nach den einschlägigen Vorschriften dieser Verordnung zu kehren oder zu überprüfen.

### § 5

#### Kehr- und Überprüfungspflicht für unbenutzte Anlagen

(1) Dauernd unbenutzte Anlagen sind weder zu kehren noch zu überprüfen. Jedoch sind Kamine, die für dauernd unbenutzt gehalten werden und im Fall ihrer Benutzung nach §§ 2 oder 3 kehr- oder überprüfungspflichtig sind, einmal im Jahr zu überprüfen, wenn ihre Anschlußöffnungen für Feuerstätten nicht zugemauert sind.

(2) Nach §§ 2 oder 3 kehr- oder überprüfungspflichtige Anlagen, die länger als ein Jahr unbenutzt waren, sind vor ihrer Inbetriebnahme zu überprüfen, kehrpflichtige Anlagen, wenn nötig, auch zu kehren. Nicht zu überprüfen sind Anlagen, die innerhalb des letzten Jahres vor der Inbetriebnahme überprüft oder gekehrt wurden.

(3) Die Eigentümer oder Besitzer von Grundstücken und Räumen haben dem Bezirkskaminkehrermeister die Absicht, ständig unbenutzte, nach §§ 2 oder 3 im Fall der Benutzung kehr- oder überprüfungspflichtige Anlagen in Betrieb zu nehmen, spätestens am dritten Werktag vor der Inbetriebnahme mitzuteilen.

### § 6

#### Sonstige Vorschriften

(1) Die Kehr- und Überprüfungsarbeiten sind, soweit das zweckmäßig ist, in möglichst gleichen Zeitabständen auszuführen.

(2) Überprüfungspflichtige Anlagen sind auf Mängel zu überprüfen, welche die Feuersicherheit (§ 1 Abs. 2 SchfG) gefährden können.

(3) Eine kehrpflichtige Anlage darf nur dann ausgebrannt werden, wenn die Verbrennungsrückstände mit den üblichen Reinigungswerkzeugen nicht entfernt werden können. Die Arbeit ist von einem Kaminkehrermeister auszuführen oder zu leiten. Sie ist nur bei Tageslicht, Windstille und — abgesehen von Fällen, in denen wegen drohender Gefahr nicht länger gewartet werden kann — nur bei feuchter Witterung zulässig. Der Zeitpunkt des Ausbrennens ist den Hausbewohnern, möglichst auch dem Gebäudeeigentümer oder seinem Beauftragten, und bei besonderer Gefahr der Feuerwehr, spätestens am letzten vorhergehenden Werktag mitzuteilen. Vor und nach dem Ausbrennen hat der Kaminkehrermeister die Anlage und ihre Umgebung auf Gefahren für die Feuersicherheit (§ 1 Abs. 2 SchfG) zu überprüfen. Nach dem Ausbrennen ist die Anlage zu kehren; das ersetzt eine nach §§ 2, 3, 4 oder 5 Abs. 2 erforderliche Kehrung.

### § 7

#### Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft die Kehrordnung und Kehrgebührenordnung vom 22. Dezember 1961

1. der Regierung von Oberbayern (Amtsblatt der Regierung von Oberbayern S. 99), zuletzt geändert am 12. Januar 1968 (Amtsblatt der Regierung von Oberbayern S. 5),
2. der Regierung von Niederbayern (Amtsblatt der Regierung von Niederbayern S. 149), zuletzt geändert am 5. Januar 1968 (Amtsblatt der Regierung von Niederbayern S. 8),
3. der Regierung der Oberpfalz (Amtsblatt der Regierung der Oberpfalz S. 107), zuletzt geändert am 15. Januar 1968 (Amtsblatt der Regierung der Oberpfalz S. 9),
4. der Regierung von Oberfranken (Amtsblatt der Regierung von Oberfranken S. 91), zuletzt geändert am 19. Januar 1968 (Amtsblatt der Regierung von Oberfranken S. 20),
5. der Regierung von Mittelfranken (Amtsblatt der Regierung von Mittelfranken S. 132), zuletzt geändert am 19. Januar 1968 (Amtsblatt der Regierung von Mittelfranken S. 21),
6. der Regierung von Unterfranken (Amtsblatt der Regierung von Unterfranken S. 155), zuletzt geändert am 16. Januar 1968 (Amtsblatt der Regierung von Unterfranken S. 6),
7. der Regierung von Schwaben (Amtsblatt der Regierung von Schwaben S. 121), zuletzt geändert am 17. Januar 1968 (Amtsblatt der Regierung von Schwaben S. 21).

München, den 13. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**  
Dr. Merk, Staatsminister

### **Verordnung über die Gebühren und Auslagen der Bezirkskaminkehrermeister (Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung — KÜGO)**

**Vom 13. Dezember 1972**

Auf Grund des § 24 des Schornsteinfegergesetzes (SchfG) vom 15. September 1969 (BGBl. I S. 1634, ber. S. 2432) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Ersten Zuständigkeitsverordnung zum Schornsteinfegergesetz vom 4. März 1970 (GVBl. S. 97) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

#### **§ 1**

##### **Gebührenarten**

Der Bezirkskaminkehrermeister erhebt folgende Gebühren:

1. Eine Jahresgrundgebühr für jedes Gebäude mit wenigstens einem kehr- oder überprüfungspflichtigen Kamin (§ 2); ausgenommen sind Nebengebäude, z. B. Waschküchen,
2. Gebühren für Kehr- und Überprüfungsarbeiten (§ 3 und 4),
3. Zuschläge und Ganggebühren (§ 5).

#### **§ 2**

##### **Jahresgrundgebühr**

(1) Die Höhe der Jahresgrundgebühr richtet sich nach der Zahl der kehr- oder überprüfungspflichtigen Kamine des Gebäudes.

(2) Für Gebäude mit nur einem kehr- oder überprüfungspflichtigen Kamin beträgt die Jahresgrund-

gebühr 5 DM, im übrigen je kehr- oder überprüfungspflichtigen Kamin 3,70 DM. Wird ein Gebäude erst im Laufe des Kalenderjahres fertiggestellt, so wird für jeden vollen Monat die anteilige Jahresgrundgebühr erhoben.

(3) Mit der Jahresgrundgebühr sind auch die Feuerstättenschau (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 SchfG) und die gelegentliche Beratung in feuerungstechnischen Fragen abgegolten.

#### **§ 3**

##### **Gebühren für Kehrarbeiten**

(1) Für Kehrarbeiten werden folgende Gebühren erhoben: Für das Kehren

1. von Rauchkaminen, soweit sie nicht unter die Nummern 2 bis 4 oder 8 fallen,
  - a) für das erste Stockwerk . . . . . 1,60 DM,
  - b) für jedes weitere Stockwerk . . . . . 0,25 DM,
2. von Rauchkaminen
  - a) mit einem lichten Querschnitt von mehr als 700 cm<sup>2</sup>,
  - b) die gewerblich genutzt werden,
  - c) an die Feuerstätten, von Warmwasser-, Heißwasser- oder Dampfbereitungsanlagen oder von Mehrraum- oder Zentralheizungen (ausgenommen Warmluftöfen für Etagenheizungen) angeschlossen sind,
 bei einer Nennheizleistung der angeschlossenen Feuerstätte
 

bis zu 40 000 kcal/h . . . . .	0,30 DM,
über 40 000 bis 80 000 kcal/h . . . . .	0,40 DM,
über 80 000 bis 160 000 kcal/h . . . . .	0,50 DM,
über 160 000 kcal/h . . . . .	0,60 DM

 je Meter,
 

mindestens jedoch . . . . .	3,00 DM,
-----------------------------	----------
3. von Rauchkaminen, an die industrielle Feuerstätten (z. B. Glühherde, Schmelzöfen, Feuerstätten für Braupfannen oder für Hochdruckkessel) angeschlossen sind . . . . . 0,75 DM je Meter,
4. von Turmkaminen, bei einem an der Sohle gemessenen lichten Querschnitt
  - a) bis zu 15 000 cm<sup>2</sup> . . . . . 1,85 DM,
  - b) über 15 000 cm<sup>2</sup> . . . . . 2,50 DM
 je Meter,
5. von Rauchkanälen mit einem lichten Querschnitt
  - a) bis zu 900 cm<sup>2</sup> . . . . . 0,75 DM,
  - b) über 900 bis 2500 cm<sup>2</sup> . . . . . 1,10 DM,
  - c) über 2500 bis 5600 cm<sup>2</sup> . . . . . 1,85 DM,
  - d) über 5600 bis 10 000 cm<sup>2</sup> . . . . . 2,50 DM,
  - e) über 10 000 cm<sup>2</sup> . . . . . 3,10 DM
 je Meter,
6. von Rauchrohren, soweit sie nicht unter Nummer 8 fallen,
  - a) bis zu einem Meter Länge . . . . . 3,00 DM,
  - b) für jeden weiteren Meter . . . . . 1,00 DM,
7. von Räucheranlagen . . . . . 0,65 DM je Quadratmeter der zu kehrenden Fläche,
8. von Rauchkaminen, Rauchrohren und Feuer- und Rauchzügen der Darr-, Röst- oder anderen Trocknungsanlagen, ebenso von Rauchrohren der Räucheranlagen und der Abgasrohre von Gasfeuerstätten . . . . . 1,00 DM je Meter,
9. von Abgaskaminen, Abgaskaminen mit Entlüftung, Luftabgaskaminen und Abgaskanälen die



gleiche Gebühr wie für das Kehren von entsprechenden Rauchkaminen und Rauchkanälen (Nummern 1 bis 3, 5 und 8),

10. von Abgasleitungen unbeweglicher Rohöl- oder Holzgasmotoren eine Gebühr nach Zeitaufwand.

(2) Die Gebühr nach Absatz 1 Nrn. 2, 3 und 8 erhöht sich um 75 v. H., wenn eine mit Rauchgas beschickte Anlage zum Kehren von innen bestiegen wird.

(3) Für das Ausbrennen kehrpflichtiger Anlagen wird die doppelte Kehrgebühr nach Absatz 1 erhoben. Erfordert das Ausbrennen wegen außergewöhnlicher, vom Bezirkskaminkehrermeister nicht zu vertretender Umstände erheblich mehr Zeit als üblich, so ist statt der Gebühr nach Satz 1 eine Gebühr nach Zeitaufwand zu entrichten. Ausbrennmaterial, das der Bezirkskaminkehrermeister stellt, ist gesondert zu vergüten. Für das Kehren nach dem Ausbrennen wird zusätzlich die Gebühr für Kehrarbeiten erhoben.

(4) Für das Wegschaffen der bei den Kehr- oder Überprüfungsarbeiten anfallenden Rückstände wird je Kamin eine Gebühr von 0,20 DM erhoben.

#### § 4

##### Gebühren für Überprüfungsarbeiten

(1) Für Überprüfungsarbeiten werden folgende Gebühren erhoben:

Für das Überprüfen

1. von Abgaswegen in Gasfeuerstätten mit offener oder geschlossener Verbrennungskammer und der dazugehörigen Abgasrohre . . . . . 2,00 DM je Gasfeuerstätte,
2. von Abgaswegen in Kleinwasserheizern 1,00 DM je Gerät,
3. von Be- und Entlüftungsleitungen von Räumen, in denen Feuerstätten betrieben werden 3,00 DM je Raum,
4. von Abgaskaminen, Abgaskaminen mit Entlüftung und Luftabgaskaminen die gleiche Gebühr wie für das Kehren von entsprechenden Rauchkaminen (§ 3 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 und 8),
5. von Abgaskanälen die gleiche Gebühr wie für das Kehren von Rauchkanälen (§ 3 Abs. 1 Nr. 5).

(2) Für folgende Überprüfungsarbeiten wird eine Gebühr nach Zeitaufwand erhoben:

1. für das Überprüfen von Turmkaminen und der dazugehörigen Rauchkanäle, Rauchrohre, Abgaskanäle und Abgasrohre,
2. für das Prüfen und Begutachten von Kaminen, Feuerstätten und Verbindungsstücken auf ihre Feuersicherheit nach § 13 Abs. 1 Nr. 4 SchfG,
3. für die Rohbau- und Schlußabnahme einschließlich des Ausstellens der Bescheinigung nach § 13 Abs. 1 Nr. 9 SchfG,
4. für das Überprüfen von Dunstfängen und Dunstleitungen,
5. für das Überprüfen von Abgasleitungen unbeweglicher Rohöl- oder Holzgasmotoren.

(3) Für das Überprüfen einer unbenutzten Anlage wird die Überprüfungsgebühr nach Absatz 1 oder 2, soweit dort keine Gebühr vorgesehen ist, eine Gebühr wie für das Kehren der Anlage erhoben.

(4) Die Überprüfungsgebühr nach § 4 Abs. 1 Nrn. 4 und 5, Abs. 2 Nrn. 1 und 5 und Abs. 3 entfällt, wenn eine Anlage auf Grund der Überprüfung gekehrt wird und hierfür nach dieser Verordnung eine Kehrgebühr zu entrichten ist.

(5) Die Gebühr für eine Messung nach § 6a der Verordnung zur Verhütung von Luftverunreinigungen durch Feuerungsanlagen vom 16. Juli 1969 (GVBl. S. 229) in der Fassung vom 29. Mai 1972 (GVBl. S. 260) beträgt

bei einem Zeitaufwand bis zu einer dreiviertel Stunde . . . . . 16,50 DM  
und für jede weitere angefangene Viertelstunde . . . . . 5,50 DM,

höchstens jedoch bei Feuerungsanlagen

1. bis zu 80 000 kcal/h Nennheizleistung . 22,00 DM,
2. über 80 000 bis 200 000 kcal/h Nennheizleistung . . . . . 33,00 DM,
3. über 200 000 kcal/h Nennheizleistung . 44,00 DM,
4. die über Durchgangshöhe angebracht sind, unabhängig von der Nennheizleistung 44,00 DM.

Die Gebühr für das Herstellen einer Kontrollöffnung durch den Kaminkehrer beträgt 4 DM.

#### § 5

##### Zuschläge, Ganggebühren, Auslagen

(1) Für Arbeiten nach §§ 3 oder 4 Abs. 1 bis 3 wird ein Zuschlag in Höhe der dort genannten Gebühr erhoben,

1. wenn die Arbeit auf Verlangen des vom Bezirkskaminkehrermeister auf den Zuschlag aufmerksam gemachten Gebührenschuldners oder Betreibers der Anlage werktags vor 6 Uhr oder nach 18 Uhr oder an Samstagen, Sonntagen, gesetzlichen Feiertagen oder am 24. Dezember ausgeführt wird,

2. wenn die Arbeit unter besonderer Hitzeeinwirkung oder unter sonstigen erheblichen Erschwernissen ausgeführt werden muß.

Trifft eine Voraussetzung der Nummer 1 mit einer Voraussetzung der Nummer 2 zusammen, so wird der Zuschlag zweifach erhoben.

(2) Ein Zuschlag in Höhe von  $\frac{1}{3}$  der nach §§ 3 oder 4 Abs. 1 oder 3 zu entrichtenden Gebühr wird erhoben, wenn die Arbeit in einem Gebäude ausgeführt wird, das auf dem kürzesten Weg mehr als 500 Meter vom Rand des nächsten im Zusammenhang bebauten und zum Kehrbezirk gehörenden Ortsteils entfernt ist, vorausgesetzt, daß es sich um ein allein stehendes Gebäude oder um ein Gebäude in einem Einzelanwesen, in einer Streusiedlung oder in einer Gebäudegruppe mit höchstens sechs Wohngebäuden handelt. Das gilt nicht, wenn eine Gebühr nach Zeitaufwand erhoben wird.

(3) Neben einem nach Absatz 2 zu entrichtenden Zuschlag werden in den dort genannten Fällen, wenn das Gebäude besonders schwer erreichbar ist (Berggasthof, Alm, Jagdhütte, Forstdiensthütte oder dgl.), eine Ganggebühr in Höhe von 3 DM für jede angefangene Viertelstunde und besondere Auslagen berechnet und, falls mehrere Arbeiten miteinander verbunden werden, anteilig umgelegt.

(4) Kann die Arbeit nicht zu dem spätestens am zweitletzten vorhergehenden Werktag angesagten und dem Betreiber der Anlage bekanntgewordenen Termin oder zu dem mit dem Gebührenschuldner oder dem Betreiber vereinbarten Termin ausgeführt werden, so wird für die vom Bezirkskaminkehrermeister oder einem Gesellen zusätzlich zurückzulegende Wegestrecke neben der Gebühr nach §§ 3 oder 4 eine Ganggebühr erhoben; sie beträgt für jeden vollen Kilometer . . . . . 0,60 DM, mindestens jedoch . . . . . 3,00 DM. Statt dessen werden für Wegestrecken, die unter Absatz 3 fallen, die dort genannten Ganggebühren und Auslagen erhoben. Die Ganggebühren und Auslagen sind auf mehrere beteiligte Gebührenschuldner anteilig umzulegen.

## § 6

Berechnung des Zeitaufwands, Höhe der Zeitaufwandsgebühr, Längenberechnung, Stockwerksbegriff

(1) Bei der Gebührenberechnung nach Zeitaufwand ist der Zeitaufwand an der Arbeitsstelle einschließlich der dort entstehenden, vom Gebührenschuldner oder vom Betreiber der Anlage zu vertretenden Verzögerungen zu berücksichtigen, für Büroarbeiten im Fall des § 4 Abs. 5 auch eine Zeit von 10 Minuten. Der Zeitaufwand für den Hin- und Rückweg bleibt außer Betracht. Die Gebühr nach Zeitaufwand beträgt für den Bezirkskaminkehrermeister oder für einen Gesellen für jede angefangenen Viertelstunde 5,50 DM.

(2) Längen unter einem Meter sind wie volle Meter zu berechnen. Im übrigen sind Bruchteile unter 50 cm auf volle Meter abzurunden, Bruchteile ab 50 cm aufzurunden.

(3) Als Stockwerk im Sinn des § 3 Abs. 1 Nr. 1 zählt jedes Vollgeschoß im Sinn des Art. 2 Abs. 5 der Bayerischen Bauordnung und jedes Kellergeschoß, das der Kamin innerhalb oder an der Außenwand des Gebäudes durchzieht. Von dem damit nicht erfaßten Teil des Kamins gelten je 2,5 Meter und der zuletzt verbleibende Rest von mehr als 1,5 Meter als ein Stockwerk; das gleiche gilt für Kamine außerhalb von Gebäuden.

## § 7

## Umsatzsteuer

In den Gebühren ist die Umsatzsteuer nicht enthalten.

## § 8

## Fälligkeit der Gebühren und Auslagen

(1) Die Jahresgrundgebühr (§ 2) wird je zur Hälfte am 1. März und am 1. September des laufenden Jahres fällig. Wird ein Gebäude erst nach dem 1. März fertiggestellt, so wird die Jahresgrundgebühr in einer Summe an dem darauffolgenden Monatsersten fällig.

(2) Die sonstigen Gebühren, ebenso die Auslagen, werden mit Beendigung der Arbeit fällig.

## § 9

## Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung vom 11. März 1970 (GVBl. S. 107), mit den Änderungsverordnungen vom 8. Dezember 1971 (GVBl. S. 463) und vom 9. Oktober 1972 (GVBl. S. 450) außer Kraft.

München, den 13. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**  
Dr. Merk, Staatsminister

### Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sitze und Bezirke der Jugendgerichte

Vom 13. Dezember 1972

Auf Grund des § 33 Abs. 4 des Jugendgerichtsgesetzes, des § 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (BGBl. I S. 481) und des § 1 Nr. 2 der Verordnung über die Übertragung von Ermächtigungen zur Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit in Strafsachen und Bußgeldverfahren vom 18. November 1968 (GVBl. S. 336) erläßt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

## § 1

§ 2 der Verordnung über die Sitze und Bezirke der Jugendgerichte vom 13. Juli 1960 (GVBl. S. 133), geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 1969 (GVBl. S. 411), wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1) Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Kronach, Lindau (Bodensee), Miesbach, München und Starnberg für ihren Bezirk;“

b) Nummer 18 wird gestrichen.

c) Es wird folgende neue Nummer 22 angefügt:

„22) Wolfratshausen für die Amtsgerichtsbezirke Bad Tölz und Wolfratshausen.“

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 13. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium der Justiz**  
Dr. Held, Staatsminister

### Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sitze und Bezirke der Schöffengerichte

Vom 13. Dezember 1972

Auf Grund des § 58 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes und des § 1 Nr. 1 der Verordnung über die Übertragung von Ermächtigungen zur Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit in Strafsachen und Bußgeldverfahren vom 18. November 1968 (GVBl. S. 336) erläßt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

## § 1

§ 1 der Verordnung über die Sitze und Bezirke der Schöffengerichte vom 13. Juli 1960 (GVBl. S. 132), geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 1969 (GVBl. S. 411), wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1) Dachau, Ebersberg, Erding, Erlangen, Eggenfelden, Freising, Fürstenfeldbruck, Kitzingen, Kronach, Landsberg a. Lech, Lindau (Bodensee), Miesbach, München, Neuburg a. d. Donau, Starnberg und Wundsiedel je für ihren Bezirk;“

b) Nummer 28 wird gestrichen.

c) Es wird folgende neue Nummer 33 angefügt:

„33) Wolfratshausen für die Amtsgerichtsbezirke Bad Tölz und Wolfratshausen;“

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 13. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium der Justiz**  
Dr. Held, Staatsminister

### Verordnung über die Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme des Staatlichen Prüfamtes für das Textilgewerbe München

Vom 13. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Nr. 1 des Kostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1969 (GVBl. S. 165), geändert durch das Gesetz vom 27. Juli 1971 (GVBl. S. 257), erläßt das



Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

### § 1

#### Anwendungsbereich

Das staatliche Prüfamt für das Textilgewerbe Münchberg erhebt für seine Leistungen Gebühren und Auslagen nach dieser Verordnung.

### § 2

#### Zusammensetzung der Gebühren

Die Gebühren setzen sich aus Grundgebühren (§ 3) und ggf. aus Zuschlägen (§§ 4 und 5) zusammen.

### § 3

#### Grundgebühren

(1) Die Höhe der Grundgebühr bemißt sich nach der für die Leistung aufgewendeten Zeit. Die Gebühr beträgt je Stunde

- |  |          |
|--|----------|
| 1. für Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte   | 42,— DM, |
| 2. für Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte | 32,— DM, |
| 3. für Beamte des mittleren Dienstes und vergleichbare Angestellte | 24,— DM, |
| 4. für sonstige Bedienstete  | 20,— DM. |

Jede angefangene Halbstunde wird mit 50 v. H. der vorgesehenen Stundensätze berechnet.

(2) Bei der Ermittlung des Zeitaufwands werden insbesondere folgende Tätigkeiten berücksichtigt:

1. Vorbereitende Schriftwechsel und Gespräche, Aufbau und Umbau von Prüfanlagen einschließlich der notwendigen Werkstattarbeiten sowie sonstige Vorarbeiten,
2. die unmittelbare Prüfarbeit am Prüfobjekt,
3. Abbau der Prüfanlagen, Auswertung der Protokolle, Anfertigung der Prüfungsurkunden sowie sonstige Abschlußarbeiten,
4. Besprechungen sowie Schreibarbeiten einschließlich Entwurfs-, Diktier- und Registraturarbeiten.

(3) Bei der Ermittlung des Zeitaufwands bleiben bei Leistungen außerhalb des Prüfamtes Wartezeiten, die der Gebührenschuldner nicht zu vertreten hat, außer Ansatz.

### § 4

#### Sonderaufwendungen

Erfordert eine Leistung außergewöhnliche Aufwendungen für Material, Energie, besondere Prüfanlagen, Meß- und Hilfsmittel oder verursacht eine Leistung sonstige überdurchschnittliche Kosten, so wird für diese Sonderaufwendungen ein Zuschlag zur Grundgebühr in Höhe der Selbstkosten erhoben.

### § 5

#### Dringlichkeitszuschlag

Wird eine Leistung wegen besonderer Dringlichkeit auf Antrag außer der Reihe der laufenden Arbeiten erbracht, so wird ein Zuschlag bis zu 100 v. H. der nach den §§ 3 und 4 errechneten Beträge erhoben.

### § 6

#### Auslagen

(1) Als Auslagen werden erhoben:

1. Reisekostenvergütungen nach den Reisekostenvorschriften und sonstige Aufwendungen bei Aus-

führung von Dienstgeschäften außerhalb des Prüfamtes,

2. Aufwendungen für die Beförderung von Prüfmitteln und Prüfobjekten,
3. bei der Prüfung von Gegenständen, die aus dem Ausland zugesandt werden, die aufgewendeten Eingangsabgaben und die mit ihnen im Zusammenhang stehenden Gebühren,
4. die anderen Einrichtungen, Behörden, Dienststellen oder Personen für ihre Tätigkeit (Lieferungen und Leistungen) zustehenden Beträge,
5. Aufwendungen für Fernsprechgebühren im Fernverkehr, Telegramm- und Fernschreibgebühren, Postgebühren für Postzustellungsaufträge und für Einschreib- und Nachnahmeverfahren.

(2) Für die auf besonderen Antrag erteilten Mehrausfertigungen und Abschriften eines Gutachtens oder Prüfungsberichts werden Auslagen erhoben

- a) für Schriftstücke nach Art. 12 des Kostengesetzes,
- b) für technische Unterlagen (z. B. Zeichnungen u. dgl.) nach den Gesteungskosten.

(3) Neben den Gebühren und Auslagen wird die darauf entfallende Umsatzsteuer erhoben.

### § 7

#### Schuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist verpflichtet,

1. wer die Leistungen beantragt,
2. wer die Gebühren und Auslagen durch eine gegenüber dem Prüfamt abgegebene oder ihm mitgeteilte Erklärung übernommen hat.

(2) Mehrere Schuldner haften als Gesamtschuldner.

### § 8

#### Fälligkeit, Vorschuß, Behandlung der Gebühren und Auslagen

(1) Die Gebühren und Auslagen werden mit der Beendigung der Leistung fällig. Wird ein Antrag zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, bevor die Leistung beendet ist, so werden die Gebühren und Auslagen mit der Zurücknahme oder der vorzeitigen Erledigung des Antrags fällig.

(2) Eine Leistung kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich anfallenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden.

(3) Gutachten und Prüfungsergebnisse können bis zur Bezahlung der geschuldeten Gebühren und Auslagen zurückbehalten oder an den Schuldner unter Nachnahme übersandt werden.

(4) Die Gebühren und Auslagen werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.

### § 9

#### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 13. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

## Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen

Vom 13. Dezember 1972

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

### § 1

Die Verordnung über die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen vom 22. Juni 1957 (GVBl. S. 128), geändert durch Verordnung vom 17. Februar 1966 (GVBl. S. 106) wird wie folgt geändert:

In § 3 Buchst. A wird gestrichen:

„10. Bauleitung der Residenz München“.

### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.  
München, den 13. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium der Finanzen**  
Dr. Ludwig Huber, Staatsminister

## Verordnung über besoldungsrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staats- ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Staatsforstverwaltung)

Vom 14. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 4 Abs. 1 Satz 2 und des Art. 47 Abs. 1 Satz 3 in Verbindung mit Art. 37 Satz 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes sowie des § 6 Abs. 2 Satz 1 der Unterhaltszuschußverordnung erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

### § 1

(1) Die Befugnis, das Besoldungsdienstalter und die Dienstbezüge festzusetzen, wird übertragen

#### 1. den Regierungen

für ihre Beamten und die Beamten  
der Ämter für Landwirtschaft, der Ämter für  
Landwirtschaft und Bodenkultur sowie der Ämter  
für Landwirtschaft und Tierzucht;

#### 2. außerdem

- a) der Regierung von Oberbayern  
für die Beamten  
der Staatlichen Fachakademie für Landwirt-  
schaft und der Staatlichen Technikerschule für  
Landwirtschaft in Landsberg a. Lech sowie  
des Staatsinstituts für die Fortbildung der  
landwirtschaftlichen Lehr- und Beratungs-  
kräfte;
- b) der Regierung von Niederbayern  
für die Beamten  
der Höheren Landbauschule Rothalmünster;
- c) der Regierung von Mittelfranken  
für die Beamten  
der Höheren Fachschule für landwirtschaftliche  
Hauswirtschaft Triesdorf und  
der Staatlichen Technikerschule für Land-  
wirtschaft in Triesdorf;

#### 3. den Flurbereinigungsdirektionen für ihre Beamten;

#### 4. der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau für ihre Beamten und die Beamten der Staatlichen Versuchsgüterverwaltung Freising.

(2) Die Befugnis, die Dienstbezüge festzusetzen,  
wird ferner übertragen

1. der Bayerischen Landesanstalt für Tierzucht in  
Grub  
für ihre Beamten und die Beamten der Staatlichen  
Versuchsgüterverwaltung Grub;
2. der Bayerischen Landesanstalt für Wein-, Obst-  
und Gartenbau (einschließlich Staatliche Tech-  
nikerschule für Landwirtschaft, Fachrichtung  
Gartenbau und Weinbau)  
für ihre Beamten.

### § 2

(1) Die Befugnis, die Beihilfen festzusetzen, wird  
übertragen

#### 1. den Regierungen

für ihre Beamten und die Beamten  
der Ämter für Landwirtschaft, der Ämter für  
Landwirtschaft und Bodenkultur sowie der Ämter  
für Landwirtschaft und Tierzucht;

#### 2. außerdem

- a) der Regierung von Oberbayern  
für die Beamten  
der Staatlichen Fachakademie für Landwirt-  
schaft und der Staatlichen Technikerschule für  
Landwirtschaft in Landsberg a. Lech sowie  
des Staatsinstituts für die Fortbildung der  
landwirtschaftlichen Lehr- und Beratungs-  
kräfte;
- b) der Regierung von Niederbayern  
für die Beamten  
der Höheren Landbauschule Rothalmünster;
- c) der Regierung von Mittelfranken  
für die Beamten  
der Höheren Fachschule für landwirtschaftliche  
Hauswirtschaft Triesdorf und  
der Staatlichen Technikerschule für Landwirt-  
schaft in Triesdorf;

#### 3. den Flurbereinigungsdirektionen für ihre Beamten ohne den Leiter;

#### 4. der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau für ihre Beamten ohne den Leiter und für die Beamten der Staatlichen Versuchsgüterverwal- tung Freising;

#### 5. der Bayerischen Landesanstalt für Tierzucht in Grub für ihre Beamten ohne den Leiter und für die Beamten der Staatlichen Versuchsgüterverwal- tung Grub;

#### 6. der Bayerischen Landesanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau (einschließlich Staatliche Tech- nikerschule für Landwirtschaft, Fachrichtung Gartenbau und Weinbau) für ihre Beamten ohne den Leiter;

#### 7. dem Amt für landwirtschaftliche Marktordnung für seine Beamten ohne den Leiter und für die Beamten der Staatlichen Lehr- und Versuchs- anstalten für Milchwirtschaft und Molkereiwesen mit dem Sitz in Kempten (Allgäu) und Triesdorf.



(2) Die Befugnis, die Beihilfen festzusetzen, gilt auch für die Angestellten, Arbeiter, Lehrlinge und Dienstanfänger der in Absatz 1 genannten Behörden.

### § 3

(1) Die Befugnis zur Festsetzung und Anweisung der Unterhaltszuschüsse für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

1. des höheren landwirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlichen Lehramtes,
2. des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Dienstes einschließlich des höheren landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Lehramtes,
3. des gehobenen landwirtschaftlich-technischen Dienstes (alle Fachrichtungen),
4. des mittleren Tierzuchtdienstes

wird für den gesamten Bereich der Landwirtschaftsverwaltung der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau übertragen.

(2) Gleiches gilt für die Befugnis, die Beihilfen festzusetzen.

### § 4

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft

1. die Verordnung über die Zuständigkeit für die Festsetzung der Dienstbezüge, der Unterhaltszuschüsse und der Beihilfen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Staatsforstverwaltung) vom 25. Juli 1969 (GVBl. S. 241), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. August 1972 (GVBl. S. 347),
2. § 3 der Verordnung zur Übertragung beamten- und besoldungsrechtlicher Befugnisse auf die Flurbereinigungsdirektionen vom 20. November 1969 (GVBl. S. 402).

München, den 14. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
Dr. Eisenmann, Staatsminister

## Verordnung über waffenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsmi- nisteriums des Innern (WaffIMV)

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund des § 50 Abs. 1 des Waffengesetzes vom 19. September 1972 (BGBl. I S. 1797) in Verbindung mit § 1 Abs. 6 Satz 3 der Verordnung zur Ausführung des Waffengesetzes vom 8. Dezember 1972 (GVBl. S. 461) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

### § 1

Für die Ausstellung von

1. Bescheinigungen nach § 34 Abs. 2 Satz 3 des Waffengesetzes über die Berechtigung zum dienstlichen Erwerb von Schußwaffen oder Munition,
2. Bescheinigungen nach § 35 Abs. 5 Satz 2 des Waffengesetzes über die Berechtigung zum Führen von Schußwaffen durch Personen, die wegen der von ihnen wahrzunehmenden hoheitlichen Aufgaben persönlich erheblich gefährdet sind,

3. Waffenbesitzkarten nach § 28 Abs. 1 und § 59 Abs. 4 Satz 2 des Waffengesetzes für die in Nummer 2 bezeichneten Personen,

für die Entgegennahme von Anmeldungen nach § 59 Abs. 1 und 3 des Waffengesetzes der in Nummer 2 bezeichneten Personen und für die Rücknahme und den Widerruf in diesen Fällen sind zuständig:

- a) die Kreisverwaltungsbehörden für sich selbst, ihre Bediensteten, die ihrer Aufsicht unterstehenden Behörden und Dienststellen und deren Bedienstete,
- b) die dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordneten staatlichen Behörden und Dienststellen für sich selbst, ihre Bediensteten und, soweit nicht die Kreisverwaltungsbehörden nach Buchstabe a zuständig sind, für die ihnen nachgeordneten Behörden und Dienststellen und deren Bedienstete,
- c) die Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs und der Verwaltungsgerichte für die Bediensteten dieser Gerichte.

### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 15. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**  
Dr. Merk, Staatsminister

## Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausfüh- rung des Gesetzes über das Feuerlöschwesen

Vom 15. Dezember 1972

Auf Grund des Art. 20 Abs. I des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 17. Mai 1946 (BayBS I S. 353), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 1972 (GVBl. S. 169), erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

### § 1

In § 13 Abs. 3 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 24. Juli 1950 (BayBS I S. 355), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 1969 (GVBl. S. 405), wird die Zahl 4 durch die Zahl 5 ersetzt.

### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 15. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**  
Dr. Merk, Staatsminister

## Verordnung über waffenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsmi- nisteriums der Justiz (WaffVJuM)

Vom 18. Dezember 1972

Auf Grund von § 6 Abs. 1 Satz 3 und § 50 Abs. 1 des Waffengesetzes vom 19. September 1972 (BGBl. I S. 1797) in Verbindung mit § 1 Abs. 6 Satz 3 der Verordnung zur Ausführung des Waffengesetzes vom 8. Dezember 1972 (GVBl. S. 461) erläßt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

## § 1

Die Zuständigkeiten des Staatsministeriums der Justiz nach § 1 Abs. 6 Satz 1 BayWaffV werden je für ihren Bereich übertragen auf

- a) den Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts,
- b) die Präsidenten der Oberlandesgerichte und
- c) die Generalstaatsanwälte bei den vorbezeichneten Gerichten.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 18. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium der Justiz**  
Dr. Held, Staatsminister

**Verordnung  
zur Errichtung des Bayerischen Staatsinstituts  
für Hochschulforschung und Hochschulplanung**

**Vom 18. Dezember 1972**

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I Seite 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

## § 1

Ein Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung wird mit Sitz in München errichtet. Es führt die Bezeichnung „Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung“ und untersteht unmittelbar dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

## § 2

(1) Das Staatsinstitut dient der Weiterentwicklung des bayerischen Hochschulwesens. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Erforschung und Analyse der bestehenden Verhältnisse und der Entwicklungstendenzen im Hochschulbereich;
2. Entwicklung und Erprobung von quantitativen Methoden und Modellen für den Hochschulbereich;
3. Unterstützung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus bei der Aufstellung des Hochschulgesamtplanes und der Hochschulen bei der Aufstellung der Entwicklungspläne;
4. Untersuchung der Wechselwirkungen von Veränderungen im Bereich der Hochschulen, des Staates und der Gesellschaft;
5. Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen zur Effektivität und Rationalisierung im Hochschulbereich;

6. Untersuchungen zur Forschungsplanung, insbesondere zur Koordinierung und Schwerpunktbildung in der Forschung;

7. Unterstützung der Hochschulen bei der Verwirklichung von Reformvorhaben;

8. Vergleichende Hochschulforschung unter Berücksichtigung der Entwicklung im Inland, insbesondere in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland mit besonderer Betonung des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches;

9. im Rahmen seiner Möglichkeiten die wissenschaftliche Fortbildung auf dem Gebiet der Hochschulforschung und Hochschulplanung.

(2) Das Staatsinstitut erfüllt vorrangig Aufträge des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus dem Bereich der Hochschulforschung und Hochschulplanung. Es kann Aufträge anderer Institutionen gegen Kostenerstattung im Rahmen der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus erlassenen Richtlinien übernehmen.

(3) Das Staatsinstitut erfüllt seine Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Einrichtungen im Bereich der Bildungs- und Landesplanung. Es steht im Rahmen seiner Möglichkeiten den bayerischen Hochschulen in Fragen der Hochschulforschung und Hochschulplanung als Berater zur Verfügung.

## § 3

(1) Zum wissenschaftlichen Leiter des Staatsinstituts soll ein Hochschulprofessor, zum stellvertretenden Leiter ein Beamter mit der Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst bestellt werden.

(2) Das Staatsinstitut kann im Rahmen der ihm zugewiesenen Mittel Projekte und Aufträge an Personen oder Institutionen vergeben.

(3) Der Aufstellung des Haushalts des Staatsinstituts ist ein Jahresarbeitsprogramm zugrunde zu legen.

(4) Das Staatsinstitut legt jährlich einen Tätigkeitsbericht vor. Die Forschungsergebnisse sollen veröffentlicht werden.

(5) Das Staatsinstitut ist gemäß § 19 Abs. 2 des Hochschulstatistikgesetzes (HStatG) berechtigt, Einzelangaben über die nach dem HStatG erhobenen Tatbestände zu verlangen.

(6) Über die Organisation und Verwaltung des Staatsinstituts kann das Staatsministerium für Unterricht und Kultus weitere Anordnungen erlassen.

## § 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 18. Dezember 1972

**Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus**  
Prof. Hans Maier, Staatsminister

